

NORDENSTADT-NACHRICHTEN

4. Jahrgang Die SPD Nordenstadt informiert Dez./Jan.1980/81

+++ Nachrichten +++ Unterhaltung +++ Meinungen +++ Hintergründe +++

LEBENDIGES NORDENSTADT

Ein Motto mit Leben erfüllen

"Lebendiges Nordenstadt ist das Motto der SPD-Nordenstadt für die Kommunalwahl '81. Es ist mehr als ein Slogan und soll mit Leben erfüllt in die Zukunft wirken und durch unsere und Ihre Mitarbeit Verwirklichung erfahren.

Nur eine lebendige Gesellschaft ist in Zukunft in der Lage ihre Probleme zu lösen. So zu lösen, daß sie zu Ergebnissen kommt, die für die Gemeinschaft von Nutzen sind. Eigene Interessen müssen gegenüber dem Gemeinwohl zurückstehen. Schaffen wir es nicht, das Verbindende in unserer Gesellschaft zu stärken, laufen wir Gefahr, daß bei knapperem Angebot in der Zukunft, Macht- und Verteilungskämpfe entbrennen, die in der Lage sein werden, lose Systeme in ihre Einzelbestandteile aufzulösen.

Wollen wir unsere Gesellschaft lebendig gestalten, dann hat nur Zweck, es in kleinen Bausteinen zu tun. Nur die Arbeit in der unmittelbaren Nachbarschaft in einer überschaubaren Umgebung hat Aussicht auf Erfolg. Unser Elementarbaustein heißt Nordenstadt.

Das Kommunalwahlprogramm der Sozialdemokratischen Partei in Nordenstadt für die 80-ziger Jahre setzt deshalb dort Schwerpunkte, wo es mit geringem Aufwand - bestehende Anstrengungen menschliche Kontakte zu pflegen - unterstützen kann und will Anreize bieten neue Bereiche zu schaffen. Die Vereine, die kirchlichen und sozialen und die karikativen Institutionen sind deshalb unbedingt zu fördern. Wir wollen aber auch entstehenden kulturellen Arbeitsgemeinschaften durch unsere Hilfe unterstützen und uns dafür einsetzen, daß ihnen finanziell und durch Bereitstellung von Arbeitsmöglichkeiten dabei geholfen wird, tatkräftig in unserem Nordenstadt zu wirken.

Unsere Männer und Frauen, die im Vorstand der SPD sitzen, zum Teil Kandidaten für den nächsten Ortsbeirat sind und über den Vorstand hinaus viele Mitglieder des Ortsvereins und Männer und Frauen, die "nur" mit uns die Meinung teilen, arbeiten schon seit einiger Zeit im selbstlosen Einsatz für diese Idee eines "lebendigen Nordenstadts". Es sind immer noch zu wenige, die sich dafür zur Verfügung stellen. Wir können nicht alles anpacken und bitten deshalb dringend, greifen Sie diese Idee mit auf und arbeiten Sie mit. Sie ist unabhängig von einer Parteizugehörigkeit. Es geht um die

Sache. Es geht um unser aller Zukunft. Es geht um die Zukunft unserer Kinder.

Wer nicht bereit ist, für die Gesellschaft zu arbeiten, gibt die Gesellschaft auf und letztlich sich selber als einen Bestandteil. Bürgerinitiativen sind wichtig und gut. Sie vertreten zunächst ihre Interessen. Führt man sie zusammen, so kann gegensätzliches in den Hintergrund treten und aufbauend Gemeinsames aus Gesprächen erwachsen. Das beste Beispiel ist hierfür die Diskussion um die Verkehrsführung in unserem Ort. Ein richtiger Weg. Der einzig richtige Weg.
H.P.Sch.

Kommunalpolitischer Arbeitskreis gegründet

Auf Initiative des Ortsvereinsvorstands der SPD Nordenstadt wurde am 21.10.1980 der Parteiarbeitskreis für Kommunalpolitik gegründet.

Einstimmig, bei jeweiliger Enthaltung des Kandidaten, wählten die anwesenden Mitglieder die Genossen

Dr. Siegfried Brill zum 1. Vorsitzenden, Hans Peter Schröder zum 2. Vorsitzenden und Harald Schindler zum Schriftführer.

"Ziel des Arbeitskreises ist es, unsere Mandatsträger im Ortsbeirat und in der Stadtverordnetenversammlung in ihrer politischen Arbeit aktiv zu unterstützen", sagte Dr. S. Brill nach seiner Wahl. Er forderte alle interessierten Ortsvereinsmitglieder auf, sich an der Arbeit zu beteiligen und so zum Erfolg der sozialdemokratischen Partei bei den Kommunalwahlen am 22. März 1981 beizutragen.
N.J.

Kinderführungen

Über das Angebot des Museums Wiesbaden haben wir schon berichtet. Noch einmal hervorheben wollen wir die regelmäßig stattfindenden Kinderführungen, an jedem ersten Sonntag im Monat.

Die Referenten geben sich sehr viel Mühe. Den Kindern macht's Spaß und sie lernen etwas dabei. Die Eltern übrigens auch.

Die Führungen beginnen um 10.30 Uhr. Sie dauern eine bis eineinhalb Stunden (hängt von der Frage lust' der Kinder ab). Bei jeder Führung kommt eine der drei Abteilungen zu Wort.

Am Sonntag, den 1. Februar sind es die Naturwissenschaften und am 1. März die Sammlung Kunst.
- H. P. Sch. -

VERKEHRSFÜHRUNG

Auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung am 2. Dezember 1980 hat sich die SPD Nordenstadt noch einmal ausgiebig mit der Umfahrung Nordenstadts befaßt. Es lagen dazu drei Vorschläge des Stadtplanungsamtes vor, die nach A, B und C benannt sind. Dabei sieht A eine großzügige Umfahrung Nordenstadts im Westen vor. B ist die alte Lösung, die den über-östlichen Verkehr insgesamt durch den Westring legen will und C der Vorschlag zwei Anschlüsse an die Autobahn zu bauen und den nördlichen Fremdverkehr über den Osten abzuführen.

Auf einer vorangegangenen Mitgliederversammlung hatte sich die SPD bereits gegen die Westringlösung ausgesprochen, so daß zur Mitgliederversammlung am 2. Dezember nur noch A und C zur Entscheidung standen. Zu dieser Mitgliederversammlung hatten auch die Bürgerinitiative Westring, Hunsrückstraße und Hessenring sowie die Landwirte Gelegenheit ihre Ansichten vor der Abstimmung noch einmal deutlich zu machen.

Die Bürgerinitiativen, vertreten durch ihren Sprecher, Herrn Rietzler, ließen die Versammlung wissen, daß ihre Interessen sowohl durch die Lösung A als auch durch C gewahrt sind und sie beide Lösungen mittragen könnten.

Die Landwirte hingegen beschwerten sich über eine zu groß-zügig angelegte Westumgehung, die durch bisher unbelastetes Land führt:

Die Diskussion unter den Mitgliedern verlief außerhalb festgefahrener Positionen. Man wollte sich eine Meinung durch überzeugende Sachdarstellungen bilden.

Die Argumente für und wider A beziehungsweise C orientieren sich an der möglichen Realisierbarkeit der verschiedenen Vorschläge. Muß man mit dem alten Autobahnanschluß noch Jahrzehnte leben, so ist eine Lösung anzustreben, die den jetzigen Fall enthält. Wird zügig gebaut und vor allem die südliche Verbindung Delkenheim-Nordenstadt-West schnell verwirklicht, so ist die Belastung Nordenstadter Wohngebiete (südl. Hessenring, Habichtweg) auch während der Bauzeit gering.

Die anschließende Abstimmung verlief wie folgt: Etwa zwei Drittel der anwesenden Mitglieder sprachen sich für C und nur ein Drittel für A aus.

Die Gründe, die bei diesem Abstimmungsverhalten zum tragen kamen, waren: Die Mitgliederversammlung hat sich für die zwei Autobahnanschlüsse ausgesprochen, weil diese Lösung die Möglichkeit bietet, den Durchgangsverkehr aus Nordenstadt herauszubringen, auch wenn die A 66 nicht - wie geplant - verbreitert werden sollte. Den Ausschlag bei vielen gegen eine Westumfahrung zu stimmen hat gegeben, daß Sozialdemokraten darauf achten müssen, daß mit gutem Ackerland kein Raubau betrieben wird.

Am 9. Dezember hat der Ortsbeirat einen Beschluß gefaßt. Mit den Stimmen der CDU und dem SPD Ortsbeirat, Karl Lochmann, gegen die Stimme des SPD Fraktionssprechers, Paul Hüllenhütter, hat der Ortsbeirat sich für einen Anschluß im Westen ausgesprochen.

- H. P. Sch. -

Nordenstadter Bürger wollen mehr Bürgerbeteiligung (Mitsprache)

Bis kurz vor Weihnachten lief in ganz Wiesbaden wie auch in Nordenstadt die Aktion "Die SPD Wiesbaden geht zum Bürger". Ein Münchner Meinungsforschungsinstitut hatte in Zusammenarbeit mit der Wiesbadener SPD einen Fragebogen ausgearbeitet und wird auch die Auswertung vornehmen. An alle Wiesbadener Haushalte wurde dieser Fragebogen verteilt und die Bürger gebeten, zu Wiesbadener Problemen Stellung zu beziehen. Zusätzlich gingen noch einmal Mitglieder der SPD in einzelne Haushalte um anhand des Fragebogens Interviews durchzuführen.

In Nordenstadt wurden fünf Prozent aller Haushalte befragt. Das Ergebnis dieser Umfragen, das durch die hohe Zahl der Interviews und durch die zu beachtenden Kriterien fast repräsentativ ist, war in allen Punkten unerwartet eindeutig. Erfreulich war die Bereitschaft Auskunft zu geben. Hier das Nordenstadter Ergebnis: Am eindeutigsten war das Ergebnis der Frage nach Mitspracherecht für Bürger. Hier sprachen sich 95 Prozent der Befragten für mehr Bürgermitbestimmung und gegen die Versuche des CDU Landesgeschäftsführers Kanther aus, der z.B. in der Wiesbadener Innenstadt die Bürgermitsprache beschneiden will. 93 Prozent forderten den Bau der Ernstbachtalsperre zur Sicherung des Trinkwassers und 91 Prozent meinten, daß die Stadt eingreifen muß, damit preiswerte Wohnungen geschaffen werden und erhalten bleiben.

Gegen gigantische Straßenbaumaßnahmen und für den vorrangigen Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs am Beispiel der Wiesbadener Westumgehung sprachen sich 83 Prozent aus. Etwa gleich groß war die Zustimmung zur Aktion "Schöneres Wiesbaden", die allerdings, so die Befragten, auch auf die Innenstadt ausgedehnt werden sollte. Den Neröberg, den Wiesbadener Hausberg, wollen 71 Prozent für die Öffentlichkeit als Kulturzentrum mit Ausflugsstätte, Kneipen und Cafe erhalten.

Das Ergebnis der Nordenstadter Umfrage, in Wiesbaden ist die Auswertung noch nicht abgeschlossen, dürfte aber kaum große Unterschiede aufweisen, ist Beweis dafür, daß der größte Teil der Bevölkerung die Politik der Wiesbadener SPD befürwortet.

W.SP.

KULTURKREIS

Ein vielfältiges Angebot der Vereine an die Nordenstadter Bevölkerung schafft Auswahlmöglichkeiten für fast jeden Geschmack. Wer sich für den Sport oder die Gymnastik begeistert, geht zum Tus, wer sich für Fastnacht oder Brauchtum entscheidet, wird Mitglied im Carnevals- und Brauchtumsverein. Musikalische Interessen sind beim Musikverein und bei der Feuerwehr gut aufgehoben. Auch die politischen Parteien sind in Vereinen organisiert. Die Kirchengemeinden pflegen den Gemeinsinn.

Trotzdem gibt es Nordenstadter Bürger, die der Meinung sind, es fehle noch etwas. Sie möchten gerne sesshaft werden, nur kulturell fühlen sie sich noch nicht heimisch.

Was fehlt ist ein Kulturkreis, der zum Beispiel Dichterlesungen veranstaltet, Abonnementfahrten in Oper, Operette, Konzerte und Schauspiele durchführt, Diskussionsveranstaltungen abhält und Vieles mehr.

Aus diesem Defizit herauszukommen, gibt es nur eine Möglichkeit, einen Kulturkreis gründen. Wenn Sie daran interessiert sind, schreiben sie uns oder rufen Sie an. Wir sammeln die Namen und berufen zur ersten Sitzung ein.

Hans Peter Schröder
Habichtweg 9
Tel. 06122 - 42 62

Rechtsberatung verbessert.

Der Wiesbadener Bundestagsabgeordnete Rudi Schmitt weist darauf hin, daß ab 1. Januar '81 ein in diesem Jahr vom Bundestag verabschiedetes "Beratungshilfegesetz" in Kraft tritt, das den wirtschaftlich hilfsbedürftigen Bürgern den chancengleichen Zugang zum Recht erleichtert.

1. Januar 1981:

- Anspruch auf Beratungshilfe hat, wer unter einer bestimmten, von der Familiengröße abhängigen Einkommensgrenze lebt; z. B. ein Alleinstehender bis zu einem Nettoeinkommen von 850,- DM, ein Familienvater mit zwei Kindern bis zu einem Nettoeinkommen von 1.850,- DM monatlich.
- Der Rechtssuchende hat die Wahl: Er kann entweder gleich zu einem Rechtsanwalt seines Vertrauens gehen oder zunächst zum Amtsgericht, wo ihm der Rechtspfleger möglicherweise schon durch eine schnelle Auskunft, einen Hinweis oder ähnliches kostenlos helfen kann.

- Der Rechtsanwalt ist zur Beratung grundsätzlich verpflichtet. Von dem Rechtssuchenden erhält er lediglich eine Schutzgebühr von 20,- DM; sie kann in Härtefällen erlassen werden. Darüber hinaus erhält der Rechtsanwalt eine Entschädigung aus der Staatskasse.
- Die Beratungshilfe erstreckt sich auf alle Fragen des Zivilrechts, des Straf- und Ordnungswidrigkeitsrechts, des Verwaltungs- und Verfassungsrechts. Ausgenommen sind freilich das Arbeits- und Sozialrecht: Auf diesen Gebieten besteht bereits eine Vielzahl von Beratungsmöglichkeiten bei Behörden, Gewerkschaften und sonstigen Verbänden.
- Darüber hinaus hat der Bundestag das "Armenrecht" reformiert und durch eine verbesserte und wesentlich vereinfachte Prozeßkostenhilfe ersetzt. Das "Armutszugnis" wird ab 1. Januar 1981 der Vergangenheit angehören.

Alles in allem: Mehr Bürger als bisher können sich einen Rechtsanwalt leisten und ihr Recht durchsetzen.

Interview mit ACHIM EXNER

Frage:

Herr Exner, viele Bürger sind vom Verlauf des letzten Bundestagswahlkampfes enttäuscht, weil er die persönliche und teilweise polemische Auseinandersetzung in den Vordergrund und die Argumente in den Hintergrund rückte.

Am 22. März 1981 sind Kommunalwahlen in Wiesbaden. Wie wird der Kommunalwahlkampf aussehen?

Achim Exner:

Ich verstehe die Kritik vieler Bürger am letzten Bundestagswahlkampf. Auch die SPD hat nicht immer so gehandelt, wie ich mir das gewünscht hätte. Deshalb wollen wir in Wiesbaden zeigen, daß es auch anders geht. Bei uns werden Argumente und Information im Mittelpunkt unseres Wahlkampfes stehen.

Frage:

Wir können in diesem Interview nicht Ihr ganzes Programm erläutern. Aber nennen Sie uns doch bitte einmal die Schwerpunkte.

Achim Exner:

Als drängendstes Problem sehe ich den zunehmenden Wohnungsmangel verbunden mit außerordentlichen Mietpreissteigerungen. Die Zahl der Wohnungssuchenden hat sich in den letzten drei Jahren nahezu verdoppelt. Besonders betroffen davon sind diejenigen, die nicht an der Spitze der Einkommensskala stehen. Hier muß schnell gehandelt werden.

Frage:

Wie stellen Sie sich das vor?

Achim Exner:

Wir haben ein ganzes Maßnahmenbündel entwickelt, das nach unserer Auffassung geeignet ist, nachhaltig für Verbesserung auf dem Wohnungsmarkt zu sorgen: Ausweisung und Erschließung neuer Baugebiete für den Mietwohnungsbau; Stärkung des öffentlichen Wohnungsbaus durch ein stadteigenes Programm; stärkere Kontrolle der Zweckentfremdung von Wohnraum; Verhinderung von Kündigungen durch das "Herausmodernisieren"; Förderung der Modernisierung durch die Mieter; Bereitstellung vom preiswerten Baugrund für kinderreiche Familien und Bau altengerechter Wohnungen in allen Stadtteilen.

Frage:

Das ist ein bemerkenswerter Katalog. Wie wollen Sie das finanzieren, schließlich hat Ihnen die derzeitige Mehrheit ein 50-Millionen-Loch im Haushalt serviert?

Achim Exner:

Das ist in der Tat ein besonderes Ärgernis. Wir hatten 1977 35 Millionen Rücklagen erwirtschaftet und gehofft, damit wesentliche Aufgaben gerade im Wohnungsbau finanzieren zu können. Die Kollegen der Mehrheitsfraktion haben den Haushaltsüberschuß durch Steuergeschenke an Unternehmen und die Finanzierung nachrangiger Aufgaben leider verspielt. Jetzt gilt es,

den städtischen Haushalt so nachhaltig zu stärken, daß wir unsere Programme auch finanzieren können.

Frage:

Und was werden Sie tun?

Achim Exner:

Zweigleisig vorgehen. Die Ausgaben verringern durch Abbau von wünschenswerten, aber nicht vorrangigen Leistungen, und die Erhöhung der Einnahmen durch eine angemessene Erhöhung der Gewerbesteuer.

Frage:

Nicht gerade populäre Maßnahmen!

Achim Exner:

Ja, aber sie sind unumgänglich, das weiß auch die CDU. Aber ich halte nichts davon, solche unangenehmen Wahrheiten erst nach dem Wahltag zu präsentieren, der Bürger muß das vorher wissen.

Frage:

Unterschiedliche Auffassungen zwischen den Parteien bestehen in der Frage, wie weit der Bürger bei Entscheidungen des Parlaments mitbeteiligt werden soll. Wie ist Ihre Vorstellung?

Achim Exner:

Das mangelnde Interesse vieler Bürger an der Gestaltung ihrer eigenen Umwelt liegt nicht an zuviel, sondern an zuwenig Beteiligungsrechten. "Die da oben" können nur dann machen was sie wollen, wenn der Bürger nicht gefragt wird oder keine Gelegenheit erhält, seine Meinung zu äußern. Deshalb werden wir, falls wir eine Mehrheit bei der Kommunalwahl erhalten, die Mitsprachemöglichkeiten erweitern und vor allem die Rechte der Ortsbeiräte stärken. Die Abschaffung von Ortsbeiräten, wie von der CDU gefordert, machen wir nicht mit.

Frage:

Der öffentliche Nahverkehr steht bei Ihnen seit Jahren im Vordergrund. Wird es so bleiben?

Achim Exner:

Ja. Vor allem gilt, unsere Vororte stärker an die Innenstadt anzubinden und im Berufsverkehr noch mehr Busse einzusetzen. Wer ein Umsteigen auf den Bus fördern will, muß auch ein entsprechendes Angebot machen.

Frage:

Und wie sieht es mit dem ruhenden Verkehr aus, wo sehen Sie die Prioritäten?

Achim Exner:

In zwei Bereichen: einmal in den Wohnvierteln, in denen die knappen Parkplätze bevorzugt den Anliegern zur Verfügung stehen müssen und im Innenstadtbereich, wo zusätzliche Kapazitäten für den Einkaufs- und Geschäftsverkehr gebraucht werden. Leider hat die CDU kein einziges der geplanten Projekte (Parkhaus Rhein-Main-Halle, Tiefgarage Luisenplatz, Tiefgarage Rathaus) fertiggestellt.

Wir wünschen Ihnen, daß Sie im März auf Ihrer Wahlerfolg antoßen können und danken Ihnen für das Gespräch.

SENIORENNACHMITTAG AM 6. 12. 1980

Am Nikolaustag richteten die Mitglieder der SPD Nordenstadt wieder den schon zur Tradition gewordenen Seniorennachmittag aus.

Ganz neu allerdings präsentierte sich das Programm. Es wurde in diesem Jahr nicht von einem Alleinunterhalter, sondern von den Kindern der Genossen und Freunden des Ortsvereins bestritten, arrangiert von Katrin Kiehne, Elke Spiekermann und Hans-Peter Schröder.

Der Vorsitzende Paul Hüllenhütter begrüßte die erschienenen Senioren und bei weihnachtlicher Stimmung, Kaffee und Kuchen lief das Programm ab.

Die adventliche Feierstunde begann mit einem Flötenvortrag von Tanja Mayer, Rebecca Meissner

und Halveig Spiekermann. Dazwischen las Simone Faller eine Geschichte.

Julia Brill spielte Weihnachtsmusik auf dem Klavier und der kleine Jan Brill ließ in seinem Gedicht den Nikolaus durch den Wald stapfen. Ute Ellermann beschloß den musikalischen Teil mit einem Trompetensolo.

Den Nordenstädtern schon wohl bekannt, traten die beiden Stars des Nachmittags auf: das Gitarrenduo Christiane und Sabine. Ihre Spirituals wurden von den Zuhörern mit viel Beifall belohnt. Der Höhepunkt der Feierstunde war das Theaterstück "Alis Goldstücke". Ein orientalisches Märchen in 3 Bildern geschrieben und einstudiert von Hans-Peter Schröder, Katrin Kiehne und

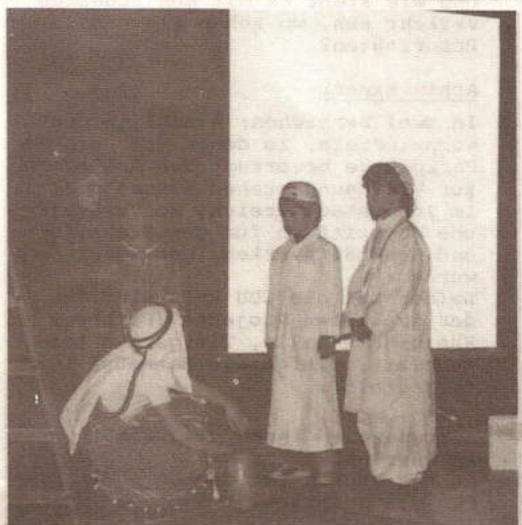
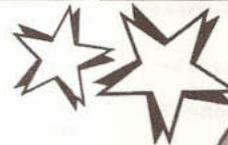
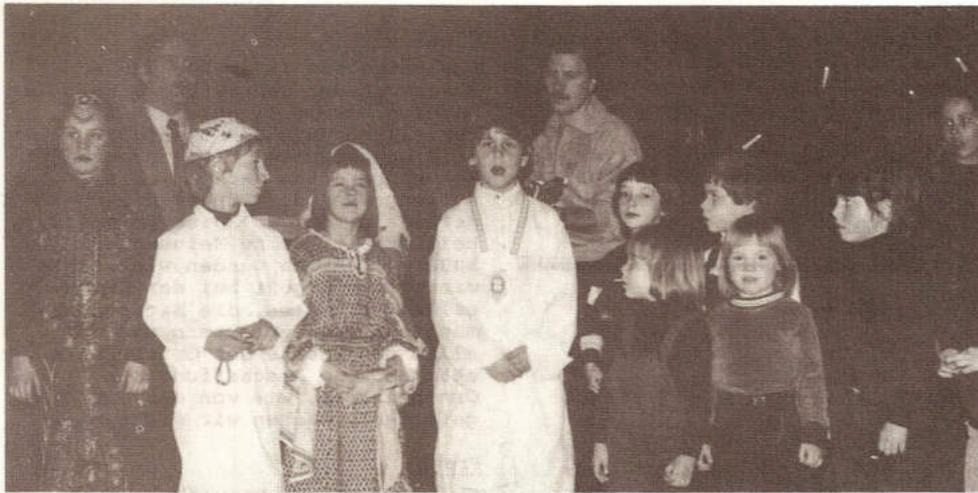
S. Schneider. Die Kinder Julia Brill, Simone Faller, Kristin Jensen, Jan Schneider und Johannes Schröder haben mit "roten Apfelbäckchen" und Begeisterung ihre Rollen gespielt.

Stürmischen Beifall bekamen die Hauptdarsteller und der Chor der Kinder, die das "Ali wabchambambo-Lied" sangen.

Für den Ortsverein bedankte sich Dr. Siegfried Brill bei allen Mitwirkenden und belohnte die Kinder mit "Süßen Tüten" aus dem prallen Nikolaussack.

Bei einem Gläschen Wein und weihnachtlicher Musik, dargeboten von der Ellermann-Combo klang ein harmonischer Nachmittag aus.

E.Sp.



Tradition und Veränderung

ein Blick auf die Evangelische Kirchengemeinde in Nordenstadt

Nordenstadt ist ein altes, in langer und wechselvoller Geschichte gewachsenes Dorf. Nordenstadt hat in den letzten Jahren Veränderungen erlebt, die mehr an Neuem geschaffen haben als dies in der Entwicklung eines ganzen Jahrtausends der Fall war. Für das Doppelgesicht Nordenstadts heute ist die Evangelische Kirchengemeinde eine Art von Spiegelbild, in das hineinzuschauen sich lohnt.

Bereits ein Blick auf die Gebäude zeigt etwas von der geschichtlichen Entwicklung. Der Turm stammt in seinem unteren Teil aus dem Mittelalter. Die Kirche erhielt ihre heutige Gestalt im Anfang des achtzehnten Jahrhunderts. Rund hundert Jahre später wurde nach einem Entwurf von Christian Zais, von dem das Alte Kurhaus in Wiesbaden stammt, das Pfarrgut erbaut. Heute dient es als Pfarrhaus, aber auch der Kindergarten und die Räume für Gemeindegarbeit sind darin untergebracht. Wenn man dann noch weiß, daß um 1530 die Reformation Eingang in Nordenstadt fand - seit 450 Jahren kann man also von einer evangelischen Kirchengemeinde sprechen -, so mag die Bedeutung der Kirche für dieses Gemeinwesen anschaulich werden:

Christliche Tradition protestantischer Prägung in einer dörflichen Gesellschaft - die Kirchengemeinde ist ein Monument der Identität Nordenstadts bis in die Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts hinein.

Sosehr auch evangelische Kirche und Theologie gelernt haben, ihre eigene Geschichte kritisch zu sehen, wird doch die Weitergabe und Vergegenwärtigung von Tradition - auch in ihren gesellschaftlichen Bezügen - immer ein wichtiger und nicht wegzudenkender Bestandteil kirchlichen Wirkens sein. Als mir, dem "Neubürger", vor gut vier Jahren das freundliche und einladende Begrüßungsheft ins Haus kam, machten mir die nüchternen Informationen eines bewußt: Ich komme nicht in eine gesichts- und geschichtslose Retortenstadt, sondern in ein gesichtssträchtiges soziales Umfeld, in dem ich mich behutsam bewegen muß, um es nicht gedankenlos zu zerstören.

Doch dies ist nur die eine Seite der Medaille. Ich denke, daß der evangelische Pfarrer Nordenstadts, Axel Junghans, mit der erste wäre, der gegen eine Festlegung der Kirche auf "Traditionspflege" protestieren würde. Leben ist Veränderung, Tradition ohne Veränderung eine tote Sache. Das gilt auch für die Kirche; sie wäre tot, wenn sie nicht die Aufgaben der Gegenwart und der Zukunft wahrnähme. In der erwähnten Schrift beeindruckte mich der von Pfarrer Junghans "auch im Namen des katholischen Ortsgeistlichen) formulierte Satz: "Wir hoffen, daß Sie, unabhängig von

Unser Frieder erzählt von früheren Zeiten. Eventuelle Ähnlichkeiten oder Übereinstimmungen mit lebenden oder verstorbenen Persönlichkeiten sind rein zufällig und nicht beabsichtigt.

(Anm. d. Red.)

"Als unser aans

noch Holz sammele ging, des warn noch Zeite, Morschens - an den Taacne, wo kaan Schnee wor - wurde die Ochse aagespannt un es ging los.
Die Mutter hot meist schon e' paar Butterbrote gemacht un en geräucherte Speck in de Rucksack gepackt. De haabe Pefferminztee met em Löffel Zucker derf aach nit fehle. Hortich noch die haab Milch getrunke, damit mer drauße nit so friert in de Kält. De Vadder saß meist schon uff em Kutschbock un hot ungeduldich mit de Peitsch geknallt.
Bei uns Kinner hot's halt immer e' bißche länger gedauert, gena wie's heut aach is.
Uff dem Waache hadde mer uns in dicke Decke eigewickelt un dann ging's ab. Die Stolbejerstraaß enuff, über die Oberpfortstraaß e'weg. Do stande domols uff de Eck die letzte Häuser von Norschet un im Nu warn mer drauß im freie Feld. Ich kann euch saache, do hot de Wind gepiffe. Unser Vadder hot mei Schwester un mich von links un rechts ganz fest o'sich gedrückt un die dich Wolldeck über die Knie zurechtgerückt un fester gewickelt. Die Ocne bliese de Dampf in die frostich Luft, wens berguff ging. Se konnte aam direkt laad tue, wie se Schritt fer Schritt unner aller Aastrengung uns mit de Waache de Bersch hoch zooche. Ab un zu machte se sich Luft un ließe was falle. Wenn se debei steh bleiwe wollte, knallte unser Vadder mit de Peitsch über ihr Köpp, dann gings widder weiter. Bersch ab gings aafacher. Trotzdem gings langsam. Meist hatte mer schon de erste Hunger, wenn mer e'nunner o'de Breckemer Bach kame. Die frisch kalt Dezemberluft hot ihr's natürlisch dazu beigetrache.
Unser Ziel laach im Breckemer Wald, solang mußte mers auswalle, hot de Papa gesaacht. Vorher gibt's nix.

De Föschter hot unserm Vadder die Erlaabis erteilt, des erunnergefallene Holz uffzehebe. (Es war jo garnit so, daß die Forstbeame deshalb böß warn, im Geschetaal, die Waldabbeiter hatte wenischer Abbeit un die Wälder sahe gepfleschter aus.)
De Papa hot e'Axt un die Säsche mitgebracht. Mir Kinner mußte des Holz ufflese un uff de Waache schmeiße. Wenn en dickere Stamm debei wor, muß ich aach schun beim Säsche helfe, schließlich wor ich jo aach schon so alt, daß ich zum nächste Palmsonntaach konfermiert wern sollt. Mei Schwester, die zwaa Jahr jünger is als ich, die durft nor die leichte Abbeite verrichte. De ganze Taach hadde mer im Wald geabbeit. Erscht wenn's aafing dunkel se wern, hadde mer die Ochse widder aageschirt. De Vadder hot dann die rot Latern aagezünd un hinne a'de Waache gehängt. Dann ging's ab Richtung naamwärts.
Meist wars schon schee kalt. Die Feldweg worn hatt geforn un de Himmel sterneklar.
Die Viecher merkte, daß es haam in de Stall ging un se liefe schneller aach mit de Last un die Bersch hoch. Wenn mer dann de Breckemer Weg geschafft hatte un die de Bereich von de heutische Eschesträäß kaame, do warn mir Kinner meist schun eigeschloofe. Erst denaam, wenn mer aus de Küch von de Mutter de Duft von de naaße Quellkartoffel roche, kehrte die Lebensgeister widder zerück.
Wie schmeckt die Hausmacher Leberworscht so gut. Niemehr hot mer ebbes so gut geschmeckt, wie des Obendesse nach dem Holzuffsammele. Un geschloofe hadde mer dennoch wie erschosse.
Alles Gute zum Neuen Jahr
Euer Frieder

Ihrer persönlichen Einstellung, auch zu unseren beiden Kirchengemeinden etwas Kontakt finden werden." Das ist eine Aussage, die keineswegs eine im kirchlichen Raum allerorts übliche Selbstverständlichkeit darstellt. Denn hier dokumentiert sich eine sehr fortschrittliche und nicht unumstrittene Programmatik kirchlichen Handelns. Nicht dogmatische und moralische Forderungen werden präsentiert. Es wird etwas angeboten; Chancen zur Kommunikation werden eröffnet. Und dies ist in der Tat das Kennzeichen der hiesigen Kirchengemeinde. Ihre Einrichtungen und Gruppen, ihre Aktivitäten, die über das hinausreichen, was man "Gottesdienst-gemeinde" nennt, haben ein klares Ziel: Menschen sollen Hilfe zum Leben, zur Entfaltung ihres Menschenseins erhalten, indem ihnen eine Stätte möglichst freier Begegnung und Kommunikation geboten wird.

Dem liegt ein Verständnis von Christentum zugrunde, bei dem es weniger um die Vermittlung der "richtigen" Lehre als vielmehr um das "richtige" Leben und Handeln geht. Solches Leben und Handeln ist keine nur private Angelegenheit einzelner Individuen. Die Offenheit und "Weltlichkeit" dieser Gemeinde, die viele mit Überraschung und Erstaunen registrieren, lebt aus der Überzeugung, daß die entscheidenden Impulse christlicher Tradition die Herstellung gerechter, auf Liebe und nicht auf Macht beruhender Verhältnisse zwischen Menschen und Gesellschaften zum Inhalt haben. Im Alten Testament steht dafür der Begriff Schalom, der Friede, aber auch Gerechtigkeit, Glück und Heil bedeutet. Mir scheint, daß hierin die Arbeit der Evangelischen Kirchengemeinde ihr Leitmotiv hat, das sich im Alltag der einzelnen Aktivitäten immer wieder Gehör verschafft.
Siegfried Brill

Aus dem Vereinsleben

Der Vorsitzende des Vereinsrings Nordenstadt - H. Scherer - hat uns gebeten, den reichhaltigen Terminplan des Vereinsrings zu veröffentlichen. Wegen der Fülle der geplanten Veranstaltungen hier nur die Termine der nächsten 2 Monate:

24. Januar 1981	Carnevalistischer Familienabend MVN	Gemeindezentrum Taunus-Halle
31. Januar 1981	Maskenball KZV	Taunus-Halle
7. Februar 1981	Maskenball MVN	Taunus-Halle
14. Februar 1981	Fremdensitzung CBVN	Taunus-Halle
20. Februar 1981	Preisskat Freiw-Feuerwehr	Gemeindezentrum
21. Februar 1981	Maskenball MGW	Taunus-Halle
28. Februar 1981	Maskenball Freiw-Feuerwehr	Taunus-Halle
2. März 1981	Maskenball TUS	Taunus-Halle
3. März 1981	Begrabung der Fastnacht CBVN	

K.K.

Tag der offenen Tür am 24. Januar

Der zweite Bauabschnitt der Grundschule ist in Angriff genommen und es gibt Hoffnung, daß er zum neuen Schuljahr fertiggestellt wird.

Elf Klassen sind bereits im ersten Bauabschnitt untergebracht. Lehrer und Verwaltung sind auch umgezogen. Die Kinder haben ihre Schule schon angenommen. Jetzt, nachdem die Handwerker die fertiggestellten Räume verlassen haben und der Umzug abgeschlossen ist, kann vorgestellt werden, was fertiggestellt ist.

Am 24. Januar 1981 von 10.00 bis 12.00 Uhr wird der Tag der offenen Tür nachgeholt.
E. Sp.

Der nächste Frühling kommt bestimmt

Während die Tage immer trüber und das Grün in unserem Ortsteil immer rarer wird, liegt der Gedanke an den nächsten Frühling gar nicht so fern. Damit dieser Frühling noch grüner und blühender wird, sollten wir - am Besten gemeinsam mit Nachbarn - bereits jetzt planen, wie wir in unseren Wohnbezirken initiativ werden wollen. Als Nebeneffekt könnte sich dann im Jahr 1981 ein noch erfolgreicherer Abschneiden beim Wettbewerb "Schöneres Wiesbaden" erzielen lassen, als dies bereits im zuendegegangenen Jahr der Fall war.

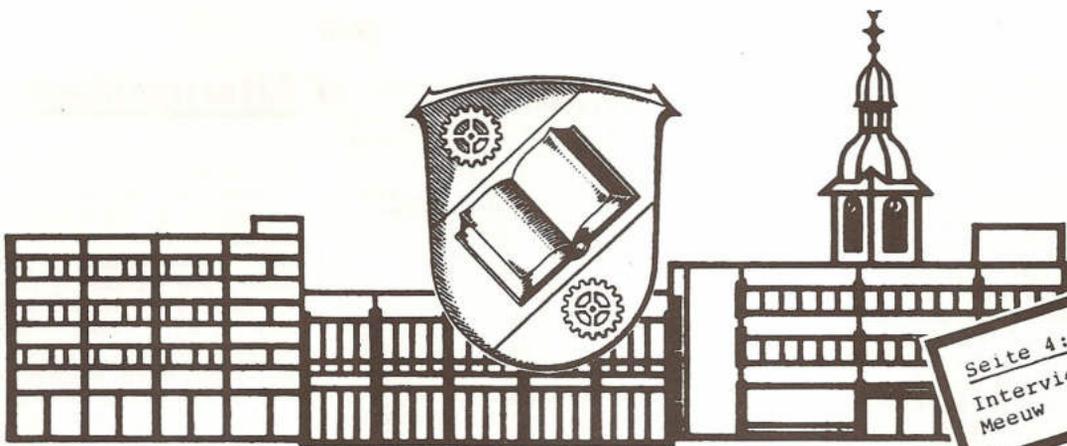
Die Grün-Bilanz für das Jahr 1980 läßt alle Verschönerer für den Ortsteil Nordenstadt hoffen, denn die Tendenz der Aktivitäten ist eindeutig steigend. Gestiegen sind auch die vom Magistrat für Nordenstadt bereitgestellten Geldmittel von ca. DM 1800,- auf DM 2600,- in diesem Jahr. Acht Gruppen-, zwei Einzel- und zwei Jugendinitiativen haben mit diesen Geldern mehr Grün in Form von Blumenkübeln, Bäumen, Sträuchern u.ä. in unseren Ortsteil gebracht. Doch zu einem Wettbewerb gehören auch Preise mit denen die verschiedenen Anstrengungen honoriert werden. Nordenstadts Initiativen wurden belohnt, Geldpreise in einer Gesamthöhe von DM 1520,-

gingen an die Teilnehmer. Vielleicht ist dies ein Anreiz für weitere Mitbürger - einzeln oder gemeinsam - im Jahr 1981 sich an dieser sinnvollen Aktion zu beteiligen. Besonders eingeladen sind alle jungen Bürger an der Aktion "Jugend für schöneres Wiesbaden" mitzumachen. Wir sind gespannt, wer im neuen Jahr etwas tut für ein grüneres Nordenstadt und werden zu gegebener Zeit wieder darüber informieren. Auskünfte zum Wettbewerb "Schöneres Wiesbaden" erteilen: Stadtrat Adolf Lupp, Tel.: 06121/421772, im Grünflächenamt Herr Winterberg, Tel.: 312920 K.-H. E.



Wo der Koks immer mehr
»Kohlen« kostet, wär's
doch schön, wenn man sich
beim Schlittschuhlaufen
auf dem Boltzplatz
erwärmen könnte.

Herausgeber: SPD-Ortsverein Nordenstadt
Presserechtlich verantwortlich:
Paul Hüllenhütter, Hebbelweg 7
Redaktion: Katrin Kiehne, Goethering 26
H. P. Schröder, Habichtweg 9
W. Wahler, Pommernstraße 45
Layout und Graphik:
S. Schneider, Hessenring 38



Seite 4: *
Interview mit Folkert
Meeuw

NORDENSTADT-NACHRICHTEN

5. Jahrgang

Die SPD Nordenstadt informiert

Febr./März 1981

+++ Nachrichten +++ Unterhaltung +++ Meinungen +++ Hintergründe +++

4 Jahre Ortsbeirat Wi-Nordenstadt

Die Legislaturperiode des ersten gewählten Ortsbeirats in Wi-Nordenstadt geht am 31. März 1981 zu Ende. Der neue Ortsbeirat wird am 22. März 1981 von den Bürgern gewählt.

Dies ist Anlaß genug, um ein Resümee zu ziehen.

Positiv erscheint dem Betrachter das Klima der Ortsbeiratsarbeit. Von weitgehender Übereinstimmung der Fraktionen getragen, wurden die Beschlüsse meist einstimmig gefaßt. Einzelne Gegenstimmen aus persönlichen Gründen müssen immer möglich bleiben und gehören zum Wesen parlamentarischer Arbeit. Sie müssen deshalb nicht besonders erwähnt werden.

So gesehen wird sich der Bürger berechtigt die Frage stellen "Wo liegt denn nun eigentlich der Unterschied zwischen den beiden Fraktionen - zwischen der CDU-Mehrheitsfraktion und der SPD-Opposition?"

Der Unterschied wird an kurzen Beispielen deutlich.

1. Grünfläche im Bereich "An der Schule"

Im Entwurf des Flächennutzungsplanes sah der Magistrat die Ausweisung einer Grünfläche in einer Größe von ca. 12.000 m² vor. Mit der Ausweisung dieser Grünfläche sollte den dringenden Bedürfnissen der Bewohner Nordenstadts Rechnung getragen werden. Trotz beschwörender Appelle der SPD-Fraktion wurde die vorgesehene Grünfläche um die Hälfte reduziert und die Restfläche mit Reihenhäusern zugebaut. Der Initiative der Ortsverwaltung ist es zu verdanken, daß wenigstens einige Reihenhäuser zugunsten von Arztpraxen u.ä. weichen mußten.

Eine SPD-Mehrheit im Ortsbeirat hätte einer Reduzierung der vorgesehenen Grünfläche nicht zugestimmt!

2. Erweiterung der Grundschule

Nach langem Hin- und Her wurde endlich kurz vor dem Jahreswechsel 1979/80 mit der Schulerweiterung begonnen. Die Verzögerung hat die CDU zu vertreten, denn sie hat der Nordenstadter Schule in der Prioritätenliste nicht den notwendigen Vorrang eingeräumt, um die Landesmittel früher zu erhalten. Dem massiven Druck der Elternvertreter ist es zu verdanken, daß noch im Jahr 1979 mit dem Bau begonnen wurde.

Eine SPD-Mehrheit im Ortsbeirat hätte durchgesetzt, daß die Schulerweiterung bereits Anfang 1979 begonnen worden wäre. Die Erweiterung und der Umbau wären heute bereits fertiggestellt!

3. Weiterführende Schulen

Trotz gegenteiliger Auffassung der CDU-Ortsbeiratsfraktion konnte die SPD am 31.5.78 mit der "Leihstimme" eines CDU-Ortsbeiratsmitgliedes sicherstellen, daß die Förderstufe an der Hermann-Ehlers-Schule in Erbenheim beibehalten wird. Leider war es nicht möglich, eine Mehrheit für den Ausbau der Hermann-Ehlers-Schule zu einer schulformbezogenen (additiven) Gesamtschule zu erhalten.

Die CDU hat dafür gesorgt, daß die Entscheidung zurückgestellt wurde.

Die Situation der Hermann-Ehlers-Schule als Haupt- und Realschule mit Förderstufe ist insofern nachteilig, als die A-Kurs-Schüler der Förderstufe nach zwei Jahren wieder die Schule wechseln müssen, um ein Gymnasium in Wiesbaden besuchen zu können. Durch die Einrichtung einer schulformbezogenen Gesamtschule würde dieser Nachteil beseitigt, die Attraktivität der Förderstufe erhöht und für alle Schüler der Stadtteile des Einzugsbereichs der Schule

kürzere Schulwege in die weiterführenden Schulen erreicht. Eine schulformbezogene Gesamtschule, die in den Klassen 7 bis 10 in die Schulzweige Hauptschule, Realschule und Gymnasium gegliedert ist, bietet für alle Schüler des Einzugsbereiches eine wohnungsnah gute schulische Versorgung, die nach Klasse 10 im Oberstufengymnasium am Moltkering weitergeführt werden kann.

Die Schülerzahlen der zuzuordnenden Grundschulen stellen sicher, daß eine künftige Gesamtschule eine für ihre pädagogische Aufgabe in jedem Fall ausreichende Größe haben würde.

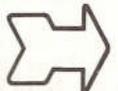
Die Mindestzahl von 5 Zügen würde mit Sicherheit überschritten werden.

Eine SPD-Mehrheit im Ortsbeirat wäre für eine ausreichende wohnungsnah Versorgung eingetreten!

4. Erweiterung der Sport- und Freizeitanlage

Der Eingliederungsvertrag zwischen der Gemeinde Nordenstadt und der Landeshauptstadt Wiesbaden sieht vor, daß 1980 mit der Erweiterung der Sport- und Freizeitanlage begonnen wird. Geschehen ist bisher so gut wie gar nichts. Die CDU Nordenstadt hat es trotz rechtsgültiger Absprache nicht vermocht durchzusetzen, daß wenigstens ein Termin für den Baubeginn genannt wurde.

Eine SPD-Mehrheit im Ortsbeirat wäre nachhaltig für die Einhaltung der Vereinbarung eingetreten!



5. Vereinförderung

Die Sportförderung in Wiesbaden wurde verbessert. Nutznießer dieser Verbesserungen waren in erster Linie die Tennisvereine. Tennisanlagen sind wie Pilze aus dem Boden geschossen. Für die Tennisanlagen wurde auf Pachtzahlungen für städtische Grundstücke verzichtet, Clubhäuser wurden mit 5- und 6-stelligen Zuschüssen gefördert. Die Benutzungsentgelte für die Bürgerhäuser wurden ersatzlos gestrichen. Dies war sicher wünschenswert, jedoch bereits ein Jahr später wurde laut über die Zahlung von sogenannten "Energiebeiträgen" nachgedacht. Was den Tennisvereinen recht war, wurde anderen Vereinen verweigert. Städtische Grund-

stücke wurden trotz einstimmiger Ortsbeiratsbeschlüsse nicht an kulturelle Ortsvereine verpachtet, sondern an Gewerbebetriebe verkauft. Eine SPD-Mehrheit im Ortsbeirat wäre nachdrücklich für eine Förderung des Breitensports und die Verpachtung städtischer Grundstücke an Ortsvereine eingetreten!

Am 22. März 1981 haben alle Bürger die Möglichkeit, über die künftige Zusammensetzung des Ortsbeirates in Nordenstadt und der Stadtverordnetenversammlung in Wiesbaden zu entscheiden.

Gehen Sie deshalb zur Wahl. Nehmen Sie die Sozialdemokraten beim Wort!

Wählen Sie die
L I S T E 2 - S P D
Auf die ist Verlaß

S.H.

Elternprotest

Einstimmig protestierte der Elternbeirat der Kindertagesstätte Nordenstadt in einem offenen Brief an den Vorsteher der Stadtverordnetenversammlung gegen die beabsichtigte Erhöhung des Kindergartentagesgeltes um monatlich 20,-DM auf DM 85,-. Durch diese Maßnahme würden "wieder einmal die Bevölkerungskreise getroffen, die in der heutigen Zeit schon durch die Tatsache, daß sie Kinder bejahen, erhebliche Belastungen auf sich nehmen müssen", so der Elternbeirat in seinem Schreiben, das durch zahlreiche Unterschriften von Eltern unterstützt wird. kk

SPD-Nordenstadt ist bereit Verantwortung zu tragen

Nach vier Jahren schlechter Verwaltung muß Nordenstadt wieder eine SPD-Mehrheit bekommen. Das war die Hauptforderung in der Diskussion während der Jahreshauptversammlung der SPD-Nordenstadt. In den letzten vier Jahren sind zu viele Rechtspositionen aus dem Eingemeindungsvertrag leichtsinnig verschenkt worden. Der Schulneubau ist immer noch nicht fertig, der Bau der Kindertagesstätte wurde leichtfertig hinausgezögert, die geplante Grünfläche dient immer noch als Schuttplatz und die Verkehrsprobleme sind auch nicht gelöst. Investitionen in Nordenstadt wurden nur über Kredite finanziert, obwohl die Gewerbesteuer-einnahmen Nordenstadts die getätigten Investitionen um ein Mehrfaches übersteigen. Schließlich wurde noch der Wasserpreis um 130 Prozent erhöht, um Löcher im städtischen Haushalt zu stopfen.

Geschlossen und fair wird die SPD-Nordenstadt den Wahlkampf führen. Die mitgliederstärkste Partei Nordenstadts tritt mit einem Programm und mit Kandidaten vor die Bürger, die Unterstützung und Vertrauen verdienen. Die Sache steht im Mittelpunkt, aber wer diese Sache fördern will, muß die Person fördern, die sie vertritt.

Zum Abschluß der Jahreshauptversammlung wurde der neue Vorstand gewählt. Er setzt sich wie folgt zusammen:

Vorsitzender Paul Hüllenhütter; Stellvertretende Vorsitzende Wolfgang Spangenberg und Hans-Peter Schröder; Kassierer Werner Wahler und Dieter Majer; Schriftführer Harald Schindler und Nils Jensen; Beisitzer Katrin Kiehne, Dr. Siegfried Brill, Dieter Eckhardt, Karl Heinz Eischer, Manfred Hasenjäger und Dieter Schröfl.

W.Sp.

Westring

Übrigens.....
Nach einer Äußerung des stellvertret. Leiters des Amtes für Verkehrswesen,

Herr Thomin, auf der Bürgerversammlung am 18. Februar 1981 soll der Westring so aussehen:

KK



Verkehrsproblem wächst in naher Zukunft stärker

Kurz nach der Kommunalwahl 1977 atmete man am Hessenring und im alten Ortsteil auf. Die CDU Politikerin Barbara Förster, in der viele die zukünftige Stadtentwicklungsdezernentin sahen, erklärte damals, sie - die CDU - werden kurzfristig den Westring an die Erbenheimer Straße anschließen und das Neubaugebiet am Hessenring vom Durchgangsverkehr entlasten. Sie warf der SPD vor, dies jahrelang verschlafen zu haben, aber nun würde die CDU das Problem lösen.

Hier muß eine Anmerkung zum Verständnis gemacht werden. Das Baugebiet Westring wurde in den Jahren 1974/75 erschlossen. Anfang des Jahres 1977 betrug das Verkehrsaufkommen aus diesem Baugebiet ca. 30 Prozent des heutigen Verkehrsaufkommens.

Heute, fast vier Jahre später, wissen wir, Frau Förster ist politisch verschollen, daß mit dem Ausbau des Westringes frühestens in drei bis vier Jahren zu rechnen ist. Die Probleme werden in dieser Zeitspanne noch zunehmen.

Mit der Erweiterung des Sportzentrums wird der Durchstich des Westringes auf die Igstadter Straße notwendig und man muß zu den steigenden "sportlich fahrenden" Publikumsaufkommen noch einige Fahrzeuge in Richtung Igstadt/Bierstadt hinzuzählen, die u.a. den Hessenring befahren und damit an Schule und Kindergarten vorbeikommen oder die "Verstopfung" am Hessenring verstärken. W. Sp.

SPD-Nordenstadt unterstützt Protest der Eltern

Zum 31. Juli 1981 enden die Angestelltenverträge von 143 Grundschullehrern und sollen - laut Kultusministerium - nicht verlängert werden.

Betroffen von dieser Maßnahme ist auch die Grundschule in Nordenstadt. Mindestens für eine Lehrerin steht fest, daß sie ab 1. August nicht mehr weiter beschäftigt werden soll. Wird dies eintreten, so geht der Grundschule Nordenstadt eine Frau verloren, die von ihren Kollegen geschätzt, von den Eltern der Kinder als Lehrerin ihrer Kinder gerne gesehen und von den Kindern verehrt wird.

Frau Germelmann (die betroffene Lehrerin) soll weiter arbeiten, soll weiter unsere Kinder unterrichten dürfen. Es gibt deshalb eine Unterschriftenaktion der Lehrer und Eltern, die sich für den Verbleib von Frau Germelmann an der Grundschule Nordenstadt und darüber hinaus für den Verbleib aller 143 BAT-Vertragslehrern an Grundschulen in Hessen einsetzen.

Der SPD-Ortsverein unterstützt die Bemühungen des Kollegiums und der Eltern. Die SPD-Nordenstadt macht ihren Protest gegen Einsparungen, die auf Kosten der Ausbildung unserer Kinder gehen, deutlich in einem offenen Brief an den Kultusminister. Die SPD-Nordenstadt verweist in diesem Schreiben auf den Brief des Elternbeiratsvorsitzenden, Herrn Fiedler, mit dessen argumentativen Inhalt sie sich in völliger Übereinstimmung befindet.

- H.P.Sch. -

Kindertagesstätte

Anfang April 1981 soll es so weit sein: die II. Kindertagesstätte - ein Dauerbrenner auch für die NORDENSTADT NACHRICHTEN - eröffnet ihre Pforten. Damit wird eines der brennendsten kommunalpolitischen Probleme endlich gelöst werden können. Auf beinahe 200 Kinder wuchsen die Wartelisten für einen KT-Platz im letzten Jahr an. Nun kann allen Eltern bzw. deren Kindern, die noch Interesse bekundeten, geholfen werden. Nur noch neun Kindern muß eine Aufnahme in diesem Jahr versagt bleiben. Eltern, die bislang noch keine Zusage erhalten haben, melden sich bitte bei Gertrud Jensen, Horchheimer Str. 1 e
Tel. 4147

Die Redaktion will sich diesmal nicht mit einem langen Vorwort aufhalten. Nur soviel sei gesagt: die Bundes- und Landespolitik stehen jetzt nicht zur Wahl. Helmut Schmidt, Helmut Kohl und Hans-Dietrich Genscher kandidieren nicht für den Ortsbeirat. Auch Minister Gries nicht. Allerdings steht Herr Gries insofern zur Wahl, weil er schließlich dafür gesorgt hat, daß uns das Wasser - entgegen den Eingemeindungsverträgen - jetzt teuer zu stehen kommt (Anm. d. Red.).

Wahl, Wahl...

Es steht zur Wahl der Schorsch, der Hans, die hübsche Grethe und der Franz. Die Haar gelegt mit Schmalz bedacht, so wird ins Objektiv gelacht. Die Bilder sieht man allenthalben auf der Parteienliste pranken. Der eine hat die schönere Nase, der andere - ich weiß nicht was. Die Locken in die Stirn gekämmt, wirkt Grethe wie vom Ei gepellt. Der Schorsch hat auf der Nase ein Pickel, da nutzt auch kein Tomatenwickel. Der Hans, der dünne Kerl, der lange mit seinem Bein wie Bohnestange, versteckt sich in der Hosebein, läßt sich sexy Wade sexy sein. Und selbst der Franz mit all seiner Fett, klemmt sich in seine engere Jacke. So lachen sie von den Plakaten, die Kommunalwahlkandidaten.

Und wird der Wahlkampf erst mal heiß, treibt sie's heraus zum Bürgerfleiß. In Diskussionen sitzen schwitzen, wo immer Fotografen blitzen. Damit die Presse auch Berichte von ihm der richtig und gewichtig. Am Info-Stand sieht man sie stehen. In Häuser und zum Bürger gehen. Ein Baum gepflanzt, ne Einweihung, gespendet wird und rum und dum. Der Gegner kriegt den Kopf gestutzt, sein Argument wird weggeputzt. Und waagt er sich noch

was zu schreiben, dann folgen seinem böse Zeilen, wo alles, was er glaubt gemacht, wird darin zu dem ändern Sach. Es wird gestritten und gekämpft; es fehlt nicht Pfeffer, fehlt nicht Senf. Ach, hoffentlich nehmen sie nicht Schaden, die Kommunalwahlkandidaten.

Und endlich ist es dann soweit; der Wahlsonntag wird eingeleut. Am Morgen wird früh aufgestanden, die besten Kleider, die vorhanden, werden rausgeputzt und aufgebügelt, der Übermut des Sohns gezügelt. Dann geht die Mutter mit ihrem Mann gemeinsam auf den Urnengang. Die Leute werden links und rechts begrüßt, ein Mann der Mitte man draußschließt. Im Wahllokal dann angekommen, wird erst einmal Notiz genommen. Wer ist schon da, wer wird mich wählen? Ob's langt, wenn wir am Abend zählen? Hier ist des Schicksals großer Saal. Ach, was! Geh weg! Ich wähle mich mal. Denn wenn man selbst sich net vertraut, hat man bestimmt auf Sand gebaut. Gewinnt er net, hat wenigstens seine Art bewahrt, der Kommunalwahlkandidat.

Euer Frieder

Giftpflanzen auf unseren Spielplätzen

Kinder sind durch giftige Pflanzen oder leuchtende Beeren besonders gefährdet, da sie einmal als Kleinkinder vieles in den Mund stecken, um es zu untersuchen oder aber als ältere Kinder Beeren oder Blätter zum "Kochenspielen" ausprobieren. Es vergeht kein Jahr, ohne daß die Zeitungen von Vergiftungsunfällen mit Pflanzen berichten.

Giftpflanzen wachsen nicht nur in freier Natur oder in unseren Gärten, sondern sind leider auch als Zierpflanzen um unsere Kinderspielplätze zu finden. Nun sollten aus unseren Vorgärten nicht generell alle Eiben, Goldregen oder Ginsterbüsche usw. verbannt werden, aber im direkten Umfeld von Kindern sollten sie keinen Platz bekommen. Obwohl für Kinderspielplätze in Hessen durch die Kinderspielplatzverordnung v. 29.7.77 ausdrücklich giftige oder sonst gefährliche Bepflanzungen auf dem Spielplatz und an seinem Rand für unzulässig erklärt worden sind, lachen den Kindern im Herbst auf dem Spielplatz am Breckenheimer Weg u.a. leuchtend rote Beeren der Taxusbüsche entgegen. Das hierfür zuständige Grünflächenamt sollte davon unbedingt Kenntnis bekommen. E.Sp.

Kulturkreis

Der Vorschlag, einen Kulturkreis zu gründen, findet Resonanz. Zwölf Interessenten haben sich bisher gemeldet. Alle wollen Ideen einbringen. Erfreulich und vielversprechend. Die Adressen und Telefonnummern der Interessenten haben wir notiert. Zu einer Gründungsveranstaltung werden wir voraussichtlich bis Mitte April einladen.

Hans Peter Schröder
Habichtweg 9
Tel.: 06122-4262

Verstärkter Einsatz von Politessen in Nordenstadt

Um den Klagen wegen Verkehrsstößen des ruhenden Verkehrs (Halten und Parken in gekennzeichneten Halteverbotszonen, auf Bürgersteigen, gegenüber von Ausfahrten usw.) nachzukommen, wird der verstärkte Einsatz von Politessen, in Nordenstadt erwogen. Dies wurde uns auf Anfrage mitgeteilt. Also liebe Autofahrer: Vorsicht, nehmt Rücksicht.

-kk-

Folkert Meeuw war in den Jahren 1965 bis 1976 mehrfacher Olympiateilnehmer, Deutscher Meister und Europameister im Schwimmen. Bis zur Ableistung seines Grundwehrdienstes schwamm er für den "Schwimmclub Wiesbaden 1911" und danach für die "Wasserrfreunde Wuppertal". Heute ist er Lehrer für Biologie und Sport an der Gesamtschule in Wiesbaden-Klarenthal.

Frage: Herr Meeuw, Sie haben viele Jahre lang die Höhen und Tiefen des Spitzensports erfahren. Haben diese Erfahrungen dazu geführt, daß Sie sich - wie viele andere - vom Sport zurückgezogen haben oder lassen Sie Ihre Erkenntnisse wieder in den Sport zurückfließen?

Folkert Meeuw: Während meiner aktiven Zeit war ich mehrere Jahre der Aktiven-Sprecher der Nationalmannschaft und habe dadurch viele Blicke hinter die Kulissen der Sportorganisation werfen können. Durch diese Tätigkeit habe ich die Notwendigkeit erkannt, daß die gemachten Erfahrungen in den Sport zurückfließen müssen, damit auch dem Sportlernachwuchs die Freude und der Spaß am Sport erhalten bleibt.

Frage: In welcher Form haben Sie sich für den Sport engagiert?

Folkert Meeuw: Im Beirat der Aktiven beim Bundesausschuß für Leistungssport habe ich mich auch dafür eingesetzt, daß in allen Verbänden der Aktivenvertreter mit Sitz und Stimme an Entscheidungen beteiligt ist.

Um mich über die Förderung des Spitzensports besser zu informieren, habe ich bei der Stiftung Deutsche Sporthilfe gearbeitet.

Meine sportpolitischen Vorstellungen konnte ich erstmals im Rahmen der Sportwählerinitiative für die SPD einbringen. Dieses Engagement führte dazu, daß ich in den Sportbeirat beim Parteivorstand der SPD berufen wurde. Darüber hinaus bin ich als Zweiter Vorsitzender im Schwimmclub Wiesbaden tätig.

Frage: Welches sind Ihre Vorstellungen zur Förderung des Sports?

Folkert Meeuw: Ich sehe die Selbstständigkeit des Sports in unserem Lande als eine Grundlage an, wobei man nicht verkennen darf, daß einerseits diese Organisation auf öffentliche Förderung angewiesen ist und andererseits der Sport ein öffentliches Anliegen ist. Von daher stehe ich auf dem Standpunkt, daß Sport nicht nur für einen kleinen Kreis Leistungsmotivierter da sein darf, sondern für alle Bürger möglich sein muß. Konkret sehe

ich das so, daß erstens das Angebot der Vereine für den Sport mit älteren Menschen und mit Behinderten sowie für Familien erweitert werden muß, daß zweitens die ausländischen Arbeitnehmer und ihre Familien mehr als bisher Zugang zu den deutschen Vereinen finden können und daß drittens durch eine in pädagogischer Richtung veränderte Übungsleiterausbildung es den Jugendlichen ermöglicht wird, Spaß am Sport und Spiel zu behalten. Auf diese Weise könnten wir ein wichtiges Anliegen des Sports, gemeinschaftsbildend zu wirken, verwirklichen.

Frage: Sie sind Wiesbadener, Herr Meeuw, wie sehen Sie das in Wiesbaden und wie soll es Ihrer Meinung nach weitergehen?

Folkert Meeuw: Die schon von der SPD in Wiesbaden betriebene Sportförderung durch verstärkten Bau und kostenlose Benutzung von Sportanlagen und die Gewährung von Übungsleiterzuschüssen sehe ich als beispielhafte Grundlage an. Die Bezuschussung von vereinseigenen Anlagen ist ein weiterer positiver Punkt der Sportförderung in Wiesbaden, wie sie seit vielen Jahren praktiziert wird.

In Anbetracht der bestehenden Lücken in Hinsicht auf die Öffnung des "Sports für alle" ist es mir unverständlich, daß in Wiesbaden der maßlose Versuch unternommen wird, mit öffentlichen Geldern Spitzensportförderung à la Neckermann zu betreiben - obwohl dies in keinem Verhältnis zu dem in Wiesbaden vorhandenen Spitzensport steht.

Frage: Das klingt so, als seien Sie gegen die Förderung von Spitzensport!

Folkert Meeuw: Ich glaube, es wäre sehr lächerlich, wenn ausgerechnet ich als einer, der am längsten von der Stiftung Deutsche Sporthilfe geförderter Sportler, gegen diese Forderung wäre; allerdings stelle ich mir das in unseren Wiesbadener Dimensionen anders vor:

Leistungssport ist alles, was im organisierten Vereinsrahmen betrieben wird. Hierfür besteht bereits eine breite Förderung durch die öffentliche Hand. Spitzensport dagegen betrifft nur wenige Personen und ist somit ein Musterbeispiel für die Eigenständigkeit der sportlichen Zielsetzung in einem Verein.

Unter den heutigen finanziellen Möglichkeiten der öffentlichen Hand halte ich es geradezu für unseriös, wenn von Politikern bei Vereinen und bei den Bürgern Wiesbadens Erwartungen geweckt werden, daß man unsere Stadt zu einer Sporthochburg machen könne. Ich setze mich mit Nachdruck für eine kommunale Förderung des "Sports für alle" ein und kann deshalb eine Förderung des Spitzensports nur durch private Geldgeber billigen.

Diese Einstellung vertrete ich auch in meinem beruflichen und privaten Wirkungsbereich,

Das Ende des 4. Schuljahres rückt näher und wieder stehen viele Eltern vor der Entscheidung: welche Schulform ist die Beste für mein Kind?

Mangelnde Information läßt viele eine Entscheidung treffen, die sehr oft nicht wieder gutzumachende Folgen hat.

Hier nun eine kleine Information zur Förderstufe:

Förderstufe oder auch Orientierungsstufe genannt ist die gemeinsame Schule für alle Kinder des 5. und 6. Schuljahres. Also keine Aufteilung in Hauptschüler, Realschüler und Gymnasiasten. Sie lernen weiter gemeinsam, unterstützen sich gegenseitig, Schulfreundschaften bleiben erhalten. Am Anfang arbeiten alle Schüler in allen Fächern gemeinsam. Dieses gemeinsame Lernen bleibt in dem sogenannten Kernunterricht (Deutsch, Gesellschaftslehre, Naturwissenschaften) erhalten.

Nach einer Zeit der Beobachtung werden in der Regel in Englisch und Mathematik Lerngruppen gebildet. In einem solchen Kurs sind Kinder mit annähernd gleichem Leistungsniveau zusammengefaßt. Charakteristisch für die Förderstufe ist aber, daß den Kindern entsprechende Hilfen angeboten werden (Stützkurse), um Aufsteigen zu ermöglichen und Abstufungen zu verhindern.

Schließlich gibt es in Förderstufen Angebote, die bestimmte Interessen der Schüler ansprechen: Arbeitsgemeinschaften für Musik, Sport, Theater usw.

Mit der Förderstufe lassen sich keineswegs alle schulischen Probleme lösen, trotzdem ist sie aber dem 3-gliedrigen Schulsystem, das die Kinder bereits in der 4. Klasse aussortiert, bei weitem überlegen. Es sollte keine politische Frage sein, die Schulform zu wählen, wo die Kinder mehr und bessere Leistungen erbringen können, auch ohne Schulangst und ohne bezahlte private Nachhilfe. Weitere Informationen können Sie beim Hessischen Kultusministerium, Luisenplatz 2, 6200 Wiesbaden, erhalten. E.Sp.

Mangelnde Information läßt viele eine Entscheidung treffen, die sehr oft nicht wiedergutmachende folgen hat.

Herausgeber: SPD-Ortsverein Nordenstadt
Presserechtlich verantwortlich:

Paul Hüllenhütter, Hebbelweg 7

Redaktion: Katrin Kiehne, Goethering 26

H. P. Schröder, Habichtweg 9

W. Wahler, Pommernstraße 45

Layout und Graphik:

S. Schneider, Hessenring 38

Landtagspräsident a.D.
Georg Buch
ehrte verdiente
Sozialdemokraten.

Sozialdemokratische Geschichte, wie auch Nordenstadter Geschichte, lebten wieder auf, als der ehemalige Landtagspräsident Buch zu Beginn der diesjährigen SPD-Jahreshauptversammlung die Ehrung fünf verdienter Mitglieder des Ortsvereins vornahm.

Im einzelnen wurden geehrt:

OTTO HÖRNER, 79 Jahre, für 55-jährige Mitgliedschaft in der SPD. Hörner war 16 Jahre Bürgermeister von Nordenstadt, langjähriger Vorsitzender der Ortsvereine der SPD und Arbeiterwohlfahrt (AW), er ist Ehrenmitglied des TuS Nordenstadt, Mitglied des Männergesangsvereins Concordia und der Freiwilligen Feuerwehr.

WILLI LANGE, 68 Jahre, für 33-jährige Mitgliedschaft in der SPD. Lange ist ein treues und aktives Mitglied der SPD und AW. Als aktiver Gewerkschaftler setzt er sich seit über 50 Jahren für die Interessen der Arbeitnehmer ein.

PAULA EMMERT, 66 Jahre, für 30-jährige Mitgliedschaft in der SPD. Paula Emmert war u.a. 32 Jahre Organistin der ev. Kirchengemeinde von Nordenstadt und in den 20er Jahren bis zum Verbot durch die Nationalsozialisten 1933 Stellvertreterin des Dirigenten Urban im damaligen Arbeitergesangsverein.

KARL ZINN, 70 Jahre, für 25-jährige Mitgliedschaft in der SPD. Zinn ist Ehrenbrandmeister der Freiwilligen Feuerwehr, Inhaber des silbernen und goldenen Brandschutzabzeichens. Er war 18 Jahre im Dienst der Gemeindeverwaltung Nordenstadt, außerdem ist er seit Jahrzehnten Mitglied der AW.

Wegen Krankheit wurde in Abwesenheit **KARL HESS**, 72 Jahre, für 25-jährige Mitgliedschaft in der SPD geehrt. Hess, der Inhaber des Ehrenbriefes des Landes Hessen und Ehrenmitglied des TuS Nordenstadt ist, war 18 Jahre Gemeindevertreter in Nordenstadt und 20 Jahre Mitglied des Ortsgerichts Nordenstadt.

W.Sp.



Auf dem Bild sehen Sie die geehrten Mitglieder der SPD: Paula Emmert, Otto Hörner, Karl Zinn, Willi Lange mit dem ehemaligen Präsidenten des Hessischen Landtages Georg Buch und Paul Hüllenhütter dem Vorsitzenden der SPD-Nordenstadt.



Das Bild zeigt die Ortsbeiratskandidaten der SPD-Nordenstadt v.l.n.r.: Horst Lottig, Werner Wahler, Dr. Siegfried Brill, Elke Spiekermann, Paul Hüllenhütter (zugleich Kandidat für die Stadtverordnetenversammlung), Hans Peter Schröder und den Leiter der Ortsverwaltung Harald Schindler.

Für ein menschliches
Wiesbaden

Unter diesem Leitmotiv wurden die Grundsätze der SPD-Wiesbaden erarbeitet. Wenn Sie sich für die hier gemachten Aussagen interessieren, bitte schreiben Sie an den Vorsitzenden der SPD-Nordenstadt, Paul Hüllenhütter, Hebbelweg 7, 6200 Wi-Nordenstadt, oder den Spitzenkandidaten der SPD für die Stadtverordnetenversammlung, Achim Exner, Rathaus, 6200 Wiesbaden.

Am Freitag dem
20. März
1981

Wiesbadensfest

mit der
Poti-Show-Band

CONDOR+

DEL FARO *Eintritt 5,-

*Beginn: 20 Uhr *Einlaß 19³⁰ Uhr

Ohne Kämmerer Oedekoven wäre Wiesbaden am Ende: FÜR EINE SOLIDE FINANZPOLITIK

Ohne Dietrich Oedekoven, den sozialdemokratischen Stadtkämmerer, wäre das finanzielle Fiasko, das die CDU-Mehrheit im Stadtparlament angerichtet hat, noch größer geworden. Der über Wiesbaden hinaus anerkannte Finanzexperte zwang die Union nicht nur zum Offenbarungseid, er widerlegte auch das Märchen, Sozialdemokraten könnten nicht mit Geld umgehen. Da der Wähler gleichzeitig auch Steuerzahler ist, sollte ihm daher die Wahl am 22. März nicht schwerfallen. Im folgenden berichtet „Finanzminister“ Oedekoven, was mit den Steuergeldern bisher unter CDU-Verantwortung geschehen ist und wie die SPD sie zu verwenden gedenkt, wenn sie aus den Kommunalwahlen als stärkste Partei hervorgehen sollte:

Grundlage und Voraussetzung der an den Bedürfnissen des Bürgers orientierten Kommunalpolitik der Wiesbadener SPD ist eine geordnete Finanzwirtschaft. Dies bedeutet in der Praxis, daß die Ausgaben durch ausreichende Einnahmen gedeckt sind, in angemessener Höhe Rücklagen für besondere Fälle gebildet werden und die Belastung der Bürger sich nach sozialen Rücksichten an der finanziellen Leistungsfähigkeit orientiert.

Die Wiesbadener SPD hat entsprechend diesen Grundsätzen in den Jahren ihrer absoluten Mehrheit von 1972 bis 1977 auch in Zeiten der wirtschaftlichen Rezession ihre Haushalte stets in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen abgeschlossen. Am Ende der Wahlperiode 1977 waren innerhalb von vier Jahren für den Schulbau, Kinderspielplätze und Kindergärten, Sportanlagen, Wohnungsbau und Stadtansanierung, Altenheime und viele andere Einrichtungen mehr als eine halbe Milliarde DM für die Bürger investiert worden. Dennoch konnten zur Sicherung des bereits für die Zukunft beschlossenen umfangreichen Investitionsprogramms vorsorgliche Rücklagen in der stattlichen Höhe von über 30 Mio DM angesammelt werden.

Solide Anpassung der laufenden Ausgaben zum Betrieb der vielen städtischen Einrichtungen und eine gute Planung der zahlreichen Neubauten machten es möglich, mit der Hilfe von Bund und dem Lande Hessen Wiesbaden weiter zu einer modernen Großstadt im Grünen auszubauen.

Diese Politik fand mit dem Übergang der Mehrheit im Rathaus auf die CDU bei der Kommunalwahl im Frühjahr 1977 ihr Ende.

Die Wiesbadener CDU versprach vor der Wahl:

- Abbau von mehr als 600 Personalstellen bei der Stadtverwaltung zur Einsparung von Ausgaben;
- Abbau der bestehenden Schulden, die die Stadt zur Finanzierung ihrer Neubauten aufgenommen hatte;

- Abschaffung der Lohnsummensteuer und der kleinen Gemeindesteuern (Getränksteuer, Vergnügungssteuer und Schankerlaubnissteuer);
- Ausbau der Zuwendungen an freie Träger öffentlicher Aufgaben;
- Privatisierung von Leistungen, die die Stadt den Bürgern erbringt.

Die Wiesbadener SPD sicherte vor der Kommunalwahl 1977 dem Bürger die Fortsetzung des Ausbaues von Wiesbaden als moderne Großstadt mit sicheren Arbeitsplätzen und großem städtischen Leistungsangebot zu; sie machte aber deutlich, daß große Leistungen auch ihren Preis kosten.

Was hinterläßt die Wiesbadener CDU als Mehrheitsfraktion in der Stadtverordnetenversammlung nach einer vierjährigen Finanzpolitik, wenn der Bürger am 22. März 1981 zur Wahlurne geht? Der laufende Haushalt 1981 weist eine Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben von mehr als 40 Millionen DM aus. Die in der Vergangenheit zur Sicherung der Zukunft angesammelten Rücklagen sind inzwischen völlig aufgebraucht. Die Schulden der Stadt sind innerhalb dieser vier Jahre um 190 Millionen DM gestiegen, die Bautätigkeit der Stadt ist im Jahre 1980 zurückgegangen.

Die Hoffnung auf Einsparungen durch Senkung der Mitarbeiterzahl erwies sich als trügerisch. Die Stadt hat aus zwingenden Gründen Ende 1980 mehr Beschäftigte als 1977; die SPD hatte dieses vor der Wahl vorhergesagt. Die Möglichkeit, durch Privatisierung der von der Stadt für die Bürger erbrachten Leistungen, zum Beispiel in der Müllabfuhr, beim Schlachthof, in der Grünflächenpflege und anderen Bereichen, Einsparungen zu erzielen und gleichzeitig die Leistungen aufrechtzuerhalten, erwies sich als undurchführbar oder als sehr kostspielig für den Bürger. Die CDU konnte ihr Wahlversprechen nicht einhalten, weil es ohne Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse gegeben wurde.

Die Steuern wurden von der CDU gesenkt, jedoch nicht im ursprünglich angekündigten Umfang. Auch die CDU erkannte 1978, daß sie bei voller Durchsetzung ihrer Wahlversprechen noch früher in finanzwirtschaftliche Schwierigkeiten gekommen wäre. Gleichzeitig mit der Steuersenkung wurden jedoch die Ausgaben der Stadt durch Übernahme neuer freiwilliger Aufgaben und Zuwendungen an Dritte ausgebaut, sowie Aufgaben des Landes Hessen ohne Not auf die Stadt Wiesbaden übernommen (zum Beispiel bei der „Lehrerfeuerwehr“ und durch Verzicht auf Landeshilfen für Neubauten). Mögliche Einnahmen für den von der SPD durchgeführten Ausbau der Fußgängerzone wurden in Millionenhöhe von der CDU den betroffenen Eigentümern der florierenden Geschäftshäuser erlassen, obwohl die Mieten wegen der verbesserten Geschäftslage angehoben wurden. Für spektakuläre Ereignisse, wie zum Beispiel die rein kommerziell betriebene Tour de France, wurden große Beträge aus Steuermitteln ausgegeben.

Die Reihe der Maßnahmen, die zu einer ständig steigenden Belastung der Finanzwirtschaft unserer Stadt führten, ließe sich lange fortsetzen. Keine Überraschung ist es daher, daß im Jahre 1979, nur knapp zwei Jahre nach der Kommunalwahl, schon ein Rückgriff auf die Reserven des Jahres 1977 notwen-

dig wurde, um den Ausgleich des Haushaltes möglich zu machen. Im Jahre 1980 werden abermals die Rücklagen der Stadt zum Ausgleich der laufenden Ausgaben herangezogen, die am Jahresende völlig aufgebraucht sein werden. Für 1981 steht der Stadt Wiesbaden ein ungedecktes Finanzloch in der Größenordnung von über 40 Millionen DM bevor. Die Staatsaufsicht des Hessischen Ministers des Innern hat bereits mitgeteilt, daß sie 1981 erstmals der Stadt vorschreiben wird, für welche Neubauten Kredite aufgenommen werden dürfen. Die in der Vergangenheit aufgestellten Investitionspläne werden auf dem Papier bleiben. Bereits zugesagte Leistungen werden wieder rückgängig gemacht, drastische Kürzungen in vielen Bereichen sozialer Tätigkeit der Stadt sind unvermeidlich geworden. Insgesamt zeigt sich deutlich, daß die Wiesbadener CDU nicht über die ausreichenden Kenntnisse verfügt, um eine sehr komplizierte großstädtische Finanzwirtschaft mit einem Ausgabevolumen von einer Milliarde DM im Jahr sicher zu führen.

Was wird die Wiesbadener SPD unternehmen, wenn ihr vom Wähler die Verantwortung für unsere Stadt im März 1981 wieder übertragen wird?

Die Wiedergewinnung eines in vier Jahren zerstörten Gleichgewichts von Einnahmen und Ausgaben ist nicht in wenigen Monaten und auch nicht ohne Opfer möglich.

Um dem Bürger vermeidbare Mehrbelastungen zu ersparen, werden zunächst die laufenden Ausgaben zu senken sein.

Die Wiesbadener SPD wird das Investitionsprogramm der letzten Jahre daraufhin überprüfen, welche Neubauten für die Bürger unverzichtbar sind und welche im Hinblick auf die Finanzlage zunächst zurückgestellt werden müssen. In jedem Falle wird das neue Klinikum 1982 fertiggestellt werden. Der soziale Wohnungsbau bedarf dringend der städtischen Förderung, das Schulsystem wird planmäßig weiter ergänzt. Manche andere Vorhaben werden für einige Jahre zurückgestellt werden müssen.

Unvermeidlich ist eine angemessene Erhöhung der Steuerhebesätze für die Gewerbesteuer zum Ausgleich der inzwischen angewachsenen Fehlbeträge. Die gegebene wirtschaftliche Gesamtlage ist aber dabei zu berücksichtigen, da Arbeitsplätze nicht gefährdet werden dürfen. Eine Fortsetzung der seit vielen Jahren erfolgreichen Ansiedlung neuer, nicht umweltbelastender Betriebe mit modernen Arbeitsplätzen wird zur Stärkung der städtischen Finanzen beitragen. Die zur Zeit der SPD-Mehrheit ausgewiesenen umfangreichen Gewerbeflächen machen diese Politik möglich. Allein im Jahre 1979 konnten über 800 neue Arbeitsplätze durch An- und Umsiedlung von Betrieben in Wiesbaden geschaffen werden.

Konsequente Bereitschaft, eine Finanzpolitik des langen Atems zu betreiben, wird dazu führen, in wenigen Jahren den Stand gesunder Finanzen des Jahres 1977 wieder zu erreichen und die städtische Investitionspolitik im alten Umfang wiederaufzunehmen. ■

Kommunalwahlen in Hessen

Wenn Sie am 22. März 1981 Ihr gesetzlich verbrieftes Recht der Bürgerbeteiligung am politischen Geschehen wahrnehmen, hat sich gegenüber der letzten Kommunalwahl am Wahlverfahren nichts geändert. Sie entscheiden mit Ihrer Stimmabgabe zum einen über die Zusammensetzung des Wiesbadener Stadtparlaments und zum anderen über die des Nordenstadter Ortsbeirates. Auf die bisherige Arbeit der Mehrheitsfraktion CDU muß hier nicht noch einmal eingegangen werden, die letzten 4 Jahre sprechen Bände - entweder leere oder mit roten Zahlen. Vom Hessischen Landtag wurden am 3.7.1980 einstimmig u.a. folgende Änderungen im Bereich des Kommunalrechts vorgenommen.

- Änderung der Sitzverteilungsrechnung
Bisher wurde in Hessen die Zahl der Mandate nach dem d'Hondtschen Verfahren ermittelt.

Nach der Gesetzänderung wird die Errechnung nun nach einem Verfahren mathematischer Proportionen vorgenommen, d.h. dem Verhältnis der Stimmen der Parteien und Wählergruppen.

Die Berechnung der Sitze erfolgt dabei nach folgender Formel

$$\frac{\text{Stimmzahl der } x \text{ zu ver-}}{\text{jeweiligen Partei} \quad \text{teilende}} \quad \text{Mandate}$$

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen im Wahlkreis

Für Nordenstadt bedeutet dies:
 $\frac{\text{Stimmzahl der Parteien} \times 9}{\text{ca. } 3500}$

Ausgehend von den Ergebnissen der letzten Bundestagswahl würde sich für Nordenstadt nach der Formel folgendes Bild ergeben:

SPD: 4 Sitze; CDU: 4 Sitze; FDP: 1 Sitz.

Zunächst erhält jede Partei den ganzzahligen Anteil. Die restlichen Sitze werden in der Reihenfolge der Zahlenbruchteile verteilt. Sollte eine Partei trotz absoluter Mehrheit der Stimmen nicht die absolute Mehrheit der Mandate erhalten, wird ihr zunächst ein Sitz zugeschlagen und der verbleibende Rest entsprechend der Bruchteile verteilt.

Gehen wir von den Ergebnissen der letzten sechs Jahre in Nordenstadt aus, so muß man kein Prophet sein, um die voraussichtliche Sitzverteilung mit 4 SPD, 4 CDU und 1 FDP zu prognostizieren.

Oft hört man, der Ortsbeirat sei doch nur Augenwischerei. Die hätten doch garnichts zu melden. Die in Wiesbaden hätten doch das Sagen.

Hat man die Entscheidung zu den Wasserpreisen noch vor Augen, so ist man geneigt, dem zuzustimmen. Dennoch wird man feststellen können - wer die Ortsbeiratssitzungen der letzten 4 Jahre verfolgt hat, und das waren einige Mitbürger -, daß "Kleinvieh auch Mist macht". Zwar obliegen dem Ortsbeirat praktisch keine maßgeblichen haushaltsrechtlichen Entscheidungen, doch hat er in einigen Bereichen ein Anhörungsrecht, das ihm, und somit der Gemeinde, Mitgestaltungsmöglichkeiten an den städtischen Planungsprozessen eröffnet.

Einige Punkte, bei denen der Ortsbeirat ein Anhörungsrecht hat, seien hier deshalb aufgezählt.

- Entwurf des Haushaltsplanes (der den Ortsteil tangiert),
- Festsetzung privatrechtlicher Tarife und öffentlicher Abgaben,
- Errichtung, Erweiterung, Übernahme öffentlicher Einrichtungen

z.B. Schule, Kindergarten, Büchereizweigstelle, Beratungsstellen, Grün- und Erholungsanlagen, Spiel und Sporteinrichtungen,

- Benennung und Umbenennung von Straßen und Plätzen,
 - Aufstellung, Änderung und Ergänzung von Bauleitplänen,
 - Kanal- und Straßenplanung.
- Die Sozialdemokratische Fraktion war in den letzten 4 Jahren in all diesen Bereichen aktiv. Dazu gehörten insbesondere
- Forcierung Kindergarten- und Schulneubau,
 - Ablehnung des Weststrings als Autobahnzubringer,
 - Initiative gegen die Wasserpreiserhöhung.

Sie können sicher sein, daß sie sich auch in den nächsten vier Jahren für die Belange der Nordenstadter Bürger einsetzen wird.

RG

Unser Programm für Nordenstadt

Das heutige Nordenstadt - aus einem traditionsreichen Gemeinwesen entstanden - ist durch schnelles Wachstum ein grundlegend neuer Stadtteil geworden. Die sich daraus ergebenden Probleme müssen gelöst werden.

Wir Sozialdemokraten treten ein für:

- Die Schaffung weiterer Grünbereiche (Erholungsmöglichkeiten, Ruheplätze, Straßenbäume) z.B. gegenüber der Schule.
- Eine Freizeitanlage mit Spielecken und Grillplatz.
- Eine Kleingartenanlage.
- Die Verkehrsberuhigung im Ortskern durch Umgehungsstraßen.
- Eine Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs, insbesondere in Richtung Hauptbahnhof.
- Innerörtliche Fuß- und Radwege.
- Die Erhaltung des alten Ortskernes und Festschreibung der derzeitigen Situation durch Bebauungspläne.

- Die Förderung der Infrastruktur (kleinere Geschäfte, Fachärzte).
- Die Abschirmung des Ortes zur Autobahn durch Bepflanzung.
- Die Schaffung eines Volksbildungswerkes.
- Die Förderung von privaten Kulturinitiativen.
- Die Betreuung des Stadtteils durch Sozialarbeiter.

Längerfristig fordern wir für unseren Stadtteil:

- Die Erweiterung der Sport- und Freizeitanlage um ein Fußballfeld.
- Verkehrsberuhigung in den Wohngebieten unter aktiver Mitwirkung der Bürger.
- Die Verschönerung des Ortsbildes.
- Eine Einrichtung für die Freizeitgestaltung der Jugendlichen.
- Ein Schwimmbad für die östlichen Vororte.

Am 22. März Liste 2

SPD 
Auf die ist Verlaß

ENDLICH - 2. Kindertagesstätte

Zusagen und Hoffnungen, Absagen und Enttäuschungen kennzeichnen den Weg um den Bau der 2. Kindertagesstätte. Eine Elterninitiative Kindergarten forderte dringlich mehr Kindergartenplätze für Nordenstadt. Unterstützt durch den Kinderhort e.V., die Elternvertreter der Kindertagesstätte Hessenring und des evang. Kindergartens wurden Eingaben an die Behörden gemacht, Verantwortliche zu Diskussionen nach Nordenstadt geholt und immer wieder Briefe geschrieben, die auf die Notsituation in Nordenstadt hinwiesen. Von Seiten der Verantwortlichen wurden Zusagen gemacht: Sofort und ohne Landesmittel zu bauen; dann wurden sie wieder zurückgenommen: nein, doch nicht und nur mit Landesmitteln zu bauen. Ein ständiges Hin und Her. Ein Wechselbad in Hoffnung und Enttäuschung für die betroffenen Eltern. Endlich, am 21.3.1979 wurde der Planungsentwurf dem Ortsbeirat vorgelegt. Die 2. Kindertagesstätte begann konkrete Formen anzunehmen. Massivbauweise, die Baudauer etwa ein bis einhalb Jahre bis zur Beziehbareit. Ein Provisorium wurde in Erwägung gezogen, um diese Zeit zu überbrücken. Dann wieder verworfen - aus Kostengründen und fehlenden Räumlichkeiten. Warten! Warten der Kinder, warten der Eltern. Endlich, am 19. Dezember 1979 Grundsteinlegung. Die Bauarbeiten müssen wegen des Wintersturms jedoch sofort wieder eingestellt werden. Verzögerung! Im Frühjahr bemerkt man, das Grundwasser steht zu hoch. Da, wo man es nicht angenommen hatte, treten die Schwierigkeiten auf: im Heizungskeller. Jetzt geht es planmäßig: Außenarbeiten, Ver-

glasung und Türeinsätzen. Es ist geschafft. Jetzt ist sie fast fertiggestellt und sie gefällt. In zusammenhängender Pavillonweise erstellt, wirkt ihr Äußeres durch den Wechsel Steildach-Flachdach gegliedert und paßt sich gut in die Umgebung ein. Hell und freundlich sind die Innenräume. Besonders im Nordostteil, wo die drei Kindergartengruppen untergebracht sind und im Südwestteil, der für die Hortgruppen vorgesehen ist, fällt dies angenehm auf. Zu den Hortgruppenräumen gehören außerdem zwei Lese- und zwei Werkräume, ein Eßraum, der auch als Stillarbeitsraum genutzt werden kann. Ein großer Mehrzweckraum bildet das Bindeglied zwischen Hortteil und Kindergarten. Der Flur, der sich in Nord-Süd-Richtung durch alle Gebäude hindurchzieht und die Horträume mit den Kindergartenräumen verbindet, kann als Spielflur genutzt werden. Neben dem Personalraum gibt es eine Frühstücksküche und eine Küche für die Hortkinder. Sogar ein Therapieraum ist vorhanden. Die Räume der Kindergarten- und Hortgruppen wirken geräumig und ansprechend. Die Kinder werden sich darin bestimmt wohlfühlen. Der Spielplatz im Westen erscheint vom Flächenangebot ausreichend und bekommt durch die Ausrichtung der Gebäude selbst auch etwas Schatten. Bei ausgesprochenen Sonnentagen recht angenehm, solange die Bepflanzung noch nicht hoch gewachsen ist.

Die rund zwei Millionen Mark, die die Kindertagesstätte gekostet hat - davon 450 Tausend Mark Landesmittel - sind gut angelegt. Wir freuen uns zusammen mit den Kindern und den Eltern auf die Eröffnung Anfang April 1981.

-H.P.Sch.-

1+1 macht? Na!

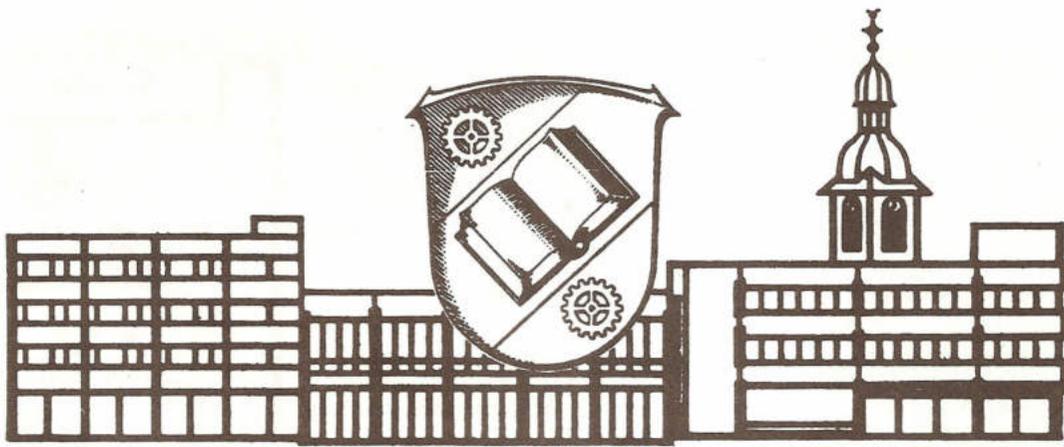
Mit den Stimmen der CDU hat das Stadtverordnetenparlament dem Antrag, einen- und nur einen- Autobahnanschluß im Westen Nordenstadts (zwischen Nordenstadt und Erbenheim) in das Planfeststellungsverfahren einzubringen, zugestimmt. Über eine westliche Umfahrung Nordenstadts (großzügige Lösung von der Erbenheimer zur Breckenheimer Straße quer durch die Obstanlage) wird nur noch spekulativ nachgedacht. Wenn überhaupt, dann irgendwann. Oder? Laut Beschlußlage des Ortsbeirates wird der Westring an die Kreisstraße (Erbenheimer Straße) angeschlossen. Sollten wir durch die Hintertür - in ferner Zukunft - doch noch die Westringlösung bekommen? Was steckt im Hinterkopf einiger Leute? Eins steht jedenfalls fest: der überörtliche Verkehr bleibt uns in der gewohnten Weise erhalten. Hunsrückstraße, Stolbergerstraße, Hessenring, Horchheimer Straße alles bleibt beim alten. Nur daß durch einen Anschluß im Westen jetzt zusätzlich der ganze Verkehr (Schwerlastverkehr, Massaverkehr) über die Kreisstraße an den Häusern der Horchheimer Straße, des Hessenrings und Habichtweges vorbeidonnert. Wehrt Euch, Anlieger! -H.P.Sch.-

Sicherer Schulweg

In unserer vorletzten Ausgabe haben wir die Nordenstadter Bürger über die Schulwege zur Grundschule unterrichtet. Zur Sicherung der Schulwege wurden eine Reihe verkehrstechnischer Maßnahmen getroffen. Dazu zählen auch die Einrichtung von Halteverböten an Straßenabschnitten, die von dem Schulweg gekreuzt werden. Das Halteverbot soll den Kindern die Möglichkeit geben, genügenden Einblick in die Straße zu haben um entgegenkommende Fahrzeuge rechtzeitig zu sehen. Auch der Fahrer sieht den Fußgänger rechtzeitig und kann sein Fahrverhalten danach einrichten. Was aber nutzt es, wenn diese Verkehrsregeln nicht eingehalten werden? Wenn selbst Eltern, welche ihre Kinder in die Schule oder in den Kindergarten fahren, diese Verkehrszeichen mißachten, nur damit die Kinder nicht ein paar Meter laufen müssen? Die Redaktion der NORDENSTADT NACHRICHTEN möchte einen eindringlichen Appell an die Fahrer richten die Verkehrsregeln, welche besonders zum Schutz der Kinder veranlaßt wurden, zu beachten.

kk





NORDENSTADT-NACHRICHTEN

5. Jahrgang **Die SPD Nordenstadt informiert** April/Mai 1981

+++ Nachrichten +++++ Unterhaltung +++++ Meinungen +++++ Hintergründe +++

Wahlziel nicht erreicht

Die Gemeindevahl und die Wahl zum Ortsbeirat haben bei allen Parteien eine gewisse Ernüchterung gebracht.

Die CDU hat ihre absolute Ortsbeiratsmehrheit verloren - die SPD gegenüber den letzten Wahlen an Stimmen eingebüßt - die FDP wird erstmals im Ortsbeirat vertreten sein.

Neun Sitze waren zu vergeben. Davon entfielen vier auf die CDU, vier auf die SPD und einer auf die FDP.

Jede Partei wird Ursachen und Fehler selbst untersuchen müssen. Alle Parteien gemeinsam werden sich allerdings Gedanken über die extrem niedrige Wahlbeteiligung machen müssen. War es die sogenannte Staatsverdrossenheit, fühlt sich der Wähler mißverstanden? Dem Betrachter erscheint es beängstigend festzustellen, daß etwa 65 % der Nichtwähler noch keine 40 Jahre alt sind.

Es bleibt zu hoffen, daß dies eine einmalige Erscheinung bleiben wird, denn gerade die Kommunalpolitik bringt Auswirkungen mit sich, die den Bürger unmittelbar betreffen. Die Politiker werden in den nächsten Monaten versuchen müssen, jeden Einzelnen besser anzusprechen. Gemeinsam mit dem Bürger Politik zu machen. Gerade das hat die SPD mit ihrem Kommunalwahlprogramm auch gewollt, doch dem Wähler offensichtlich nicht näherbringen können. Die Wahlergebnisse in den einzelnen Stimmbezirken sind für sich allein betrachtet brauchbar, um Rückschlüsse für die künftige Politik zu ziehen.

WAHLBEZIRK 1 (östlicher Ortsbereich)

Wahlbeteiligung: 61,6 %
Stimmenverteilung:
CDU 332 = 53,9 %
SPD 240 = 39,0 %
FDP 44 = 7,1 %

WAHLBEZIRK 2 (Ortskernbereich)

Wahlbeteiligung: 67,2 %
Stimmenverteilung:
CDU 430 = 48,5 %
SPD 371 = 41,8 %
FDP 86 = 9,7 %

WAHLBEZIRK 3 (Neubaugebiet Horchheimerwiese - Hessenring)

Wahlbeteiligung: 64,1 %
Stimmenverteilung:
CDU 220 = 43,2 %
SPD 226 = 44,4 %
FDP 63 = 12,4 %



TANZ IN DEN MAI

Eintritt **4,- DM**

Es spielt die Kapelle **TREFFPUNKT**

Einlaß ab 19 Uhr

AM DONNERSTAG DEM
30. APRIL AB 20 UHR
IN DER TAUNUSHALLE

WAHLBEZIRK 4 (Neubaugebiet Igstadter Weg - Westring)

Wahlbeteiligung: 65,2 %
Stimmenverteilung:

CDU	263	=	43,0 %
SPD	252	=	41,2 %
FDP	96	=	15,7 %

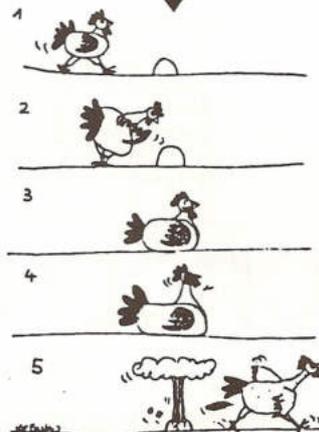
Der neugewählte Ortsbeirat wird am 29. April 1981 um 19,30 Uhr im Saal des Gemeindezentrums zu seiner ersten Sitzung zusammentreten und den Ortsvorsteher, seinen Stellvertreter und die Schriftführer wählen. Erst in der nächsten Sitzung wird die sachbezogene Arbeit beginnen. Es bleibt zu hoffen, daß die Zusammenarbeit aller Parteien im Ortsbeirat Früchte für die gesamte Einwohnerschaft Nordenstadts trägt.

Die Gemeindevahl (Stadtverordnetenversammlung) brachte überraschend einen hohen Stimmenanteil für die Wiesbadener Liste, eine "grün-bunt-alternative Wählervereinigung". Der Anteil dieser Gruppierung lag in Nordenstadt bei über 4 Prozent der gültigen Stimmen - Stimmen, die von Ortsbeiratswählern aller Parteien zu kommen scheinen. Auch hier werden die Parteien für die Zukunft ihre Rückschlüsse zu ziehen haben.

Die CDU behält in der Stadtverordnetenversammlung trotz fehlender Mehrheit bei den Wählerstimmen die absolute Mehrheit der Sitze. Die Wähler der Wiesbadener Liste haben indirekt ihre Stimme für die CDU abgegeben, denn die WiLi konnte die 5-Prozent-Hürde nicht überspringen. Ob diese Wähler das wollten??

SH

"Schneller Brüder"



"Warum denn in die Ferne sehen..."

Durch neue technische Möglichkeiten, wie Kabelfernsehen und Satellitenfernsehen, wird in Zukunft ein Mehr an Information, an Unterhaltung, aber auch an Werbung möglich.

Kaum eine Woche vergeht, in der die Tageszeitung nicht mit Schlagzeilen wie "Kabelfernsehen kommt voran", "ARD plant Satellitenprogramm", "Deutsche Zeitungsverleger gemeinsam mit Radio Luxemburg" die Mediensuppe am Kochen halten wollen.

Private Interessenten drängen auf eine Veränderung der Medienlandschaft. Werden kommerzielle Rundfunk- und Fernsehprogramme über Kabel oder via Satellit wegen der damit verbundenen Werbemöglichkeit zunehmend interessanter? Und wo bleibt dabei der Bürger als Konsument, vielleicht sogar Objekt dieser Medien?

Bevor nun hier auf das Für und Wider eingegangen werden soll, ist wohl eine kurze Darstellung der beabsichtigten Neuerungen angebracht.

Eine flächendeckende Verkabelung sieht vor, daß das Sendesignal, das bisher durch die Luft übermittelt wird, in Zukunft durch ein im Boden verlegtes Breitbandkabel den Empfänger erreicht. Dabei kann eine Vielzahl von Rundfunk- und Fernsehprogrammen ohne Antenne empfangen werden. Damit sind die Möglichkeiten dieser Übertragungstechnik aber bei weitem nicht ausgeschöpft. Denkbar ist die Benutzung des Kabels auch für die Übermittlung von Video- und Bildschirmtexten, für die Einrichtung spezieller Ruf- und Überwachungsdienste.

Das Satellitenfernsehen bietet dagegen die Möglichkeit, Fernsehprogramme über Satellit direkt in die Empfangsgeräte zu strahlen. Ein einziger, in 36.000 Kilometer Höhe über dem Äquator stationär "aufgehängter" Satellit kann etwa ein Drittel der Erdoberfläche abdecken. Sollten kei-

ne internationalen Regeln über die Ausstrahlung solcher Programme vereinbart werden, so wird jeder Fernsehteilnehmer - als Voraussetzung ist eine kleine Spezialantenne erforderlich - zwischen Dutzenden europäischer Programme wählen können. Die Interessen zur Einführung dieser neuen Technologien sind sicher nicht allein durch verlockende Werbeeinnahmen erklärbar, denn schließlich sind auch unsere öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten daran interessiert. Spätestens beim Streit um den Norddeutschen Rundfunk ist aber deutlich geworden, daß andere potente Interessenten (z.B. Zeitungsverleger) der ARD das Revier streitig machen werden.

Doch was kann der Bürger als Benutzer dieser Technik erwarten? Auf jeden Fall scheint klar zu sein, daß sich die Kommunikationsmöglichkeiten zwischen Sender und Empfänger vermehren werden, die Auswahlmöglichkeiten durch ein vielfältiges Angebot an Programmen werden sich erhöhen.

Aber bei kommerziellen, ausschließlich durch Werbung finanzierten Programmen werden sich Bedingungen, wie sie in den USA bereits üblich sind, nicht vermeiden lassen. Dort beherrscht eine ungezügelter Werbung die Programme mit Unterbrechungen der Unterhaltungssendungen durch Werbespots. Zu befürchten ist auch eine Programmverflachung, denn leichte Programme ziehen nach den bisherigen Erfahrungen mehr Zuschauer an und das ist bei der Werbung wichtig. Weniger Informationssendungen und kulturelle Beiträge wird die Folge sein, wie dies jetzt schon bei einem Vergleich der Programme von ARD und Radio Luxemburg festzustellen ist. Da es auch in Zukunft nichts umsonst gibt, kommen mit den neuen Techniken Gebührenerhöhungen auf den Fernsehteilnehmer zu, denn schließlich wird man die Investitionskosten umlegen müssen auf die Rundfunk- und Fernsehgebühren.

Doch die wichtigste Frage muß sich jeder selbst beantworten: Wie werden sich die neuen Möglichkeiten auf die familiäre Kommunikation, auf die nachbarschaftlichen Kontakte, auf das gesellschaftliche Leben allgemein auswirken? Kennt nicht jeder von uns Beispiele, wo das Familienleben hauptsächlich vor dem Fernsehgerät stattfindet, wo Kinder zwar Werbetexte auswendig kennen, sich aber nicht mehr selbständig beschäftigen können? Bleibt also nur zu hoffen, daß der mündige Bürger auch bei dieser folgenreichen Entwicklung seine Interessen anmeldet, damit die Politiker mit Augenmaß für eine sachgerechte und dem Bürger dienende Fortentwicklung der beliebten Medien die Weichen stellen können.

K.-H. E.

Massiver Protest hatte Erfolg!

Die zum 31. Juli 1981 auslaufenden Zeitverträge von 143 Grundschullehrern Hessens sollten ursprünglich nicht verlängert werden. Für die Betroffenen hätte das zur Folge gehabt, daß sie zum 1. August 1981 keine Anstellung mehr gehabt hätten. Hiervon betroffen war auch eine Lehrerin der Grundschule Nordenstadt.

Die im ganzen Land eingeleiteten Protestaktionen der Schullehrerbeiräte hatten Erfolg. Nach einer Mitteilung der Sozialdemokratischen Fraktion des Hessischen Landtages werden nun alle Grundschullehrer, welche im Besitz eines 3-Jahres Zeitvertrages waren, als Beamte in den hessischen Schuldienst übernommen.

Einen Dank an den Schullehrerbeirat der Grundschule Nordenstadt und dessen Vorsitzenden Heinz Fiedler, der sich in besonderer Weise hierfür engagiert hat.

WW

Westring — ALTERNATIVE

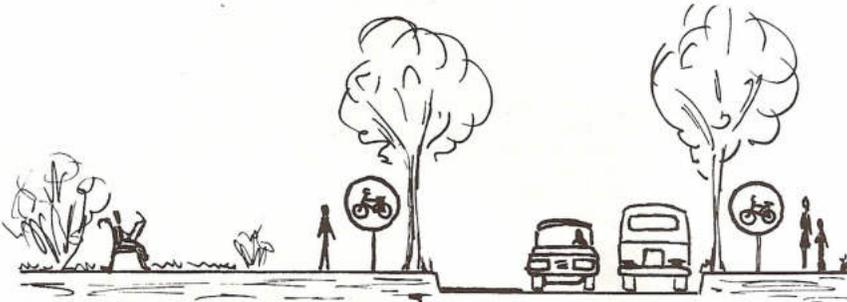
In der vorherigen Ausgabe der NORDENSTADT-NACHRICHTEN hatten wir Sie mit einer Skizze darüber informiert, wie das Amt für Verkehrswesen sich den Ausbau des Westrings vorstellt. Der kommunalpolitische Arbeitskreis der SPD-Nordenstadt hat sich mit diesem Vorschlag befaßt und einen Alternativvorschlag ausgearbeitet, den wir Ihnen im Vergleich zu dem der Verwaltung vorstellen wollen.

VORSCHLAG DES AMTES FÜR VERKEHRSWESEN



Erklärung:
Fußweg 3,75 m mit Baumreihe
zweispurig nutzbare Fahrbahn 5,50 m breit
begrünter Mittelstreifen (für Fußgänger nicht nutzbar) von 4 m Breite
nochmals eine zweispurig nutzbare Fahrbahn für die Gegenrichtung 5,50 m breit
und ein zweiter Fußweg von ebenfalls 3,75 m einschl. Baumreihe

VORSCHLAG DES KOMMUNALPOLITISCHEN ARBEITSKREISES DER SPD-NORDENSTADT



Erklärung:
Grüngürtel mit getrenntem Fuß- und Radweg sowie Ruheplätzen in einer Gesamtbreite von etwas über 11 m
zweispurige Fahrbahn mit wechselseitig angelegtem Parkstreifen in einer Breite von 7,30 m
getrennter Fuß- und Radweg mit Baumreihe zur Fahrbahn hin in einer Breite von ca. 4 m

An den SPD-Arbeitskreis für Kommunalpolitik Wiesbaden-Nordenstadt

Betrifft: Gestaltung des Westrings

- Meiner Meinung nach sollte der Vorschlag des Amtes für Verkehrswesen verwirklicht werden
- Meiner Meinung nach sollte der Vorschlag des SPD-Arbeitskreises für Kommunalpolitik verwirklicht werden
- Ich möchte noch zusätzlich folgende Vorschläge machen

(Zutreffendes bitte ankreuzen)

Warum Gegenvorschlag?

Es ist bekannt, daß Nordenstadt ein großes Defizit an öffentlichen Grünflächen hat. Bei Realisierung des Westring-Ausbau nach dem Vorschlag der Verwaltung wird die Mitte der Straße zu einem 4 Meter breiten Grünstreifen ausgebaut. Können Sie sich vorstellen, auf diesem Streifen spazieren zu gehen, wenn rechts und links der Autoverkehr vorbeizieht?

Unsere Alternative sieht einen über 11 Meter breiten Grünstreifen vor, auf dem wir uns neben einem getrennten Fuß- und Radweg auch einige Ruheplätze gut vorstellen können.

Zwei getrennte Fahrbahnen von je fünfeinhalb Meter Breite verführen dazu, daß der ohnehin abschüssige Westring zur Rennbahn mit Überholspur wird. Deshalb sieht unser Alternativvorschlag eine Fahrbahn für beide Fahrtrichtungen mit einer Gesamtbreite von nur fünfeinhalb Metern plus einem Parkstreifen von 1,80 Metern vor. Die Fahrbahn ist damit so bemessen, daß auch zwei LKW's bequem aneinander vorbeikommen. Der Parkstreifen, der abwechselnd links und rechts der Fahrbahn angelegt werden kann, bietet genügend Hindernis, damit der Westring nicht mit überhöhter Geschwindigkeit befahren wird.

Wußten Sie, daß es doppelt so viele Fahrräder wie private PKW's in der Bundesrepublik gibt? Darüberhinaus werden zur Zeit ca. 3 1/2 Millionen Fahrräder jährlich verkauft. Es ist uns daher unverständlich, wie man bei einer Straßenkonzeption in der heutigen Zeit nicht an den Bau von Radwegen denkt. Der Alternativvorschlag sieht auf beiden Straßenseiten einen Radweg vor, der von den Fußwegen entsprechend getrennt ist.

Die SPD beabsichtigt, die Bevölkerung stärker in die Entscheidung über die eigene Umwelt einzubeziehen. Deshalb möchten wir Sie zur Gestaltung des Westrings befragen. Schneiden Sie bitte den anhängenden Abschnitt aus und schicken Sie diesen an den Vorsitzenden des SPD-Arbeitskreises für Kommunalpolitik, Dr. Siegfried BRILL, Schlesierstraße 97, oder an eines der Redaktionsmitglieder der NORDENSTADT-NACHRICHTEN.

WW

IM NACHTRAG ZUM VON DER SPD VERTEILTEN STADTPLAN:
ANDREA STROHSCHNEIN
KRANKENGYMNASIUM
AN DER SCHULE 6 • TEL. 06122/15506

Herausgeber: SPD-Ortsverein Nordenstadt
Presserechtlich verantwortlich:
Paul Hüllenhütter, Hebbelweg 7
Redaktion: Katrin Kiehne, Goethering 26
W. Wahler, Pommernstraße 45
Layout und Graphik:
S. Schneider, Hessenring 38

BUSVERKEHR

Erfreut haben wir die Mitteilung zur Kenntnis genommen, daß die Erprobungsphase der Expressbuslinie 45 beendet ist und in den regulären Fahrplan übernommen wird.

Die Linie 45 fährt an Werktagen zu Verkehrsspitzenzeiten von Delkenheim, Wallau und Nordenstadt (mit Haltestellen nur zum Wallauer Weg und der Stolberger Straße) über die Autobahn und Erbenheim zum Platz zur Deutschen Einheit (Boseplatz) bzw. in umgekehrter Reihenfolge.

So erfreulich die eine Seite ist, eine wesentliche Verbesserung der Anbindung zu dem Hauptbahnhof entsteht hierdurch nicht.

Es bleibt weiterhin unverständlich, warum sich ESWE und FVV nicht über eine gemeinsame, verbesserte Nutzung der Bahnbuslinie verständigen können. Der Bahnbus fährt im Auftrage der FVV (Frankfurter Verkehrsverbund) vom Wiesbadener Hauptbahnhof um Erbenheim und Nordenstadt herum nach Wallau und Hofheim, mit Anschluß an die S-Bahn nach Frankfurt.

Es ist nicht einzusehen, daß der Bahnbus abseits der Wohngebiete eine einzige Haltestelle in Nordenstadt anfährt. Es ist ärgerlich, wenn ESWE-Bus und Bahn-Bus fast die gleiche Strecke fahren, der eine Bus voll bis zum letzten Platz und der andere fast eine Leerfahrt veranstaltet. Beide subventioniert mit Steuermitteln, beide von Unternehmen der öffentlichen Hand.

Wir halten es für jetzt an der Zeit, daß sich Vertreter von ESWE und dem Frankfurter Verkehrsverbund mit Vertretern des Ortsbeirates an einen Tisch setzen und eine vernünftige Lösung ausarbeiten.

WW

AKTIVE SOLIDARITÄT IST GEFRAGT

Herbert Schneider, Mitglied des Hessischen Landtags und stellv. Vorsitzender des DGB-Kreises Wiesbaden zum Tag der Arbeit

Die lange Tradition gemeinsamer Maifeiern von Gewerkschaft und SPD wird inzwischen von vielen als nostalgisches Überbleibsel einer ehemaligen Arbeiterpartei gesehen. Wie falsch diese Einstellung ist, zeigt das zunehmende Auseinanderleben von SPD und Gewerkschaften. Die Gewerkschaften, als ein Garant für Frieden und Freiheit, haben einen Anspruch auf unsere aktive Solidarität. Als unverzichtbare Voraussetzung für den politischen und sozialen Frieden sind zu nennen:

- den Kampf gegen die Aussperrung
- eine humanere Arbeitswelt auch im technischen Wandel
- die Vermeidung neuer Beschäftigungsrisiken und der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen durch neue Technologien
- die Verbesserung der Arbeitsbedingungen von älteren Arbeitnehmern und Schichtarbeitern
- die Weiterentwicklung der Mitbestimmung
- die Gleichberechtigung von jungen Arbeitnehmern und Frauen
- die Solidarität der Generationen im Zusammenleben der Menschen, in der Arbeitswelt und in der sozialen Sicherung.

DGB-Einheitsgewerkschaft: unabhängig, stark, erfolgreich. Wir bauen auf unsere Kraft. So der Mai-Aufruf des DGB-Bundesvorstandes. Wir sollten alle diesem Aufruf folgen und am 1. Mai zur Kundgebung am Wiesbadener Rathaus und zum vorherigen Demonstrationzug zum Elsässer Platz kommen.

Grünanlage der Zukunft

Die geplante Grünanlage östlich von Gemeindezentrum und Schule wird noch lange nicht angelegt werden können. Schuld daran ist die miserable Finanzlage der Landeshauptstadt.

So sind zwar im Investitionsplan der Stadt Wiesbaden für das Jahr 1983 rund DM 400.000 für dieses Vorhaben eingesetzt worden, bei einer realistischen Einschätzung der finanziellen Leistungsfähigkeit der Stadt in den kommenden Jahren ist aber eine größere Verzögerung gegenüber dem schon reichlich spät angesetzten Planungstermin zu erwarten.

Nun wäre dies für jeden anderen Ortsteil kein Grund viele Worte darüber zu verlieren, in Nordenstadt jedoch, wo öffentliches Grün ausgesprochen dünn gesät ist, ist auf eine möglichst baldige Verwirklichung dieses Vorhabens zu dringen.

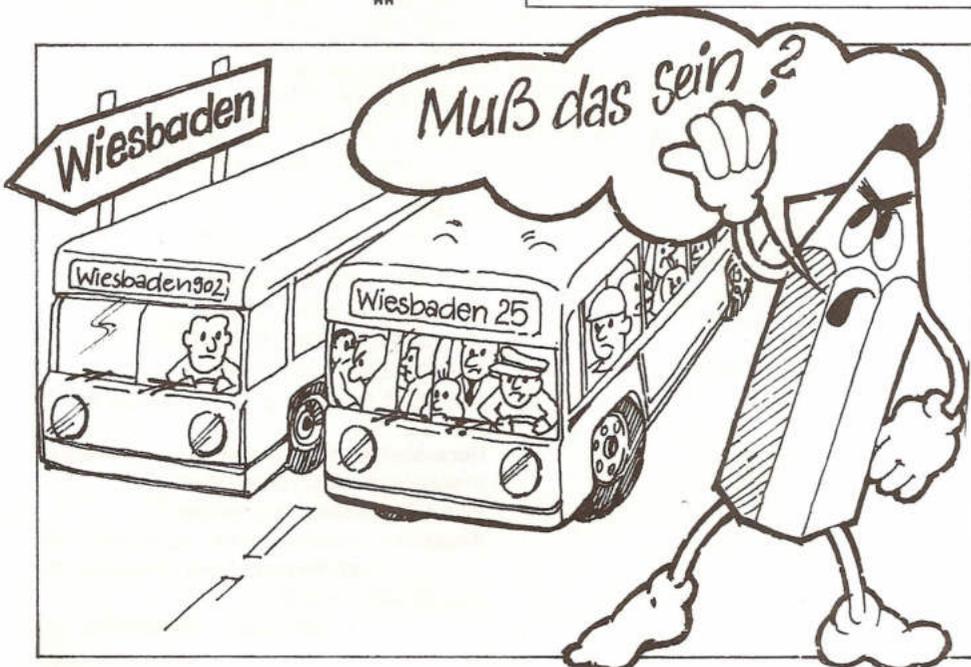
Inwieweit dabei ein Vorschlag hilfreich sein könnte, der bereits im Ortsbeirat diskutiert wurde, wollen wir dem Urteil der Nordenstadter Bürger überlassen. So war von der CDU-Fraktion der Vorschlag gemacht worden, die Grünanlage von den Ortsvereinen und Parteien bepflanzen zu lassen. Auch wurde die Möglichkeit angeregt, für jeden neugeborenen Mitbürger dort einen Baum pflanzen zu können.

Handelt es sich hier um eine Bürgerbeteiligung um jeden Preis, oder wünscht man nur wieder zu einem eigenen Nordenstadter Wald zu kommen?

Setzt man den Grundsatz der Bürgernähe und Bürgerbeteiligung bei allen kommunalen Fragen mal als selbstverständlich voraus, so sollte nach unserer Meinung diese bereits bei der Planung der Anlage und nicht erst bei der Ausführung der Arbeiten zum Tragen kommen, zumal ja auch für die umfangreichen erdbewegenden Arbeiten der Einsatz von Maschinen erforderlich ist.

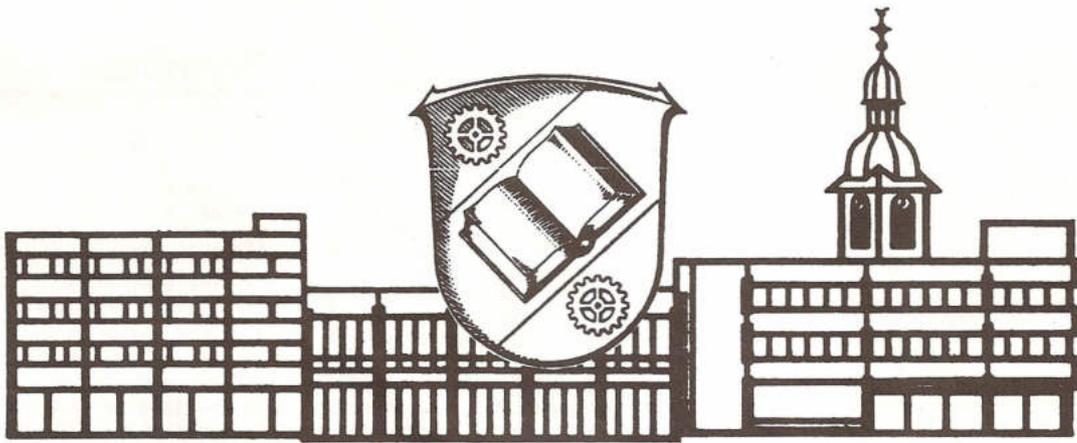
Vielleicht kann diese Einrichtung für die Nordenstadter Bürger auch ein Beispiel für die Beteiligung der Bürger in allen Phasen der Verwirklichung werden, einer hoffentlich baldigen Verwirklichung.

K.-H.E.



TERMINE

- | | |
|-------------------------|---|
| 30. April 81 | Tanz in den Mai
in der Taunushalle |
| 20. Mai 81 | Vatertagswanderung
des Carneval- und
Brauchtumsvereins
Nordenstadt |
| 30. - 31. Mai | Picknick der frei-
willigen Feuerwehr
(Gemeindezentrum) |
| 28. Juni -
5 Juli 81 | Sportfest des Turn-
und Sportvereins auf
dem Sportplatz |



NORDENSTADT-NACHRICHTEN

5. Jahrgang

Die SPD Nordenstadt informiert

Juni/Juli 1981

+++ Nachrichten +++++ Unterhaltung +++++ Meinungen +++++ Hintergründe +++

Probleme im Wohnungsbau

Den nachfolgenden Artikel entnehmen wir auszugsweise der Zeitschrift "Demokratische Gemeinde". Er befaßt sich mit dem Problem der derzeitigen Wohnraumknappheit und wurde vom stellvertretenden Bürgervorsteher Norderstedts (bei Hamburg), Gerhard Lehmann, verfaßt.

PROBLEME SIND NAHEZU VORPROGRAMMIERT

Die Vorgänge in Berlin und anderen Städten sollten eine alte Position der SPD deutlich machen: Wohnung ist keine Ware der Marktwirtschaft! Die Wohnung ist ein Grundbedürfnis der menschlichen Existenz und damit vordringliche Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Die profitorientierte Bau- und Bodenpolitik privater Investoren wurde schon zu lange mit dem Stichwort "Selbstheilungskraft des Marktes" bemäntelt. Gleichzeitig wurde so die immer notwendiger werdende Reform des Bodenrechts von CDU/CSU und FDP verhindert. Bau- und Bodenpreise steigen, und die öffentlichen Mittel für den Wohnungsbau konnten nicht mehr Schritt halten. Die Folgen davon haben wieder einmal die Schwachen in unserer Gesellschaft zu tragen: Kinderreiche Familien, ausländische Mitbürger und Einkommensschwache.

Wohnungsbau der Nachkriegszeit

In den Jahren nach dem Krieg galt es, die zerstörte Bausubstanz wiederherzustellen und den Menschen das "Dach über dem Kopf" zu verschaffen. Beachtliche Leistungen wurden erzielt. Bis 1979 wurden etwa 16 Millionen Wohneinheiten errichtet, davon rund 6,6 Millionen öffentlich gefördert (incl. der öffentlich geförderten Eigentumsmaßnahmen).

Nachdem der dringendste Bedarf gedeckt war, und einhergehend mit dem neuen Wirtschaftswachstum, änderten sich dann auch im Wohnungsbereich die Verhältnisse durch

- Verkleinerung der Personenzahl je Haushalt;
- Vergrößerung der Wohnfläche pro Kopf;
- höhere Qualitätsanforderungen an das Wohnumfeld und
- Steigerung der Qualitätsanforderung an die Wohnung.

Mit der Verschlechterung des Wohnumfeldes in den Städten wuchs auch dort der Wunsch nach dem "Häuschen im Grünen": die Umlandwanderung setzte ein. Vornehmlich junge Familien wanderten aus den Städten ab, nahmen Steuerkraft mit und verursachten als Einpendler neue Probleme für die Städte. Zwar hat sich dieser Prozeß durch extreme Steigerungen bei Boden- und Baupreisen in den letzten Jahren verlangsamt, aber noch ist er keineswegs gebrochen.

Neue Wohnungsnot steht vor der Tür

In der Bundesrepublik Deutschland herrscht zur Zeit keine Wohnungsnot. Diese grundsätzliche Aussage darf aber nicht dazu führen, daß die akuten und schwierigen Probleme des Wohnungsbedarfs in den Städten übersehen werden.

Statistisch steht der Zahl von 24,5 Millionen Haushalten die von 25 Millionen Wohnungen gegenüber. Aber das ist eben nur statistisch. Zieht man die Zweit-, Ferienzeitweise oder auf Dauer nicht vermieteten sowie die zweckentfremdeten Wohnungen davon ab, dann fehlen heute knapp eine Million Wohnungen.

Aus den nachstehenden Gründen wird die Zahl der fehlenden Wohnungen jedoch in Kürze erheblich höher, und wir werden dann wohl doch von einer neuen Wohnungsnot reden müssen, wenn nicht entscheidende Akzente in der Wohnungsbaupolitik gesetzt werden:

1. Vom Wohnungsbestand sind etwa 10 Millionen Wohnungen modernisierungsbefähigt; allerdings sind davon rund 4 Millionen langfristig nicht mehr modernisierungsfähig. Allein der Ersatz dieser Wohnungen bedeutet in den nächsten zwanzig Jahren einen jährlichen Neubau von 200.000 Wohneinheiten.

2. Die Alters- und Haushaltsgrößenstruktur verändert sich dahin, daß trotz sinkender Bevölkerungszahl die Anzahl der Haushalte noch zunehmen wird. In den kommenden zehn Jahren werden pro Jahr etwa 600.000 junge Menschen in die Berufswelt eintreten und damit auch eine eigene Wohnung haben wollen. →

IGEL VERTILGEN SCHMAROTZER

Wer heute in der sogenannten alternativen oder grünen Szene sich umtut, wird allenthalben das Markenzeichen dieser Gruppierungen antreffen: einen kleinen stacheligen Igel!

Wir wollten eigentlich einmal der Entstehungsgeschichte dieses kleinen Igels nachgehen und entdeckten dabei, daß er seinen Ursprung aus der Wiesbadener Sozialdemokratischen Partei hat.

Der heutige Landtagsabgeordnete der SPD, Frank Beucker, zeichnete und erfand im Jahre 1972 liebevoll das sympathische Tier.

Beucker, damals noch Juso-Chef von Wiesbaden, erinnert sich noch gern an die damalige Beschreibung des Wahlkampf-Symbols der Jungsozialisten: "Der Igel vertilgt das schmarotzende Ungeziefer. Er gilt als schlau, wobei man an das Märchen vom Igel und vom Hasen denken soll. Außerdem ist der Igel ein Freund der Kinder und ein Feind des Straßenbaus, dem immer mehr Grünflächen zum Opfer fallen und den Igel außerordentlich gefährdeten."

Die Wiesbadener Jungsozialisten haben auch noch heute "ihren" Igel als Markenzeichen, der ihnen helfen soll "mit seinen spitzen Stacheln unqualifizierte Angriffe abzuwehren".

Wir finden den Igel auch sehr sympathisch..

KK

Spekulant,
hohe Mieten,
will der Igel jetzt
verboten!



Jungsozialisten Wiesbaden, Bahnhofstraße 61

Fluglärm mindert Wohnwert!

Aufsehen erregte vor einigen Wochen die Veröffentlichung in der Wiesbadener Presse, daß ein Wiesbadener Gericht in einem Urteil feststellte, der Wohnwert in Nordenstadt werde durch Fluglärm gemindert. Die NORDENSTADT NACHRICHTEN recherchierte:

Ein Wiesbadener Gericht hatte sich in einer Berufungsverhandlung mit dem Einspruch gegen eine Mieterhöhung zu befassen. Der Mietzins einer 76,70 qm großen Wohnung sollte von 5,99 DM/qm auf 6,25 DM/qm angehoben werden. Der Mieter stimmte der Erhöhung nicht zu und der Vermieter reichte Klage ein. Erstinstanzlich wurde die Klage abgewiesen, u.a. lag ein Sachverständigen Gutachten vor, das unter Berücksichtigung des Wiesbadener Mietspiegels und der Entfernung zur Innenstadt lediglich 5,88 DM/qm als angemessen bescheinigte. Ein Mietzins, der noch unter dem bisher bezahlten lag.

Der Vermieter ging in die Berufung und hatte teilweise Erfolg. Das Gericht stimmte einer Erhöhung von 5,99 DM/qm auf 6,12 DM/qm zu. Das Gericht stellte in seiner Begründung fest, daß ein Mietzins von 6,25 DM/qm gerechtfertigt wäre, durch die Lärmbelastung der Oberflüge jedoch ein Abschlag erfolgen müsse.

Nach Auskunft der Flughafen AG, die letzte vom 4. Juni 1980, wird Nordenstadt im Durchschnitt ca. 25mal am Tag in einer Höhe von ca. 1000 m überfliegen. Diese Überflüge verursachen eine Lärmbelastung von 80 dB(A) gegenüber einem durchschnittlichen Dauerschallpegel von 55 dB(A). (Anmerkung der Redaktion: dB(A) ist die Maßeinheit für die Schallintensität. Blätterrauschen hat etwa 10 dB(A), ein im Stand laufender Pkw-Motor hat etwas unter 50 dB(A). Ein Anstieg um etwa 10 dB(A) bedeutet eine Verdoppelung des Lärms.)

Das Gericht bezeichnete die konkrete Lärmauswirkung durch die Oberflüge mit Werten von 80 dB(A) als bedeutend und als eine spürbare Beeinträchtigung des Wohnwertes. Zum Schluß muß noch erwähnt werden, daß die letzte Auskunft der Flughafen AG vom Juni 1980 wenigstens teilweise überholt ist, da sich einige Voraussetzungen geändert haben. Durch die Verlängerung der Start- und Landebahnen um 400 m ist die Flugschneise nun direkt über Nordenstadt gerückt und die Oberflughöhe etwas gesunken.

W.Sp.

3. Der Wohnflächenbedarf pro Kopf steigt. Lag dieser 1968 noch bei 23,8 qm Wohnfläche pro Haushaltsmitglied, so liegt er heute bei 33 qm.

4. Ein weiteres Problem besteht in der Diskrepanz zwischen Wohnungsbau und Wohnungsbedarf. Leerstehende 1- oder 1 1/2-Zimmer-Wohnungen können nicht den Bedarf von vierköpfigen Familien decken. Und es fehlt insbesondere an Wohnungen mit vier und mehr Zimmern.

Auswege aus der Krise

Die Vielzahl der Ursachen der Wohnungsbaukrise erfordert auch eine Vielzahl von Maßnahmen, um dieser Krise zu begegnen. Patentlösungen gibt es nicht und die gerade von der Vermieterseite angebotene Patentlösung "Abbau des sozialen Mietrechts" ist am wenigsten geeignet. Sofern die Zusammenarbeit mit den Mietern zur Lösung der Krise angestrebt wird, müssen deren Rechte sogar ausgebaut werden.

Nach jahrelangen Diskussionen um ein neues Bodenrecht muß deutlich aufgezeigt werden, wie sich das jetzige Bodenrecht auswirkt und wer, nämlich CDU/CSU und FDP, sich als "Bremsen vom Dienst" betätigt. Ohne durchgreifende Instrumente gegen den spekulativen Gebrauch des nicht vermehrbaren Gutes Boden kommen wir nicht zu sinnvollen stadtentwicklungs- und wohnungsbaupolitischen Lösungen. Nach der früher üblichen "Kahlschlag"- und "Luxus"-Sanierung, der ganze Stadtteile zum Opfer fielen, hat sich bereits ein sinnvoller Umorientierungsprozeß ergeben. Ein ebensolcher Prozeß ist auch im Bereich der Modernisierung notwendig. Ohne Zweifel ist in vielen Wohnungen die Modernisierung notwendig. Aber es muß nicht sein, daß z.B. wegen heutiger Zimmergrößen Wände um 20 cm versetzt werden sollen.

Gerade wegen der Möglichkeit des Mißbrauchs muß die Mietermitbestimmung bei Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen ausgeweitet werden. Dazu gehört auch eine sinnvolle Überwachungs- und Eingriffskompetenz für die örtlichen Behörden.

Modernisierungsmaßnahmen bieten darüber hinaus eine hervorragende Möglichkeit, Finanzierungsmittel und Eigenleistungen der Mieter einzusetzen. Gerade auf diesem Gebiet sind die gemeinnützigen und öffentlichen Wohnungsbaunehmen gefordert. Aber bis heute gibt es leider keine entsprechenden Maßnahmen, Modelle oder gar nur Schritte in diese Richtung.

Darüber hinaus scheitert die Nutzung solcher Möglichkeiten an den unzureichend gesetzlichen Absicherungen für den Mieter. Was immer der Mieter fest in die Wohnung installiert, so z.B. eine neue Heizung, muß er beim Auszug entweder ausbauen und den alten Zustand wieder herstellen, oder aber diese Einrichtungen gehen in den Besitz des Wohnungseigentümers über. An dieser "besseren" bzw. "modernerer" Ausstattung der Wohnung "verdient" der Eigentümer auch noch durch ein höhere Miete des Nachfolgemieters.

In den Rahmen solcher Mietermitfinanzierungen muß auch der Einsatz von Bausparmitteln, steuerlichen Abschreibungen und öffentlicher Fördermittel einbezogen werden. Für die Mietermitfinanzierung muß der Mieter auch einen Gegenwert erhalten, so zum Beispiel:

- keine Mieterhöhung aufgrund der Modernisierung;
- Abwohnen der eingebrachten Finanzierungsmittel auf längere Zeit (mindestens 10 oder 15 Jahre);
- keine Kündigung von Seiten des Vermieters in der Zeit des Abwohnens von Finanzierungsmitteln;
- bei vorzeitigem Auszug des Mieters Entschädigung durch den Vermieter, wobei dieser dann für die modernisierte Wohnung vom Nachfolgemietler durchaus eine höhere Miete verlangen könnte.

Öffentliche Förderung - Finanzierung privaten Besitzes

Die Praxis der öffentlichen Wohnungsbauförderung war von Beginn an ein "Pakt mit dem Teufel privater Besitzanhäufung".

Termine

28. Juni - 5. Juli 1981

Sportfest des Turn- und Sportvereins auf dem Sportplatz

29. - 31. August 1981

Nordenstädter Kerb

Ausrichter: Musikverein Nordenstadt

HERZOGTUM NASSAU 1806 - 1866

Ausstellung im Museum Wiesbaden vom 5. April - 26. Juli 1981

Führungen

Dienstag, 30.06.81 - 18 Uhr

- Brunnen und Bäder / Leitung:
Dr. Podehl

Sonntag, 05.07.81 - 10,30 Uhr

- Kinderführung / Leitung:
Dr. Kleineberg

Dienstag, 07.07.81 - 18 Uhr

- allgemeine Führung / Leitung:
Dr. Kleineberg

Dienstag, 14.07.81 - 18 Uhr

- Industrielle Anfänge / Leitung:
Herr Heinemann

Die Steuermittel führen zwar in erster Linie zum Bau von Wohnungen, in zweiter Linie aber gehen diese Wohnungen nach Ablauf der Bindungsfristen, Kreditlaufzeiten und dergleichen mehr in privaten Besitz über.

Bei der Familie mit einem Eigenheim ist dies eine vertretbare Form der Vermögensbildung. Bei den Wohnungsbaunehmen ist es aber wohl kaum noch zeitgemäß. Der freifinanzierte Mietwohnungsbau ist fast völlig zum Erliegen gekommen, denn mittelfristig sind keine Renditen mehr zu erwirtschaften. In Ballungsgebieten können heute Mietwohnungen nur noch zu Kosten-Mieten von 18 - 24 DM je qm Wohnfläche erstellt werden. Bei Eingangsmieten zwischen 5,50 bis 6,50 DM (Sozialmieten) beträgt die Subvention mit Steuergeldern zwischen 65 bis 80 Prozent der Kosten-Miete.

Diese hohen Subventionsraten zwingen dazu, die eingesetzten Mittel tatsächlich auch denen zukommen zu lassen, die auf die Hilfe des Staates angewiesen sind. Deshalb muß bei der öffentlichen Förderung privater oder gemeinnütziger Wohnungsbauträger ein Minimum an öffentlichen Rechten eingeräumt werden, so z.B. das Dauerbelegungsrecht, die Zweckbindung, das Verbot der Umwandlung in Eigentumswohnungen, die Mietermitbestimmung.

Fehlsubventionierung abbauen

In den mit öffentlichen Mitteln geförderten rund 5,5 Millionen Mietwohnungen leben bis zu 40 Prozent Mieter, deren Einkommen die im § 25 des II. Wohnungsbaugesetzes genannten Einkommensgrenzen überschreiten. Nach der Einkommensverteilung gibt es aber acht Millionen Haushalte, denen eine öffentlich geförderte Wohnung gemäß § 25 II. WoBauG zusteht. Hier darf nicht nur an die Solidarität der besser Verdienenden appelliert werden, hier muß eine Änderung in der Subventionspraxis eintreten:

die Fehlbelegungsabgabe muß kommen! Dies wird allerdings wegen des Widerstandes der CDU/CSU-geführten Bundesländer noch einige Zeit in Anspruch nehmen.

SCHREIBSTUBENFEST

am 30. Juni 1981 ab
17 Uhr in den Räumen der ARBEITERWOHL-
FAHRT, Wellritzstraße 49

Wir haben Grund zum Feiern: die Arbeits-
gemeinschaft sozialdemokratischer Frauen
(AsF) trifft sich am 30. Juni 1981 mit
Freunden und Gästen der "SCHREIBSTUBE"
zu einem Gedenktag: die "SCHREIBSTUBE"
ist 3 Jahre alt geworden.

Wir wollen miteinander feiern, reden,
essen, trinken, singen und uns aber
auch Gedanken machen, wie die "SCHREIB-
STUBE", die bisher insbesondere für äl-
tere und auch ausländische Mitbürger zur
Anlaufstation in verzwickten persönlichen
Situationen geworden ist, sich zu einem
politischen Forum entwickeln könnte, wo
politische aktuelle Gedanken ausgetauscht
und die vieldiskutierte Bürgernähe prak-
tisch umgesetzt werden könnte.

Jeden Dienstag in der Zeit von 17,00 -
19,00 Uhr sind wir Frauen der AsF da, in
den Räumen der Arbeiterwohlfahrt in der
Wellritzstraße 49. Wir hören zu, wir
schreiben Briefe, wir stellen Anträge im
Auftrag unserer Besucher, bringen Bewer-
bungsschreiben von ausländischen Mitbür-
gern in die richtige Form und Schreib-
weise. Wir versuchen, besonders Frauen
den nötigen Rückhalt zu geben, wenn ihnen
Selbstvertrauen fehlt, wieder berufstätig
zu werden, oder die Folgen einer famili-
ären Veränderung zu überstehen.
Schauen Sie doch einmal rein und trinken
eine Tasse Kaffee mit uns, tauschen Sie
Gedanken aus, fühlen Sie sich wohl.
Allen Unkenruffern zum Trotz ist die
SCHREIBSTUBE ein lebendiger Treff gewor-
den. Zu unserem Jubiläums-Tag sind alle
Gäste sehr herzlich willkommen.

ESP

Gut HOLZ! :-)

Die SPD-Nordenstadt hat einen Kegel-
club gegründet. Sein Name ist :
VORWÄRTS '81.

Die Gründungszeremonie fand schon im
vergangenen Sommer statt. In weiter
Voraussicht haben wir ihm damals schon
im Namen das Gründungsjahr 1981 zuge-
schrieben, weil es noch keine Aussicht
auf eine Kegelbahn gab. So mußten wir
uns dann auch mit der Theorie vergnü-
gen, was nicht trocken kegeln heißt!
Seit Mai befassen wir uns nun mit der
Praxis. Alle vierzehn Tage donnerstags
von 20.00 bis 23.00 Uhr steht uns eine
Bahn in der Taunushalle zur Verfügung.
Genossen, Freunde und Sympathisanten
sind herzliche eingeladen.

H.P. Sch.

Die nächsten Kegelabende sind am:
2. Juli/ 16. Juli/ 30. Juli/ 13. August/
27. August/ usw.

DAS JAHR DER BEHINDERTEN - aus Nordenstadter Sicht

Rollstuhlfahrer haben es auch in Norden-
stadt trotz des viel zitierten Jahr der
Behinderten schwer, besonders wenn sie
im Gemeindezentrum etwas zu erledigen
haben.

Zur Überquerung von Kreuzungen finden
sie nirgends abgeflachte Randsteine. Vom
Gehsteig - wenn er überhaupt breit ge-
nug für Rollstuhl (oder auch Kinderwagen)
ist - runter schafft man es ja noch
allein, aber zurück auf den Gehweg ist
es nur noch mit fremder Hilfe möglich.
Am Gemeindezentrum selbst gibt es zu
einigen Eingängen - nur von der Rück-
seite - eine für Rollstuhlfahrer zu
steile Kinderwagenrampe. Bei einer Rück-
wärtsfahrt über diese Rampe, um z.B.
zur Apotheke zu kommen, kippt ein Roll-
stuhl zwar nicht, aber ein Zurück über
diese Rampe ist aus eigener Kraft schon
nicht mehr möglich.

Auf einen Rollstuhl angewiesene Pkw-
Fahrer können nach einer Präzisionsfahrt
durch eine zu enge Zufahrt etwas näher
an die Eingänge gelangen, doch dann...?
Das Jahr der Behinderten könnte ein An-
laß sein, unseren Ortsteil auch etwas
behindertengerechter zu gestalten.
Schon eine offene, behindertengerechte
Telefonzelle in Nordenstadt wäre ein
kleiner Beitrag.

E.Sp.

FRIEDEN UND ABRÜSTUNG

SPD diskutiert

Nachdem Bundeskanzler Helmut Schmidt
sein Verbleiben im Amt davon abhängig
macht, ob ihm die SPD bei der Durch-
setzung des NATO-Doppelbeschlusses von
1979 geschlossen folgt - erst nach-
rüsten, um ein militärisches Gleich-
gewicht mit dem Osten zu erreichen,
dann über Abrüstung verhandeln, um die
Stationierung von Nachrüstungswaffen
eventuell verhindern zu können - hat
die Diskussion um Frieden und Abrüstung
eine neue Qualität angenommen: wer für
den Doppelbeschluß ist, steht zu Hel-
mut Schmidt, wer gegen diesen Beschluß
stimmt, ist auch gegen Helmut Schmidt.
So einfach ist das!

Ist es das wirklich? Ich meine, nein!
So leicht kommen wir alle nicht davon.
Die Diskussion muß geführt werden. Wer
wollte hier wohl wem tatsächlich den
Willen zum Frieden absprechen? Doch
dem Bundeskanzler nicht, sicher aber
den anderen ebensowenig.

Im Grunde ist es auch nicht die Dis-
kussion um das OB, sondern um das WIE.
Bringt es uns denn tatsächlich in
größere Verhandlungsnähe, wenn wir
neue Waffensysteme installieren (ge-
gen die die Sowjetunion wiederum
nachrüsten müßte), oder sollten wir
verhandeln, wenn die neuen Waffen
noch nicht in Serie hergestellt und
stationiert sind?

Der Bundesvorstand der SPD hat erst
kürzlich erneut bekräftigt "Sicher-
heit verlangt eine Politik des an-
nähernden Gleichgewichts, nach sozial-
demokratischer Auffassung auf möglichst
niedrigem Niveau". Das ist die eine
Seite. Andererseits stellt der Vor-
stand fest: "Sicherheit ist nur auf
der Basis des Bündnisses und seiner
Beschlüsse möglich...", das ist die
andere Seite der Medaille.

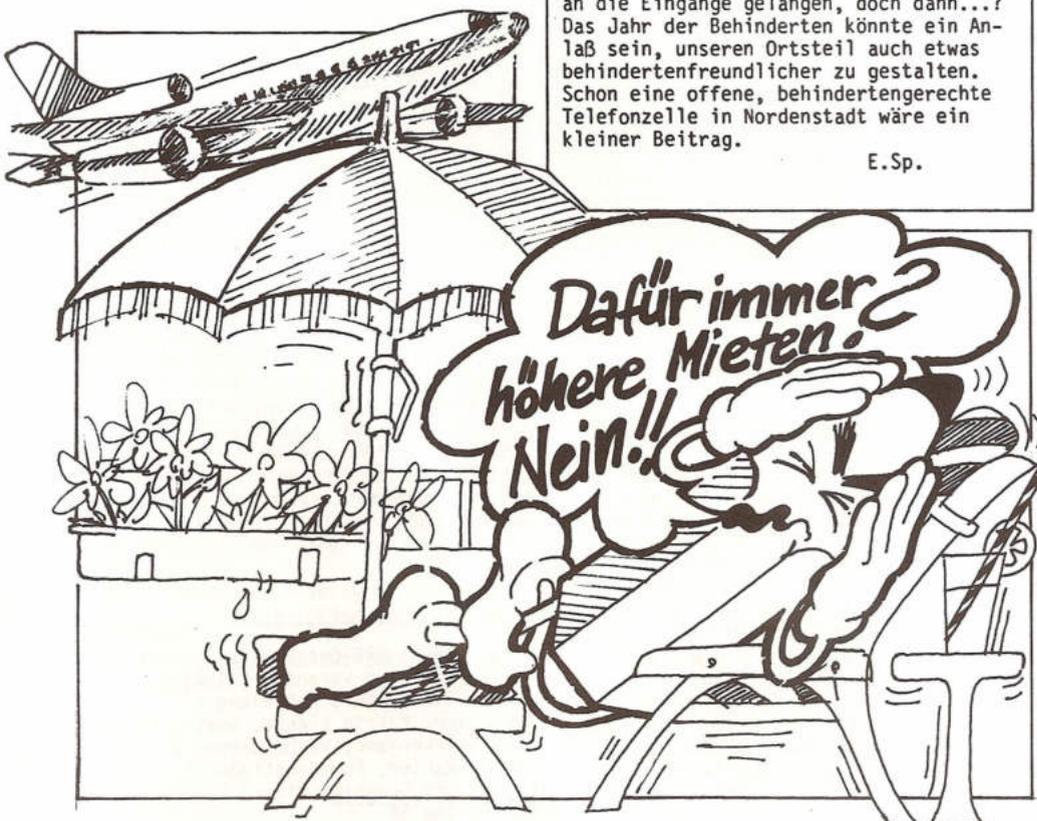
Die Diskussion über den Wert der Me-
daille bedeutet noch lange nicht das
Aussteigen aus dem Bündnis; vielmehr
heißt das, daß der Wille zum Abrüsten
und zu Verhandlungen vor der Statio-
nierung neuer Waffensysteme noch nicht
voll ausgelotet scheint, und Helmut
Schmidt aufgefordert bleibt, alles in
dieser Richtung noch mögliche zu unter-
nehmen. Miteinander reden ist allemal
besser als aufeinander schießen - das
gilt nicht nur zwischen unterschied-
lichen Militärbündnissen, sondern auch
innerhalb von Parteien. R.J.

ENERGIESPAREN IST DER BESTE ERSATZ FÜR KERNKRAFTWERKE

Energiesparen ist in aller Munde. Rat-
schläge hierzu werden von allen Seiten
erteilt. Erfreulich, daß die Hinweise
erste Früchte tragen, daß der Ener-
gieverbrauch rückläufig ist.

Aufgefallen ist uns, daß es auch in
Nordenstadt noch "Einsparungspotenti-
ale" gibt.
Haben Sie auch schon bemerkt, daß Nor-
denstadt's Straßenlaternen ziemlich
früh angehen? Wir meinen, man könnte
den Dämmerungsschalter so einstellen,
daß die Beleuchtung abends etwa eine
halbe Stunde später ein- und morgens
früher ausgeschaltet würde.

WW



GESTALTUNG DES WESTRINGS-POSITIVES ECHO!

In der letzten Nummer der NORDENSTADT NACHRICHTEN haben wir die Vorstellungen des Kommunalpolitischen Arbeitskreises der SPD Nordenstadt zur Gestaltung des Westrings vorgestellt. Unser Beitrag hat ein recht lebhaftes Echo bei unseren Lesern gefunden. Übrigens nicht nur bei den Anwohnern!

Wir danken den fast hundert Mitbürgern, die sich schriftlich oder mündlich geäußert haben. Und wir freuen uns natürlich besonders, daß gut 90 Prozent der Reaktionen unserem Vorschlag, zum Teil mit konstruktiven Modifikationen, zugestimmt haben.

Auch wenn ein solches Meinungsbild nicht im streng methodischen Sinne repräsentativ ist, so liegt doch der Schluß nahe, daß unser Vorschlag bei den Nordenstadtern "angekommen" ist.

Das Echo ermutigt uns, den Vorschlag weiter zu verfolgen. Dies wird zunächst dadurch geschehen, daß wir ihn mit den von Amts wegen zuständigen Fachleuten genau besprechen werden. Dann soll er in die Gesamtplanung für den Westring eingebracht werden.

EIN SPAZIERGANG - DURCH FELD U. WIESEN

Ist auch der Nordenstadter Wald in weiter Ferne, so können wir dennoch eine Sonntagmorgen-Wanderung durch bunte Blumenwiesen und sanft wogende Kornfelder unternehmen.

Da unser Nordenstadt so hübsch von Landstraßen und Autobahn eingerahmt ist, gehen wir leider erst über die Landstraße in Richtung Delkenheim, biegen gleich hinter der Brücke rechts ab und kommen nach ca. 50 Metern Beton auf einen richtig hoppeligen Feldweg mit Löwenzahn und Wegerich immer in Richtung "Ländchen Dom". Eine Feldlänge oberhalb des Käsbaches führt der Weg durch die Felder, an Wiesen vorbei mit herrlichem Blick auf unser "Ländchen", im Hintergrund die ersten Taunushügel. Hier riecht es noch nach Sommer, nach Feldern und Gras, und wer sich mit Kräutern auskennt, der kann hier noch einen Korb voll Sauerampfer, Pimpinelle, Knoblauchschilderich und Tausendgüldenkraut sammeln.

Unterhalb des Industriegebietes von Delkenheim kommen wir auf die Straße, die wir nur etwa 300 m ins Dorf den halben Mühlberg hoch entlang gehen. Links hinter der Mühle wandern wir auf dem ehemaligen Bachbett hinter den alten Bauernhöfen und Gärten im Halbkreis um das alte Delkenheimer Dorf herum bis an die Straße zum Sportplatz. Dahinter lockt ein herrlicher Grill- und Spielplatz im Grünen unter Pappeln zu einer Verschnaufpause.

Doch nicht zu lange, denn wir wollen auf dem Weg an den Feldern vorbei noch einen Blumenstrauß pflücken. Erst geradeaus in Richtung Wallau am Aussiedlerhof vorbei, dann nach links an der Autobahn entlang wandern wir wieder in Richtung Nordenstadt.

Von dem Lärm der Autos lassen wir uns nicht stören, werden wir doch entschädigt durch Kornblumen, Margeriten und Klatschmohn für unseren bunten Sonntagsstrauß.

Sie sollten es wirklich auch einmal versuchen!

E.Sp.

Wir werden dabei drei Ziele im Auge behalten, für die wir um Zustimmung im Ortsbeirat und bei den städtischen Gremien werben wollen:

1. Der Fahrbahnanteil einer Straße sollte nicht größer sein, als dies für einen reibungslosen Verkehrsfluß erforderlich ist.
2. Angesichts der Breite des Westrings sollte die Chance genutzt werden, dem motorisierten Verkehr, den Radfahrern und den Fußgängern getrennte Wege zur Verfügung zu stellen. Dies ist ein Beitrag zur Verkehrssicherheit.
3. Grünflächen sollen so groß wie möglich und - mindestens an einigen Stellen - zugänglich sein (Ruhebänke!).

Der Westring ist in seinem heutigen Zustand mit rauher, die Staubentwicklung fördernder Fahrbahn und einem ungepflegten Unkraut- und Unratstreifen ein "Schandfleck". Abhilfe ist dringend erforderlich.

Br.

PFLANZENSCHUTZ

Nun sieht man sie wieder - die Hobbygärtner in ihrem Kampf gegen Blattläuse, Mehltau, Unkraut u.ä. Sie kämpfen für besseres Wachstum und einen noch grüneren Rasen. Sie kaufen chemische Produkte, die speziell und gegen alles helfen. Sie kaufen in Mengen, mit denen man ganze Landstriche zerstören könnte - auch den Menschen.

Sie kaufen die Mengen, die die chemische Industrie anbietet und mit denen man, um ein exaktes Mischungsverhältnis zu erreichen, mindestens zehn Liter herstellen muß. Was ist mit dem Rest? Ab in die Kanalisation? Ab in die Mülltonne? Nochmal nachspritzen? Oder noch ein bißchen aufheben und dann wegwerfen?

Muß das sein?

Wir meinen, daß wir Schluß machen sollten mit dieser Giftspritze. Wir müssen Schluß machen mit dem übermäßigen Gebrauch von Chemikalien. Uns und unseren Nachkommen zuliebe.

Wie wäre es zum Beispiel mit der Einrichtung einer kommunalen (von der chemischen Industrie unabhängigen) Beratungsstelle, bei der man mit seinen Problemen fachkundig beraten wird? Wie wäre es mit der Abhaltung von wöchentlichen Sprechstunden, wo der Feierabendgärtner auch nach Feierabend beraten werden kann, wo der Hobbygärtner bessere, umweltfreundlichere Hinweise für die Pflege seines Gartens erhält?

WW

SCHÖNERES NORDENSTADT

Zur Verschönerung unseres Stadtbildes stehen noch einige unbepflanzte Blumenkübel bereit. Wenn Sie eine Idee haben, wo Platz vorhanden ist, wo Grün fehlt, wo ein paar Blümchen unseren Ort in ein freundlicheres Licht bringen, setzen Sie sich bitte mit der Redaktion der NORDENSTADT-NACHRICHTEN in Verbindung.

Eine Bedingung ist aber gegeben: Die Kübel können nur auf einem öffentlichen Grundstück oder aber an einem Grundstück aufgestellt werden, das an einen öffentlichen Weg angrenzt. Vielleicht wären Sie sogar bereit, die anschließende Pflege der Pflanzen zu übernehmen?

WW

Konstituierung des Ortsbeirats

Der neugewählte Ortsbeirat von Nordenstadt trat am 29. April 1981 zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Nach dem Ergebnis der Wahl vom 22. März 1981 gehören von den neun Mitgliedern je vier der CDU und der SPD an; ein Sitz entfiel auf die FDP.

Entsprechend den Absichtserklärungen der Parteien vor der Wahl stellt die CDU, weil sie die meisten Stimmen erhielt, mit Alois Olbrich den Ortsvorsteher; sein Stellvertreter ist Dr. Siegfried Brill von der SPD; Dr. Herbert Sperling, der FDP-Vertreter wurde Schriftführer; Harald Schindler (Leiter der Ortsverwaltung) sein Stellvertreter. Alle Wahlen erfolgten einstimmig bei Enthaltung der betroffenen Ortsbeiratsmitglieder.

In diesen personellen Entscheidungen dokumentiert sich der Wille des Ortsbeirats, wo immer es möglich ist, Interessen Nordenstadts einmütig zu vertreten. Dahinter steht kein politische Differenzen negierendes Harmoniebedürfnis, sondern die sehr nüchterne Überlegung, daß wir gemeinsam stärker sind, als wenn wir kontrovers bleiben und mit u.U. knappen Mehrheiten entscheiden. Es ist zu hoffen, daß diese realistische Einschätzung die Diskussion im Ortsbeirat versachlicht.

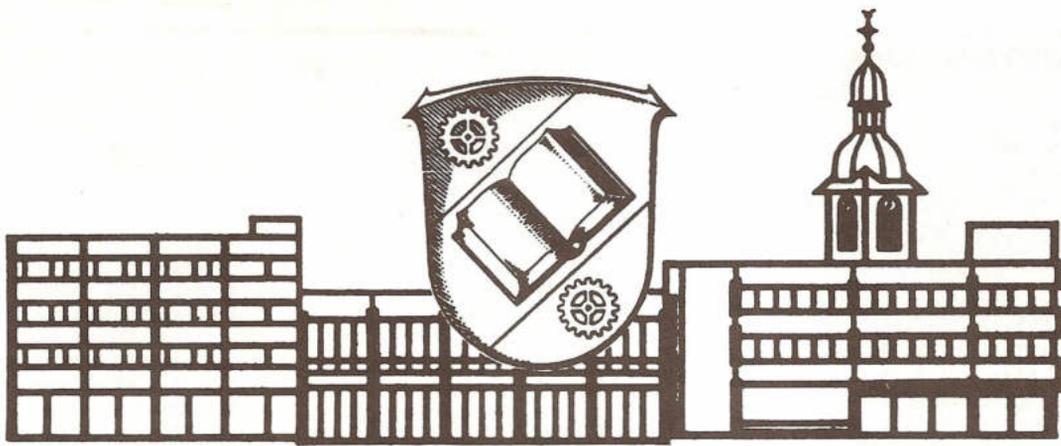
WAS TUT SICH BEIM WASSERPREIS?

Allen Nordenstadter Bürgern ist die Geschichte um die Wasserpreiserhöhung vom 1. Januar 1981 noch gut in Erinnerung, so daß wir gleich zur Sache kommen können.

In einer Flugblattaktion hatte die SPD Anfang des Jahres allen Haushalten geraten, gegen den letzten Gebührenbescheid Einspruch zu erheben. Diesem Rat folgte ein großer Teil der Haushalte. Das zuständige Steueramt teilte daraufhin mit, daß dieser Einspruch unbegründet sei, da dem Bescheid noch der alte Bezugspreis zugrunde lag. Viel Verwirrung auf allen Seiten.

Nur so viel: Die SPD-Nordenstadt bleibt weiter am Ball. Wir haben in der Zwischenzeit einen zweiten Rechtsanwalt mit der Wahrnehmung der Interessen aller Nordenstadter betraut. Doch eine schwierige Materie wie diese, braucht viel Zeit und leider auch viel Geld. Zeit haben wir, nur mit dem Geld hapert es etwas, aber zum Glück steht ja noch das Versprechen von CDU und FDP uneingelöst im Raum, sich auch finanziell an der rechtlichen Klärung des Problems zu beteiligen. Beide genannten Parteien haben in Sachen "Wassergeld" noch nichts unternommen. Oder hat man vergessen, was man dem Bürger vor der Wahl versprochen? W.Sp.

Herausgeber: SPD-Ortsverein Nordenstadt
Präresserechtlich verantwortlich:
Paul Hüllenhütter, Hebbelweg 7
Redaktion: Katrin Kiehn, Goethering 26
Erika Spiekermann, Wacholderweg 5
Werner Wahler, Pommernstraße 45
Layout und Graphik: Sigurd Schneider,
Hessenring 38



NORDENSTADT-NACHRICHTEN

5. Jahrgang

Die SPD Nordenstadt informiert August/Sept. 1981

+++ Nachrichten ++++ Unterhaltung ++++ Meinungen ++++ Hintergründe +++

●● Nordenstadter Kerb ●●

Am letzten August-Wochenende ist es wieder soweit: Nordenstadt feiert seine Kerb.

Der diesjährige Veranstalter, der Musikverein Nordenstadt, lädt für das Wochenende vom 29. - 31. August zu verschiedenen Veranstaltungen in die Taunus-Halle ein. An drei Festtagen wird ein buntes Programm geboten.

Die Eröffnung der "Norschter Kerb" erfolgt durch Oberbürgermeister Georg Bernd Oschatz, der am Samstag, dem 29. August um 20 Uhr den traditionellen Bieranstich vornehmen wird. Anschließend ist Tanz mit Musik- und Showeinlagen vom Spielmanns- und Fanfarenzug Wächtersbach. Der Eintrittspreis beträgt an diesem Abend DM 3,-.

Am Sonntag, 14 Uhr, rollt der Kerbezug durch die Straßen Nordenstadts. Das Motto der diesjährigen Kerb ist "Is die Energie aach knapp, vom Urlaub hält'se uns nit ab". Vorgesehen sind Motivwagen und Gruppen nach folgenden Mottos:

1. Urlaub zu Hause - bzw. Urlaub in Balkonia
2. Urlaub mit dem Fahrrad
3. Mit Pferden unterwegs
4. Wanderurlaub
5. Urlaub im Ruderboot
6. Skiurlaub
7. Urlaub im kühlen Naß (Schwimmurlaub)
8. Urlaub mit (Tret)-Auto
9. Fitneßurlaub
10. Heimwerkerurlaub
11. Urlaub mit Kindern im Sandkasten
12. Urlaub auf Rollschuhen
13. Urlaub im Nachbarort
14. Mit dem Leiterwagen auf große Tour
15. Urlaub in der Gartenlaube
16. Urlaub in Nachbars Garten

Der schönste Wagen bzw. die originellste Gruppe des Zuges wird mit einem Faß Bier belohnt werden.

Im Anschluß an den Kerbezug trifft man sich in der Taunus-Halle zur Kerberede und den Vorträgen der einzelnen Musikgruppen. Am Sonntagabend ist dann wieder Tanz. Jeder ist willkommen - Der Eintritt ist frei!

Der Höhepunkt der diesjährigen Kerb steigt am Montag. Ab 9 Uhr wird durch eine Blaskapelle und das Henninger-Sechsergespann geweckt, damit niemand den Frühschoppen um 10 Uhr verpaßt. Als Vesperessen wird es Rippchen mit Kraut geben. Beim Frühschoppen wird ein 50 l-Faß Bier verlost.

Am Montagabend laden dann die Veranstalter zum Ländchesabend ein. Bekannte Künstler und Gruppen aus der näheren und weiteren Umgebung werden ihr Können unter Beweis stellen. Als Gast wird u.a. "Benny Maro", der bekannte Parodist und Bauchredner, erwartet. Ab 22 Uhr spielt dann die sieben Mann starke Musikkapelle "Top Seven", wie auch an allen anderen Tagen, zum Tanz auf. Der Eintritt zum Ländchesabend beträgt DM 3,-.

Oberhalb der Taunus-Halle steht ab Freitagabend wie üblich der Vergnügungspark der Firma Kurt Laux für die Kerbebesucher bereit.

4. Kinderfest der SPD-Nordenstadt am Sonntag dem 6.9.81 von 14-17 Uhr



Teilnahme ist kostenlos!

Auf dem Bolzplatz an der TAUNUSHALLE.

SPIELANGEBOTE:

Nagelbalken, Büchsenwerfen
Eierlaufen, Sackhüpfen
Sonntagsmaler
Wurstschnappen
Luftballonspießen

LIBERAL SIND KLEINE
PREISE ZU GEWINNEN!
Für Hungrige und Durstige
wird gesorgt!

Alle Kinder und deren
Eltern sind herzlich
eingeladen!!

SOZIALE VERTEIDIGUNG

Ein Konzept zur Sicherheit ohne Waffen

Vermutlich werden die meisten sich nicht vorstellen können, daß die Sicherheit eines Staates vor möglichen Angriffen auch ohne Waffen zu erreichen sei. "Si vis pacem, para bellum", lautet eine lateinische Redensart: Wenn du Frieden willst, mußt du zum Krieg rüsten. Bei allem Fortschritt gegenüber der Römerzeit - in bezug auf Verteidigung sind wir über die Denkweisen römischer Schriftsteller, auf die die Redensart zurückgeht, nicht hinausgekommen. Es hat wohl erst der Schrecken moderner Kriege bedurft, um ernstlich über Alternativen nachzudenken. Ein bemerkenswertes Ergebnis des Nachdenkens ist das Konzept der sozialen Verteidigung. Es wurde, zunächst eher akademisch, in den sechziger Jahren entwickelt; der Friedensbewegung unserer Tage ist es zu verdanken, daß es heute in größerem Umfang diskutiert wird.

Was versteht man unter sozialer Verteidigung? Die eigentliche Alternative liegt in einer neuen Antwort auf die Frage: w a s soll verteidigt werden? Üblicherweise sagen wir: unser Territorium soll verteidigt werden. Wir möchten verhindern, daß eine fremde Macht unser Land besetzt. Das Konzept der sozialen Verteidigung hingegen besagt: nicht das Territorium, sondern unser soziales System sollten wir verteidigen. Wir sollen verhindern, daß eine fremde Macht u n s b e h e r r s c h t, unsere Lebensweise, Wirtschaft, Kultur, Erziehungswesen, Rechtsprechung, usw. bestimmt. Wenn wir unsere Selbstbestimmung verteidigen wollen, ist es nicht nötig, ja eher gefährlich, Territorialverteidigung zu betreiben. Denn die führt, da sie nur mit Waffengewalt möglich ist, im Ernstfall heute zu einem solchen Ausmaß von Zerstörung, daß auch das soziale System zusammenbricht.

Soziale Verteidigung kann nur eine Verteidigung ohne Waffen sein; das ist die methodische Alternative. Wenn ein Gegner das Territorium besetzt hat, kann er immer noch daran gehindert werden, es auch zu beherrschen. Dies können allerdings nicht einige Spezialisten (Soldaten) leisten, sondern nur die Bevölkerung in ihrer Gesamtheit. Verweigerung jeglicher Zusammenarbeit, gewaltfreier Widerstand ("ziviler Ungehorsam"), Aufrechterhaltung eines eigenen Kommunikationssystems und psychologische Einwirkung auf den Gegner sind die grundlegenden Methoden.

Sie sind in begrenztem Umfang längst in der Realität "getestet" worden. Um nur einige Beispiele zu nennen: Der passive Widerstand gegen die Besetzung des Rheinlandes durch die Franzosen, der "Ruhrkampf" von 1923, trug entscheidend dazu bei, daß das gegnerische Ziel (Erzwingung höherer Reparationsleistungen) nicht erreicht wurde. Gewaltfreie Aktionen der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung (M.L. King) zeigten, daß der schon von Mahatma Gandhi in Indien praktizierte zivile Ungehorsam - der bewußte Verstoß gegen Anordnungen, Gesetze - ein wirkungsvolles Instrument ist. Als Truppen des Warschauer Paktes 1968 die CSSR besetzten, wurden die Soldaten von der Bevölkerung durch Diskussionen psychisch so sehr beeinflusst, daß viele Einheiten abgezogen und durch neue ersetzt werden mußten, weil sie im Sinne der Besetzer nicht mehr zuverlässig waren.

Zeigt aber nicht das Beispiel der CSSR, daß soziale Verteidigung zum Mißerfolg verurteilt ist? Die Verfechter des Konzeptes sagen: Es ist kurzschlüssig, so zu argumentieren. Denn es genügt nicht, sich nur s p o n t a n (wie 1968 in der CSSR) gewaltfrei zu verteidigen. Soziale Verteidigung muß präzise geplant, organisiert und trainiert werden, wie dies ja

auch bei militärischer Verteidigung bislang der Fall ist. Eine "Umrüstung" auf soziale Verteidigung ist ein sicherheitspolitisches Unterfangen von beträchtlichem Ausmaß. Es ist nicht umsonst zu bekommen, und es setzt einiges voraus:

- Die Bevölkerung muß insgesamt an der Erhaltung des sozialen Systems interessiert sein. (Daran haperte es 1968 in der CSSR; denn der Reformkurs hatte in der entmachteten Funktionärselite stalinistischer Prägung eine Gruppe von Widersachern, die zur Kollaboration mit dem Gegner bereit war.)
- Soziale Verteidigung setzt die Bereitschaft voraus, im Verteidigungsfall Opfer zu bringen, Mangel und Leiden zu ertragen; Opfer, die allerdings viel geringer sind als bei einer bewaffneten Territorialverteidigung.
- Soziale Verteidigung ist um so aussichtsreicher, je weniger Macht zentralisiert und die Gesellschaft hierarchisch - von oben nach unten - organisiert ist. Dann genügt es nämlich nicht zur Herrschaft, einige Machtzentren zu kontrollieren und ein paar Führungsfiguren auszuwechseln.

Soziale Verteidigung hätte den wesentlichen Vorteil, daß sie wegen der gewollten Unfähigkeit zum Angriff nach außen hin nie bedrohlich wirken könnte. Damit würden die Ängste vermieden, die zum immer wahnwitzigeren Rüstungswettlauf entscheidend beitragen.

Was in diesem Beitrag nur grob skizziert werden konnte, kann man in zahlreichen Publikationen detailliert dargestellt und diskutiert finden. So zum Beispiel: Ebert, Th.: Demokratische Sicherheitspolitik. Von der territorialen zur sozialen Verteidigung. München 1974 und Boserup, A./ Mack, A.: Krieg ohne Waffen. Reinbek 1974.

S.B.

Es wird im Moment in der Bundesrepublik viel über die neue Friedensbewegung diskutiert und geschrieben. Die NORDENSTADT NACHRICHTEN fragten den Gemeindepfarrer von Nordenstadt, Herrn Axel Junghans, nach seiner Meinung. Pfarrer Junghans ist auch von der Evangelischen Landeskirche beauftragt als Beistand für die Vertretung von Kriegsdienstverweigerern vor Prüfungsausschüssen und Prüfungskammern.

WAS WILL DIE FRIEDENSBEWEGUNG?

Die Verantwortung für den Frieden ist so groß, daß sie nicht allein den Politikern überlassen werden darf. Wer will noch glauben, daß durch immer weitere Aufrüstung der Frieden sicherer wird? Seitdem Stimmen laut werden, daß ein Atomkrieg vielleicht doch geführt und gewonnen werden könnte, daß bei kleineren Konflikten in Zukunft auch kleine Atomwaffen eingesetzt werden könnten und daß der Frieden nicht mehr das politisch Wichtigste sei, seitdem müssen die betroffenen Bürger das Schlimmste befürchten.

Die neue Friedensbewegung ist ein Ausdruck dieser Befürchtung und ein Protest gegen die sinnlose weitere Erhöhung der Overkill-Kapazitäten (gegenseitige mehrfache Vernichtungsfähigkeiten). Nicht nur auf russischer, auch auf amerikanischer und westeuropäischer Seite liegen genügend Atombomben zur gegenseitigen Abschreckung und Vernichtung bereit. Weltweit gibt es derzeit über 60.000 Atomsprengköpfe;

davon sind allein auf dem Gebiet der Bundesrepublik über 5.000 gelagert. Als Gegengewicht gegen die russischen Mittelstreckenraketen sind die französischen und englischen Mittelstreckenraketen, vor allem aber die amerikanischen U-Boot-Flotte mit ihren Atomraketen zu nennen, die Abschreckungskraft genug besitzen und immer wieder modernisiert werden. Weshalb sollten die Europäer nicht mehr auf diesen amerikanischen Atomschirm vertrauen dürfen? Weshalb soll stattdessen auf dem Boden der Bundesrepublik ein weiterer amerikanischer Atomschirm aufgeklappt werden?

Nicht die weitere Aufrüstung, sondern nur die Abrüstung auf der Basis des Gleichgewichts macht den Frieden sicherer. Darum darf die Abrüstung nicht beginnen mit dem Aufbau der eigenen Stärke; Chancen liegen nur in der Abfolge von Abrüstungsschritten, die mit einseitigen Signalen beginnen. In der neuen Friedensbewegung, die quer durch die Kirchen, die Parteien und Gewerkschaften geht, werden zur Zeit drei kalkulierte erste Schritte gefordert, mit denen die Bundesrepublik im Rahmen der NATO Signale setzen könnte und mit denen eine Abkehr vom Rüstungswettlauf eingeleitet werden könnte. Diese drei Ansatzpunkte sind:

1. Der Verzicht auf die Stationierung neuer atomarer Waffen in Europa. Die Bundesregierung sollte - ähnlich wie hoffentlich die Niederlande, Belgien, Dänemark und Norwegen - der Stationierung neuer eurostrategischer oder taktischer Atomwaffen auf dem Gebiet der

Bundesrepublik nicht zustimmen. Im Rahmen der NATO soll sie auf die Verminderung der vorhandenen Potentiale drängen.

2. Defensive Umrüstung der Streitkräfte. Die Bundeswehr sollte zu einer Streitmacht werden, die zwar unser Land und unsere Gesellschaft wirksam schützen kann, aber zu einem Angriff über unsere Grenzen hinaus strukturell unfähig ist.

3. Verbot von Rüstungsexporten. Die Bestimmungen über Rüstungsexporte sollen nicht etwa gelockert, sondern verschärft werden: kein Rüstungshandel außerhalb der NATO, strafrechtliche Verfolgung von illegalen oder verdeckten Rüstungsgeschäften.

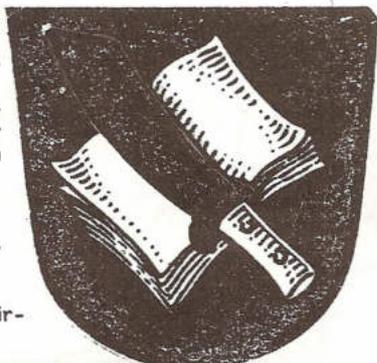
Von der Evangelischen Kirche sind zu dieser Diskussion Beiträge zu erwarten, vor allem in der angekündigten Friedensdenkschrift und der Friedenswoche im November 1981. Die Friedensbewegung steht schon seit Jahren in unseren Schwesterkirchen in Holland und der DDR ganz oben auf der Tagesordnung. Es ist an der Zeit, daß auch unser Beitrag zum Frieden deutlicher wird.

Herausgeber: SPD-Ortsverein Nordenstadt
Pfefferküchlein verantwortlich:
Paul Hüllenhütter, Hebbelweg 7
Redaktion: Katrin Kiehne, Goethering 26
ETK-Spietkermann, Wacholderweg 5
Werner Wahler, Pommernstraße 45
Layout und Graphik: Sigurd Schneider,
Reisenring 38

VOM MESSER ZUM ZAHNRAD DIE LEGENDE UNSERES WAPPENS

Der epsteinische Ort Nordenstadt gelangte im Jahre 1492 an Hessen, das Ende des 16. Jahrhunderts die nassauischen Besitzrechte aufkaufte. Im Jahre 1803 ging Nordenstadt an Nassau über.

Das "Gerichtssigill zu Norstat" (1664 - 1794) zeigte stehend den heiligen Bartholomaeus mit einem Messer in der Rechten und einem Buch in der Linken, begleitet von den Buchstaben SB (Sanctus Bartholomaeus). In der Folgezeit gab es für Nordenstadt einen Wappenvorschlag, der in Anlehnung an das ehemalige "Gerichtssigill" die figurliche Darstellung des Schutzpatrons durch das Messer in der gleichen Form und das Buch symbolisierte. Um auf die ehemaligen Besitzverhältnisse hinzuweisen, wurden für diesen Vorschlag die hessischen und nassauischen Farben verwendet. Was daraus geworden ist, war



Altes Nordenstadter Wappen

leider nicht feststellbar. Vielleicht wurde dieser Vorschlag nie offiziell genehmigt, da Gerüchte umgingen, die Selbstmordrate in Nordenstadt hätte aufgrund des im Wappen abgebildeten Messers verdächtig zugenommen! Erst am 10. Mai 1972 bekam Nordenstadt vom damaligen hessischen Innenminister Bielefeld das heute bekannte Wappen genehmigt. Es zeigt in Silber zwischen zwei roten Zahnradern einen roten Schrägling, belegt mit einem aufgeschlagenen Buch. Die Zahnräder sollen die Veränderung Nordenstadts zu einer aufstrebenden Industriegemeinde symbolisieren. Das Buch des heiligen Bartholomaeus ist uns erhalten geblieben, wenn auch sein Messer das er in der Rechten hielt, im Laufe der Jahrhunderte verloren ging.

KK

PFLANZENSCHUTZ...

unter dieser Überschrift hatten wir in unserer letzten Ausgabe der NORDENSTADT NACHRICHTEN einen Artikel, der vor übermäßigem Gebrauch chemischer Pflanzenschutzmittel warnt. Von einer Leserin unserer Zeitung erhielten wir folgenden Tip, wie man auch ohne Chemie auskommt. Blattläuse, rote Spinnen und Ameisen kann man mit Brennesselbrühe vertreiben, und das geht so: man legt in 5 lt. Wasser ca. 500 g Brennessel, kocht beides kurz auf und besprüht oder begießt nach dem Erkalten die mit dem oben erwähnten Ungeziefer befallenen Pflanzen. Pilz-, Schorf- und Mehltaubefall von Pflanzen werden mit Schachtelhalmbühe behandelt. Auf ca. 5 lt. Wasser kommen ca. 100 g Schachtelhalme. Auch dies wieder kurz aufkochen, abkühlen lassen und danach die befallenen Pflanzen besprühen bzw. begießen. Wenn Sie, liebe Leserin, lieber Leser, auch Tips zur umweltbewußten Gartenpflege haben, schreiben Sie uns bitte. Wir werden die Tips veröffentlichen.

WW

FERNWÄRME FÜR NORDENSTADT?

In den nächsten Monaten wird sich die Wiesbadener SPD mit dem Thema der Energieversorgung für Wiesbaden eingehend befassen. Dieses Thema wird Gegenstand sowohl einer Klausurtagung der Stadtverordnetenfraktion als auch eines Sonderparteitages der Wiesbadener SPD sein. Ein spezielles Gebiet der Energieversorgung, nämlich die Möglichkeit der Fernwärmeversorgung für Nordenstadt, wird die SPD-Nordenstadt auf ihrer demnächst stattfindenden Klausurtagung behandeln.

Um sich über die Möglichkeiten der Fernwärmeversorgung zu informieren, besuchten Mitglieder verschiedener Arbeitskreise der Wiesbadener SPD die Stadt Flensburg. In Flensburg wurde bereits seit dem Ende der sechziger Jahre mit der Planung und dem Ausbau der Fernwärmeversorgung begonnen. Zum heutigen Zeitpunkt sind bereits etwa 90 Prozent aller Haushalte an das Versorgungsnetz angeschlossen.

Hier zunächst aus dem Bericht der Teilnehmer an der Flensburg-Reise: Flensburg galt früher als ungeeignet für eine Fernwärmeversorgung, denn längenmäßig ist der spezifische Leitungsaufwand etwa doppelt so hoch wie der Bundesdurchschnitt. Außerdem führt die Lage des städtischen Kraftwerkes am Nordrand der Stadt bei der Bebauung rund um die Flensburger Förde zu einer Trassenlänge von 13 km bis zum letzten Abnehmer. Also denkbar ungünstige Konstellationen. Dennoch wurde Ende der sechziger Jahre mit der Planung der Fernwärmeversorgung begonnen, und nach etwa zehnjähriger Planungszeit und sukzessivem Ausbau werden heute mit einer 600-MW-Leistung aus dem kohlebefeuerten Heizkraftwerk etwa 90 % aller Flensburger Haushalte erreicht. Eine nahezu vollständige Versorgung von Flensburg (90.000 Einwohner) und Glücksburg (10.000 Einwohner) und somit die Steigerung auf 800 MW ist bis 1985 geplant.

Um zu verhindern, daß in Neubauten in Stadtgebieten, die noch nicht an das Fernwärmenetz angeschlossen waren, Ölheizungen eingebaut wurden, errichteten die Stadtwerke dort provisorische Heizzentralen.

Die Kosten für den Leitungsausbau wurden dank spezieller Bautechniken und dem Einsatz kleiner Baufirmen erstaunlich gering gehalten. Das know-how für Rohr- und Verlegetechnik holten sich die Flensburger von ihren Nachbarn, den Dänen und Finnen, die schon lange die Fernwärme wirtschaftlich betreiben.

Um das Projekt finanzieren zu können, müssen alle Abnehmer einen Baukostenzuschuß zahlen. Dieser beträgt bei einem Einfamilienhaus zwischen 10.000.-- und 11.000.-- DM und liegt somit noch unter den Einbaukosten einer Ölheizung. Seit 1974 besteht Anschlußzwang an das Fernwärmenetz, bisher mußte aber noch niemand zu seinem "Glück" gezwungen werden. Kein Wunder: Denn unter dem Strich ist die Fernwärme inklusiv aller Anlage- und Baukosten für den Benutzer um gut ein Drittel billiger als die herkömmliche Ölheizung. Strom und Wärme werden in mehreren kleineren Heizkraftblöcken erzeugt. Der Vorteil liegt in der besseren Anpassung an die Wärmeleistungsentwicklung, der leichteren Finanzierbarkeit, der größeren Sicherheit, der besseren Einordnung in den elektrischen Verbund sowie der leichteren Erneuerungsmöglichkeit. Die Kesselanlagen sind für eine durchschnittliche Lebensdauer von 4 bis 5 Jahren konzipiert, dies ermöglicht eine beständige Anpassung des Energiekonzeptes an neue Techniken. Die Flensburger Stadtwerke verkaufen ihre Fernwärme allen Abnehmern - ob kleinen oder großen Kunden - zum gleichen Preis. 1980 betrug er durchschnittlich 3,7 Pf/KwSt.

Umweltschutz verbessert

Erheblich verringert hat sich in Flensburg seit Einführung der Fernwärme die Umweltbelastung, da der individuelle Hausbrand weggefallen ist. Die Abgase, durch Elektrofilter gereinigt, werden am Rande der Stadt über einen 140 m Schornstein abgeführt. Dieser Schornstein weist eine Besonderheit auf: die einzelnen Rauchgasrohre der Kessel werden durch den Betonmantel des Schornsteins geleitet und ragen etwa 5 mm über ihn hinaus. Wie Windkanalversuche vorher gezeigt haben und die Praxis dann bestätigt hat, wird durch diese

Maßnahme verhindert, daß bei den häufigen Stürmen in Schleswig-Holstein durch den Sog, der auf der dem Wind abgewandten Seite entsteht, die Rauchgase wieder in einer geringen Höhe zurückgeführt werden. Zur Verbesserung der Emissionswerte ist vorgesehen, zum frühestmöglichen Zeitpunkt, zu dem das Verfahren der Kohlewirbelschichtbefeuerung ausgereift ist, dieses einzuführen.

Wie aus den vorausgegangenen Ausführungen entnommen werden kann, wird in Flensburg das Prinzip der Kraft-Wärme-Kopplung angewendet, das bedeutet, daß die bei der Stromerzeugung entstehende Abwärme für die Fernheizung verwendet wird. Hierfür dürften für den Nordenstadter Stadtteil jedoch Probleme entstehen, da die Gemeindevertretung der früheren selbständigen Gemeinde Nordenstadt einen Stromlieferungsvertrag mit dem MKW über das Jahr 2000 hinaus abgeschlossen.

Die Redaktion der NORDENSTADT NACHRICHTEN ist der Meinung, daß die Möglichkeiten der Fernwärmeversorgung untersucht werden sollten und daß dabei folgende Punkte Voraussetzung sein müssen:

1. Der Nutzenwender muß einen kostenmäßigen Vorteil haben.
2. Die Fernwärmeversorgung für Nordenstadt muß in ein Gesamtkonzept für Wiesbaden eingebunden werden.
3. Der Zeitraum der Anschlußverpflichtung muß groß sein. Damit soll sichergestellt werden, daß neu installierte Heizungsanlagen nicht schon nach kurzer Gebrauchsdauer wieder stillgelegt werden müssen.

Die Realisierung eines solchen Konzeptes dürfte nach unseren Erfahrungen nicht vor 8 - 10 Jahren möglich sein.

Um Ihre Meinungen in unsere Beratungen einfließen lassen zu können, bitten wir die Nordenstadter Bevölkerung, uns mitzuteilen, was Sie von diesen Vorschlägen hält.

Hierüber sowie über die Beratungen innerhalb der SPD werden wir Sie in den nächsten Ausgaben der NORDENSTADT NACHRICHTEN informieren.

WW

KERBE-FRIEDER**

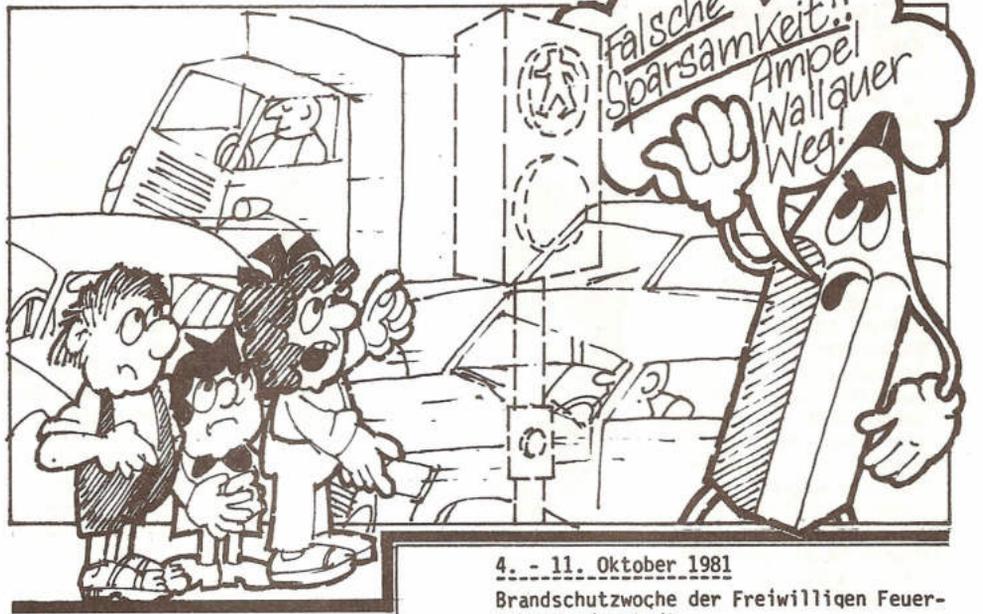
Für all diejenigen, die ein gutes Gedächtnis haben und die nicht vergessen haben, daß unser "Kerbe-Frieder" im letzten Jahr so eine schlechte Druckqualität hatte, hier also - wie versprochen - eine Neuauflage unseres alten Kerbedgedichts!

In diesem Joor is unser Schorsch
Ausgewählt fern Kerbeborch.
Seit Daache weiß er schon Bescheid
un hot sich aach schon vorbereitet.
En Frack, e Hos mit Streife dro,
E Liz am Hemd, Gammasch Schuh,
De Zylinderhut uff Glanz gebutz,
Die Socke rot, die Hoor gestutzt.
So steht er immerzu vorm Spichel
Er werd es garnit leid s'gebichel
Die Hose habbe Messerfalte,
De Schlupf werd efer ogehalte.
Die Mäs die werd ganz rot geschminkt,
gesprüht, gepudert, daß es stinkt.
En Schnurrbart will er wachse losse,
Er wächst net richtig, s'bleibe
Sprosse.
Die Spitze dreht er in Gedanke,
Uffwärts zu em Bart em schlanke.
Die Bartbinn legt er schon bei's
Bett,
Allaa de Bart, der will noch net.
Es is e Pracht mit unserm Schorsch,
nee, so e scheene Kerbeborch.

Ob Mutter, Vadder, Hund un Katz,
Kaa Zeit mehr hot er vor sein Schatz.
Die Oma fängt schon an zu klaache:
Er vergißt sogar "gun Dach" zu saache
Sei Auto tut er net mehr wasche
Es Geld verschimmelt in de Dasche.
Die Stammtischrunde tut er meide,
Beim Esse die Kartoffel schneide,
Die Hobbies werde ausgelosse,
Der klaane Bruder mißt sei Bosse,
Es fehlt sein Witz im weite Rund,
Es heeßt: de Schorsch ist net mehr
gesund.
Sogar des Tennis läßt er sause,
Mit em Mofa dorch die Gegend brause.
Un selbst mit Fußball is es Schluß,
Es sorgt sich Manschaft un de TUS.
Des Leid nimmt zu, doch wächst die
Freud,
Denn an de Kerb ihr liebe Leut
Is unser Schorsch die Hauptperson
Un die Opfer wer'n zum Lohn
Wenn alle rufen dann: De Schorsch,
Is des kaan scheene Kerbeborch?

Des ganze Haus steht uff'em Kopp,
Die Schlafstubb hat er jetzt im
Schopp,
De Fernseher bleibt am Abend aus,
Statt dessen holt er'n Bleistift
raus,
Un sitzt an seiner Kerberedd
Noch bis um zwölfe nachts im Bett.
Er reimt un dichtet, schreibt un
streich;
Bei Gott, es fällt ihm garnet leicht.
Mol paßt des Wort net an die Stell,
Mol find sich so en Reim net schnell.
Mol ist en Satz zu lang geworde,
Mol fehle ihm die richtige Worte.
Er sitzt un schwitzt un denkt debei,
Ach, tät doch erst die Kerb do sei!
Vergessen is dann alle Müh,
Ich steh da oben uff de Bühn,
Un ruf es in die Welt hinaus,
Ihr Leut s'is Kerb! Kommt alle raus!
Gefeiert werd in unserm Ort
Es gibt nur ein hochheilig Wort:
Es tönt durch's Länche uff und ab
S'is Kerb im scheene Nordenstadt
Hört zu ihr Mädchen un ihr Borsch!
Des sagt de Schorsch, de Kerbeborch.

Frieder



TERMINE · TERMINE

29. - 31. August 1981

Nordenstadter Kerb
Ausrichter: Musikverein Nordenstadt

6. September 1981

Kinderfest der SPD Nordenstadt auf dem
Festplatz an der Taunushalle

4. - 11. Oktober 1981

Brandschutzwoche der Freiwilligen Feuer-
wehr Nordenstadt

10. Oktober 1981

Erntedankfest des Carnevals- und Brauch-
tumsvereins Nordenstadt im Gemeindezen-
trum

17. Oktober 1981

Oktoberball des Turn- und Sportvereins
Nordenstadt in der Taunushalle

MACH' MIT SPAR' SPRIT!

Sind Fahrgemeinschaften eine Antwort auf die Verteuerung beim Autofahren? Das Autofahren wird ständig teurer. Kaum hatten sich die Autofahrer an höhere Benzinpreise gewöhnt, standen ihnen zum 1. Juli Beitragserhöhungen der Kfz-Versicherung ins Haus. Diese ständig steigenden Kosten lassen das allseits beliebte Verkehrsmittel Auto immer unwirtschaftlicher werden, ganz abgesehen von der nervlichen Belastung der Fahrer in Zeiten hoher Verkehrsdichte. Warum können Fahrgemeinschaften zur Verbesserung der Situation beitragen? Unbestritten ist die Tatsache, daß zur Zeit noch viele Kraftfahrzeuge nur mit dem Fahrer besetzt auf unseren Straßen unterwegs sind. Dabei ließen sich die Fahrten zum Arbeitsplatz wesentlich wirtschaftlicher und wahrscheinlicher auch unterhaltsamer gestalten. Weniger Pkw's bei gleicher Beförderungsleistung müßte eigentlich auch eine geringere Verkehrsdichte ergeben. Dies wiederum würde sicher von allen Verkehrsteilnehmern begrüßt, vor allem während der Hauptverkehrszeiten. Doch leider beteiligen sich noch zu wenige Autofahrer an solchen Fahrgemeinschaften. Ist es die Angst bei einem Unfall für die Schäden der Mitfahrer haften zu müssen? Oder befürchtet der einzelne Autofahrer, seine Fahrzeiten nicht mehr unabhängig planen zu können?

Aus Furcht vor Haftungsverpflichtungen braucht heute niemand mehr vor der Beteiligung an einer Fahrgemeinschaft zurückzuschrecken. Arbeitnehmer und Bedienstete genießen auf dem Weg zwischen Wohnort und Arbeitsplatz Versicherungsschutz durch die gesetzliche Unfallversicherung bei den Berufsgenossenschaften. Daneben besteht, wie im eigenen Pkw auch, die Möglichkeit, die Haftpflichtversicherung des Unfallverursachers in Anspruch zu nehmen. Völlig unwesentlich dabei, ob der Fahrer eines

anderen Fahrzeugs oder der Fahrer der Fahrgemeinschaft den Unfall verursacht. Damit der Versicherungsschutz ausreicht, ist dem Halter eines Fahrzeugs, das für Fahrten von Fahrgemeinschaften genutzt wird, zu empfehlen, die höchstmögliche Deckungssumme zu vereinbaren. Die jährlichen Prämien erhöhen sich dadurch nur unwesentlich.

Anders ist es beim Disponieren der Fahrzeiten: da können leicht betriebsabhängige Arbeitsanfangszeiten zu unüberwindlichen Hindernissen werden. Ein Grund vielleicht, weshalb sich Fahrgemeinschaften am leichtesten unter Kollegen eines Betriebes organisieren lassen. Schwieriger ist es, am eigenen Wohnort Mitfahrer für eine bestimmte Zeit und für ein bestimmtes Ziel zu finden. Für viele ist das, je nach Arbeitsort und ohne Organisationshilfen ein fast unmögliches Unterfangen.

Die NORDENSTADT NACHRICHTEN wollen einen Beitrag zur Organisation von Fahrgemeinschaften unter den Nordenstadter Bürgern leisten und machen deshalb folgendes Angebot:

Jeder, der an einer solchen Möglichkeit interessiert ist, füllt die nachfolgenden Spalten aus. Wir versichern, die gegebenen Informationen erst nach Rücksprache an andere Interessenten mit dem gleichen Fahrziel oder der gleichen Fahrtrichtung weiterzugeben.

KHE

Ich fahre nach
um Uhr zurück um Uhr
kann Personen mitnehmen.
Name
Anschrift
Telefon

FLUGHAFENBUS AUCH FÜR NORDENSTADT?

Führen die Bemühungen um einen Anschluß Nordenstadts an die Flughafenlinie endlich zum Erfolg? Die Aussichten scheinen nicht so schlecht zu sein, nachdem nur noch der Aufsichtsrat der ESWE der probeweisen Einrichtung zustimmen muß. Bisher war wenig von den Argumenten der Nordenstadter die Rede, die diesen Anschluß seit geraumer Zeit fordern. Da besteht eine verkehrsgünstige Verbindung von Wiesbaden zum Rhein-Main-Flughafen und könnte durchaus den Erfordernissen einer kurzen Fahrzeit auch in das Stadtgebiet Frankfurt Rechnung tragen - aber, der Bus fährt an Nordenstadt vorbei!

Viele Nordenstadter haben ihre Arbeitsplätze auf dem Flughafen oder in Frankfurt. Sicher wären viele bei der bestehenden Energiesituation bereit, auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen, wenn sie Gelegenheit dazu bekämen. Denn der zur Zeit notwendige Umweg über den Hauptbahnhof kostet ja nicht nur Zeit, sondern auch mehr Geld und ist somit eine schlechte Alternative.

Möglicherweise hat eine Wiesbaden-Nordenstadter bürgernahe Entscheidung des ESWE-Aufsichtsrates noch einen Nebeneffekt. Mehr Fahrgäste von weiteren Haltestellen machen die Flughafenlinie rentabler. Nur sollten die Haltestellen an zentralen Orten und nicht wie bei der Bahnbuslinie am Ortsrand eingerichtet werden.

E.Sp.

ERFREULICH

ist es, einen an dieser Stelle vorgesehenen Artikel nicht veröffentlichen zu müssen. Bisher fehlte nämlich ein befestigter Fuß- und Radweg zwischen Nordenstadt und Igstadt. Doch als wir diesen Mangel beklagen und um Abhilfe bitten wollten, da war die Sache schon gelaufen. Es gibt mittlerweile diesen Weg.

Von der Kreuzung Westring/Schlesierstraße am Sportplatz vorbei (Oppelner Straße) und auf der nördlichen Seite der Landstraße in Richtung Igstädter Wasserturm kann man in weniger als einer halben Stunde nach Igstadt laufen. Wir möchten unsere Leser auf diese neue Möglichkeit hinweisen; bisher war nämlich der Feldweg nach Regenwetter oft tagelang schlammig. Die neue Teerdecke macht ihn jedoch besser passierbar. Es ist also nicht mehr nötig, etwa mit dem Kinderwagen (so habe ich es vor kurzem gesehen) die enge und relativ gefährliche Landstraße zu benutzen.

Das ist nicht nur ein Vorteil für Spaziergänger. Es ist oft auch von Vorteil, wenn man nach Bierstadt oder in die Innenstadt will - besonders an Sonn- und Feiertagen -, zu Fuß nach Igstadt zu gehen und von dort aus die Linie 23 zu benutzen.

Br.

SCHÖNERES WIESBADEN auch für Spielplätze und Grünanlagen

Dem Spaziergänger bleibt es nicht verborgen: Nordenstadts Spielplätze und Grünanlagen werden offensichtlich vernachlässigt. Unkraut, Abfälle, wuchern die Sträucher machen sich breit und verunzieren die Anlagen.

Was die Spielplätze außer dem Unkraut noch gemeinsam haben, ist die Phantasielosigkeit, mit der sie ausgestattet sind. Ein Spielplatz soll Kinder sozusagen "anlocken", zum Spielen "auffordern" und die Phantasie der Kinder anregen. Auf allen Spielplätzen gibt es Spielgeräte aus Holz. Das ist lobenswert. Aber oberhalb des Festplatzes besitzt ein Holzklettergerüst mit Rutschbahn, nur eine Schaukel, Sand in größerer Menge - sonst nichts. Der Spielplatz Ecke Breckenheimer Weg/Eschenstraße hat einen Holzturm, eine Holzlokomotive und einen Sandkasten - na ja! An der Schule gibt es einen Spielplatz gedacht für Kinder bis zu 6 Jahren ohne Sandkasten, dafür mit 3 Holztieren, einem ausrangierten Einkaufswagen, viel Bauschutt, usw.

Soviel steht fest, daß alle Spielplätze dringend einer "Generalüberholung" bedürfen. Die Grünpflanzen und Sträucher müssen beschnitten, das Unkraut und der Abfall entfernt werden. Auch die Spielgeräte könnten z.T. einen neuen Anstrich gebrauchen.

Grundsätzlich sollte man sich aber einmal Gedanken machen, wie man die Kinderspielplätze attraktiver gestalten könnte. Dabei geht es nicht um komplizierte Geräte, sondern um die Möglichkeit kindgerechten, phantasieanregenden Spielens.

Vielleicht wäre es hilfreich, wenn man die Kinder selbst mal dazu befragen würde. Sie sollen schließlich von dem Angebot "Gebrauch" machen.

Es sind aber leider nicht nur die Spielplätze, die etwas im Argen liegen. Auch die Grünanlagen fallen unangenehm auf, sobald es sich nicht um private Gärten handelt.

Vor und neben der Taunushalle z.B. sieht es schön aus, jedoch dahinter liegt der Abfall in den Sträuchern und unter den Büschen. Oberhalb des Parkplatzes an der Halle befindet sich ein Erdwall. Ob man da nicht etwas anpflanzen könnte? Nicht viel besser sieht es entlang der Heerstraße 62 - 116 aus. Hier befinden sich rechts von der Straße sogenannte private Gemeinschaftsanlagen, d.h. für die Pflege dieser Anlagen ist nicht unbedingt das Gartenbauamt zuständig, sondern die Eigner. Hier müßte man ebenfalls sämtliches Unkraut entfernen und eine Bepflanzung vornehmen.

Soweit also einige kritische Anmerkungen. Man kann nur hoffen, daß sich die zuständigen Stellen betroffen fühlen und endlich etwas getan wird.

AS

Suchen Sie noch einen Kindergartenplatz?

Der Kindergarten der Evangelischen Paulusgemeinde Wiesbaden-Erbenheim, Lilienthalstraße 15, neben der Grundschule hat ab sofort noch Plätze frei.

Öffnungszeiten: Montag - Freitag von 7,30 - 13,00 Uhr und von 14,00 - 16,30 Uhr. Bei Bedarf rufen Sie die Nummer 06121/712367 an.

DURCH MITGLIEDER DES SPD-ORTSVEREINS NORDENSTADT NEU GESTALTET
DER HINDENBURG-BRUNNEN!! (AKTION SCHÖNERES WIESBADEN)



MIETSPIEGEL FÜR NORDENSTADT

Der derzeit gültige Mietspiegel wurde in Zusammenarbeit von Mieterschutzverein e.V., Vereinigung der Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer e.V., Ring Deutscher Makler und der Stadtverwaltung Wiesbaden (Vermessungsamt-Bewertungsstelle) erstellt und von diesen anerkannt. Er dient als Richtlinie zur Ermittlung ortsüblicher Vergleichsmieten für "nichtgebundenen Wohnraum". Es handelt sich um die Kalt- oder Nettomiete pro qm Wohnfläche und Monat. Der Mietspiegel enthält Richtwerte, in deren Rahmen sich die ortsübliche Miete innerhalb von Wiesbaden einpendeln kann. In besonderen Fällen können Zu- oder Abschläge gemacht werden. Zu- und Abschläge, ausgehend von jeweils ermitteltem Wert, richten sich nach Art, Lage, Zustand und Ausstattung des jeweiligen Objektes. Im Durchschnitt sind die meisten Mietwohnungen in Nordenstadt nach 1966 er-

baut, haben Heizung und Bad und da Nordenstadt eine überwiegend gute Wohnlage ist, gehören Objekte dieser Art und Lage in die Kategorie III d des Mietspiegels (6,25 - 7,65 DM bei einer Wohnungsgröße zwischen 61 - 100 qm).

Die Höhe des Mietzinses richtet sich auch nach der Quadratmeterzahl, wobei bei kleinen Wohnungen der Quadratmeterpreis höher liegt als bei großen Wohnungen. Appartementwohnungen und Einfamilienhäuser liegen bis max. 30 Prozent über der ortsüblichen Miete. Mietwohnungen mit besonderem Zubehör (Sauna, Schwimmbad) und Neubauten ab 1979, die die gesetzlichen Wärme- und Schallschutzvorschriften einhalten, liegen bis max. 20 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete.

Hilfe in Streitfällen bietet der Mieterschutzverein Wiesbaden e.V., Adelheidstraße 70, 6200 Wiesbaden, Telefon 06121/379041.

WSp

Noch einmal Glück gehabt!

Ende letzten Jahres atmeten viele Nordenstadter hörbar auf, nicht nur die als Anlieger direkt Betroffenen, sondern auch andere, die sich um das Wohl unseres Vorortes kümmern. Die Dr. Voss-Gruppe war von der Erbpacht der Grundstücke zwischen der Igstädter Straße auf der einen und der Junkern- und Jenaer-Straße auf der anderen Seite zurückgetreten und gab damit ihr Vorhaben auf, dieses 6,75 ha große Areal mit einem monumentalen Freizeitzentrum zu bebauen. NORDENSTADT NACHRICHTEN berichtete über dieses Vorhaben in den Jahren 1978 und 1979 in einigen Ausgaben.

Innerhalb der SPD Nordenstadt war man froh über diesen Rückzug, denn Kritiker innerhalb der eigenen Reihen hatten davor gewarnt, eines Tages die größte Abschreibungsrunde Hessens in Nordenstadt zu haben, da die Nutzung vorhandener privater Sportstätten im Rhein-Main-Gebiet einerseits zurückging, andererseits ständig neue Freizeitzentren aus dem Boden schossen. Einhellig war die SPD der Meinung, daß ein Sport- und Freizeitzentrum zusätzlich zu dem gegenwärtigen Verkehrsaufkommen eine Belastung herbeiführen würde, die nicht zu akzeptieren sei.

Mitten in den Sommerferien platzte dann die Bombe, die Insider der Finanzbranche anscheinend nicht überraschte, Geldanlagen und Spekulanten aber schlaflose Nächte bereitete. Die Dr. Voss-Gruppe mit Sitz in Wiesbaden-Nordenstadt mußte Konkurs anmelden. Es ist schwierig, die verworrenen Firmonstrukturen dieser Gruppe zu durchleuchten. Fest steht, daß zwischenzeitlich auch die Tennispark Birkenhöhe Sport- und Freizeitanlage Betriebsgesellschaft mbH von dem Zusammenbruch betroffen ist. Hier scheint es jedoch, nachdem der Betrieb weitgehend aufrechterhalten wird, möglich zu sein, über eine Auffanggesellschaft die Sport- und Freizeitanlage weiter zu betreiben. Nordenstadt hat wohl noch einmal Glück gehabt!

Ob freilich alle Nordenstadter Glück gehabt haben, ist fraglich, denn es ist durchaus denkbar, daß auch Nordenstadter Bürger, wie nicht wenige Ärzte, Anwälte, Architekten und Handwerker aus dem Rhein-Main-Gebiet, von diesem Konkurs betroffen sind als Anleger oder Beauftragte mit der Bauausführung. Auch scheinen Arbeitsplätze bei beteiligten Bauunternehmen durch mögliche Nachfolgekonkurse in Gefahr.

W.Sp.

GEFÄHRLICHE KREUZUNG

Auf der Kreuzung Heerstraße/Eichendorffweg/Junkernstraße hat sich vor kurzem wieder ein schwerer Unfall ereignet. Der hätte sich natürlich vermeiden lassen, wenn alle Beteiligten aufmerksam genug gefahren wären. Dennoch sollte man sich überlegen, ob man an dieser Kreuzung etwas zur Verbesserung der Verkehrssicherheit, d. h. zur Vermeidung folgenreicher Fehlleistungen tun kann. Da die Kreuzung aus der Entfernung nicht leicht als solche wahrzunehmen ist, empfehlen sich farbliche Signale (weiße Streifen auf der Fahrbahn oder ähnliches), um die Aufforderung an den Fahrer, hier unbedingt anzuhalten, optisch zu verstärken.

Br.

KINDERARZT FÜR NORDENSTADT UND UMGEBUNG

Der Leiter der Nordenstadter Ortsverwaltung konnte in der letzten Ortsbeiratssitzung Erfreuliches berichten. Nach umfangreichen Bemühungen ist es gelungen, die letzte noch freie Praxis im Geschäfts- und Ärztezentrum am Gemeindezentrum an einen Kinderarzt zu vergeben. Damit kann den berechtigten Wünschen aus Nordenstadt und der näheren Umgebung ab 1. Januar 1982 entsprochen werden.

Mit der Ansiedlung des Kinderarztes wird die vorgesehene Verbesserung der ärztlichen Versorgung wie geplant erreicht. Am Schnittpunkt zwischen Alt- und Neu-Nordenstadt ist ein vielfältiges ärztliches Angebot mit zwei praktischen Ärzten, zwei Zahnärzten, einem Frauenarzt, vorhanden.

Die Kinderarzt-Ansiedlung erspart vielen Müttern mit Kleinkindern umständliche Fahrten in die Innenstadt oder andere größere Stadtbezirke. SH



Nordenstadt ist sicherlich einer der häßlichsten Vororte der Landeshauptstadt Wiesbaden, aber sicher auch nur eines von vielen Beispielen, aus denen Gemeindevertreter anderer Städte lernen können, wie man es nicht machen sollte. Was Nordenstadts früheren Gemeindevertreter fehlte und heute nicht mehr zu ändern ist, war ein Gesamtkonzept ehe die einzelnen Bebauungspläne erstellt wurden. Dieses Versäumnis ist freilich hauptsächlich den Architekten anzulasten, die den damaligen Gemeindevertretern beratend zur Seite standen. Wenn auch in den Neubaugebieten nichts mehr zu ändern ist, so sollte der Ortsbeirat so schnell wie möglich ein Problem angehen und lösen, das nur einen kleinen Teil Nordenstadts betrifft, aber für den ganzen Stadtteil wichtig sein kann. Es handelt sich hier um den alten Ortskern, für den bis heute noch kein rechtskräftiger Bebauungsplan besteht.

Auswüchse, die diesen Zustand ausnutzen, nehmen zu. Scheunen werden abgerissen und es entstehen Ein- oder Mehrfamilienhäuser in den Hinterhöfen. Die Bebauungsdichte im alten Ortskern wächst wild ... und unerträglich.

Ein zweiter Gesichtspunkt ist der, daß alte schutzwürdige Fachwerkhäuser verfallen und mit ihnen die letzten Überreste Nordenstadter Geschichte verschwinden, falls nicht bald etwas geschieht. Da für längere Zeit kein zusätzliches Bauland ausgewiesen werden soll, wird zwangsläufig der alte Ortskern zum Spekulationsobjekt. Wenn aber erst die Spekulanten da sind, können die Politiker nicht mehr helfen.

Aus diesem Grund fordert die SPD Nordenstadt die Festschreibung der derzeitigen Situation im alten Ortskern durch Bebauungspläne und schlägt vor, das Baugebiet zwischen Turm-/Heer- und Stolbergerstraße nach dem Städtebauförderungs-gesetz als Sanierungsgebiet auszuweisen.

W.Sp.

KINDGERECHTE KINDERTAGESSTÄTTE?

Die Freude der Eltern über die Fertigstellung der neuen Kindertagesstätte in der Heerstraße hat einen großen Dämpfer erhalten: die Außenanlagen des Kindergartens - die Spiel- und Rasenfläche - wurde nahezu zubetoniert! Fast 50 Prozent der Spielfläche wurde mit teuren, aber umso gefährlicheren Betonsteinen gepflastert. Betonpalisaden als Einfassungen und Begrenzungen der Sandkästen bieten tausendfache Gefahren für die Kinder! Unverständlich, daß diese Werkstoffe trotz amtlicher Erlasse, entsprechender Sicherheitsvorschriften und Richtlinien in diesem Ausmaß verwendet wurden. Aber noch unverständlicher wäre es wohl für jeden, wenn diese gefährliche Fehlplanung nicht wieder beseitigt werden könnte. Schlimm genug, daß diese "Betonwüste" so viele Kosten verursacht hat, noch schlimmer, wenn nicht alle Mittel zur Verfügung gestellt werden, um diese Fehlplanung zu korrigieren.

Die zuständigen Ämter werden sicher die Forderungen der Elterninitiative der KT nicht übersehen können und

- die Betonfläche zugunsten der Rasenfläche verkleinern,
- die drei Einzelsandkästen zu einer großen Sandfläche zusammenlegen,
- alle Sandkästen mit splitterfreiem Holzbelag einfassen,
- alle Betonpalisaden beseitigen.

Hätten die Planer und Erbauer der Anlage sich mehr mit den einschlägigen Bauvorschriften befaßt, wären sie sicherlich auch auf die Gründe hierzu gestoßen. Schon ein Sturz aus nur 10 Zentimetern Höhe auf eine Betonfläche ruft laut Statistik ähnliche Verletzungen hervor wie der aus ca. 3,50 m auf eine Rasenfläche. E.Sp.

AUS DEM ORTSBEIRAT

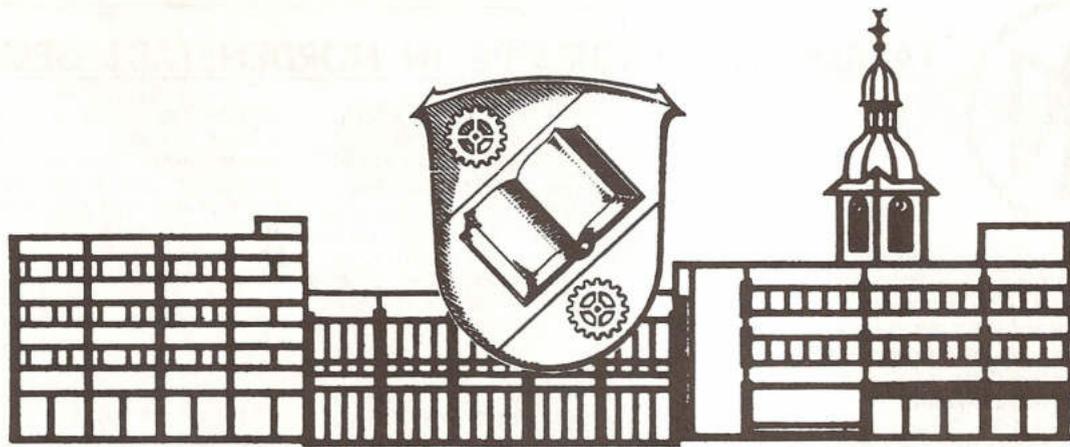
Ich möchte von der zweiten Sitzung des neuen Ortsbeirates am 12.06.1981 keinen objektiv-distanzierten Bericht geben, sondern meine ganz subjektiven Eindrücke zu Papier bringen. Und die sind zwiespältig.

In der Bürgerfragestunde trat eine Elterninitiative auf, die sehr nachdrücklich Änderungen an den Außenanlagen der neuen Kindertagesstätte forderte. Auf Einzelheiten, über die schon in der Presse berichtet wurde und die bei einer späteren Ortsbesichtigung ausführlich diskutiert worden sind, will ich hier gar nicht eingehen. Mich enttäuschte der Umgang zwischen Bürgern und Ortsbeirat. Es fällt uns, den gewählten Vertretern der Bürger, offenbar schwer, mit diesen zu sprechen, ohne daß sofort eine Konfrontation zustande kommt. Wir haben da keinen glücklichen Start gehabt, und wir sollten das selbstkritisch überdenken.

Ganz anders die Beratung über unsere Forderungen zum nächsten Haushaltsplan. Hier gelang es in einer sehr sachlichen Diskussion, zu übereinstimmenden Meinungen und entsprechenden Beschlüssen zu kommen. Da waren wir freilich "unter uns". Können wir nur sachlich sein, wenn uns die Bürger nicht "stören"?

Mir scheint, wir haben noch eine ganze Menge zu lernen.

S. Brück



NORDENSTADT-NACHRICHTEN

5. Jahrgang

Die SPD Nordenstadt informiert Oktober/November 1981

+++ Nachrichten +++ Unterhaltung +++ Meinungen +++ Hintergründe +++

LANDTAGSWAHL 1982

Nordenstadt gehört wie die anderen sechs im Jahre 1977 nach Wiesbaden eingemeindeten Vororte bei der Landtagswahl 1982 noch einmal zum Wahlkreis 29. Dieser Wahlkreis, der zur Landtagswahl 1986 neu aufgeteilt werden wird (die sechs Wiesbadener Vororte werden dann Wiesbadener Wahlkreisen zugeteilt), umfaßt neben Auringen, Breckenheim, Delkenheim, Medenbach, Naurod und Nordenstadt, die Städte und Gemeinden Bremthal, Flörsheim, Hattersheim, Hochheim, Hofheim, Kriftel und Niedernhausen. In den letzten drei Jahrzehnten entwickelte sich dieser Wahlkreis von einem ehemals ländlichen zu einem Wahlkreis mit hohem Anteil an Arbeitnehmern der umliegenden Großindustrie.

Die Wahlergebnisse der letzten Jahre waren sehr unterschiedlich und den Nordenstadter Ergebnissen sehr ähnlich. Während die SPD aus den letzten Bundestagswahlen mit großem Vorsprung hervorging und auf das größere Wählerpotential zurückgreifen konnte, verstanden es die Sozialdemokraten weder bei den Landtagswahlen noch bei den Kommunalwahlen, ihre Wähler zum Urnengang zu motivieren. Ziel der SPD in diesem Wahlkreis muß es daher sein, eine hohe Wahlbeteiligung zu erreichen, um ihr Wählerpotential voll auszuschöpfen.

Die Chancen stehen diesmal nicht schlecht, denn die SPD tritt mit einem weit über die hessischen Grenzen bekannten und qualifizierten Politiker an. Die Wahlkreislegiertenkonferenz der SPD nominierte am 30. September 1981 in Flörsheim den Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion, Horst WINTERSTEIN, zum Kandidaten für den Wahlkreis 29.

Horst WINTERSTEIN, 47 Jahre, verheiratet und Vater zweier Kinder, gehört dem Landtag seit sechs Jahren an. Seit März 1980 ist er Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion.

Der Volljurist WINTERSTEIN war in seinem Heimatort Hattersheim bis Ende 1977 Stadtverordneter, eine Funktion, die er 18 Jahre lang innehatte.

Bleibt schließlich noch zu erwähnen, daß es etwas gibt, auf das Horst WINTERSTEIN neben seiner Familie nie freiwillig verzichten würde: Es ist das Amt des ersten Vorsitzenden des Hattersheimer Sportvereins.

Wünschen wir ihm und uns einen erfolgreichen Wahlkampf.

W.Sp.

OTTO HÖRNER †

Am 21. August 1981 - 3 Wochen vor Vollendung seines 80. Lebensjahres - starb unser ehemaliger Bürgermeister der damals selbständigen Gemeinde Nordenstadt. Otto HÖRNER ist als achtens von zehn Kindern der Eheleute Heinrich Hörner und Luise, geb. Meyer, in Nordenstadt geboren. Nach der Volksschule in Nordenstadt und der abgeschlossenen Schriftsetzerlehre in Wiesbaden gründete er mit seinem Bruder Willi 1932 das wöchentlich erscheinende Lokalblatt "Nachrichten". Von 1942 bis 1947 Kriegsdienst und Gefangenschaft, bis 1952 war er wieder Schriftsetzer bei seinem Bruder in Erbenheim. Hier wurde der Vorläufer unserer heutigen Heimatzeitung "Erbenheimer Anzeiger" gedruckt.

1952 wurde Otto HÖRNER zum Bürgermeister von Nordenstadt gewählt. Die Probleme, mit denen er sich zunächst als ehrenamtlicher, später auch als hauptamtlicher Bürgermeister konfrontiert sah, waren sicher nicht geringer als heute. Während seines langen verantwortungsvollen kommunalpolitischen Wirkens setzte er sich in aufopferungsvoller Weise für das Wohl seiner Gemeinde ein. Er schuf die Voraussetzung für den Übergang einer landwirtschaftlich orientierten zu einer Wohn- und Industriegemeinde. Durch sein verbindliches Wesen und seine aufrichtige und ausgleichende Art hat er wesentlich dazu beigetragen, daß die Gemeindefürsorge nicht in Parteienstreit ausufernde. Es ging ihm immer um das Wohl der Gemeinde, was ihm trotz aller Verschiedenheit der politischen Meinungen der im Beirat ver-

tretenen Parteien hohes Ansehen und Achtung verschaffte.

Otto HÖRNER schloß sich schon sehr früh der Arbeiterbewegung an und war fast zwei Jahrzehnte lang Vorsitzender des SPD-Ortsvereins und der Arbeiterwohlfahrt Nordenstadts. Er war Ehrenmitglied der Arbeiterwohlfahrt und der SPD in Nordenstadt und für besondere Verdienste mehrfach geehrt worden. Außerdem war er noch in der Freiwilligen Feuerwehr und im TUS Nordenstadt tätig.

Otto HÖRNER hat sich bleibende Verdienste um unser Nordenstadt erworben. Seine Lebensleistung bleibt unser ehrwürdiges Erbe. Wir sind an seine Stelle gerufen, um seine Arbeit und seinen Kampf fortzusetzen - gegen Not und Armut für eine gerechte und brüderliche Welt.

P.H.



Otto HÖRNER anlässlich seiner Ehrung für 55-jährige Mitgliedschaft in der SPD mit Georg BUCH

FRIEDEN UND ABRÜSTUNG

Täglich erreichen uns Meldungen über den Bau neuer schrecklicher Waffensysteme. Obwohl Europa bereits volle Atomwaffenarsenale besitzt, sollen diese in Ost und West weiter verstärkt werden.

In den 90 Stützpunkten in der Bundesrepublik lagern bereits 6 bis 7 Tausend Atomsprengköpfe. Jeder dieser Sprengköpfe besitzt eine Sprengkraft, die die Wirkung der Hiroshima-Bombe um das zig-fache übertrifft. Die damit verbundene Gefahr der Selbstzerstörung kann nicht das Prinzip einer Verteidigungskonzeption sein. Obwohl ein Zehntel aller in der Welt neugeborenen Kinder an Hungertod stirbt, wird täglich eine Milliarde

DM für die Rüstung aufgewendet. Diesen Rüstungswettlauf zu beenden und die Sicherung des Friedens wieder zu festigen, ist wichtigste Aufgabe von Sozialdemokraten.

Die am 10. Oktober in Bonn stattgefundene Demonstration für Frieden und Abrüstung, an der etwa 300.000 Menschen teilgenommen haben, kann nach Meinung der Redaktion nur als Unterstützung für den Neubeginn einer Friedenspolitik verstanden werden.

Im Rahmen der Friedenswoche 1981 vom 8. bis 18. November 1981, die von den meisten Landeskirchen der EKD veranstaltet wird, finden auch in Nordenstadt eine Reihe von Veranstaltungen statt (siehe dazu unsere Rubrik TERMINE).

WW



FALKEN - KINDERGRUPPE IN NORDENSTADT GEGRÜNDET

Seit 1. Oktober diesen Jahres gibt es in Nordenstadt eine Jugendgruppe "Die Falken". Zunächst wendet sich die Gruppe an Kinder im Alter von etwa 6 - 12 Jahren. Zur Betreuung dieser Gruppe haben sich drei Personen bereiterklärt, darunter auch eine Diplom-Sozialpädagogin.

Die Falken treffen sich jeden Freitag von 15,30 bis 18,00 Uhr in dem Gruppenraum in der Taunushalle (seitlicher Eingang) zum basteln, singen, spielen, erzählen und zum einstudieren von kleinen Theaterstücken. Darüberhinaus werden Wanderungen, Spaziergänge, Zeltlager und Freizeiten organisiert.

Sollten Sie, liebe Leser bzw. ihre Kinder, Interesse an der Arbeit der FALKEN haben, schauen Sie doch einmal an den Gruppenachmittagen rein, oder wenden Sie sich an Renate GIEBEL, Westring 14, Tel. 13219.

WER SIND DIE FALKEN?

Der Ursprung der Falken reicht schon bis in das Jahr 1904 zurück. In dieser Zeit hatten sich unabhängig voneinander mehrere Gruppen der Arbeiterjugend gebildet. Diese Gruppen kamen 1924 zusammen und gründeten die "Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Deutschlands". Die deutschen Kinderfreunde wählten Kurt

LÖWENSTEIN zu ihrem Vorsitzenden. Er zeigte den Helfern und Eltern, wie man ohne Zwang, ohne Verbote und ohne Prügel mit den Kindern umgehen kann. Gemeinsam überlegten sie, wie Arbeiterkinder lernen können, für ihre Rechte zu kämpfen und, wenn sie einmal groß sind, eine Welt aufzubauen, in der alle Menschen frei, gleich und froh sind. Sie machten einen guten Plan, denn schon 1930 waren sie die größte Kinderorganisation der Republik und fast die größte in der Welt. An fast 800 Orten gab es etwa 4.500 Gruppen mit 120.000 Kindern, denen ungefähr 10.000 Helfer zur Seite standen. Bis 1933 waren es schon fast 200.000 Kinder. Sie waren nicht nur eine Bewegung für Kinder, sondern eine Bewegung von Kindern, die sich in ihren Gruppen selbst verwalteten.

Kurt Löwenstein schrieb darüber: "Hier in der Gruppe merkt das Arbeiterkind, daß es nicht ein einzelnes Arbeiterkind ist, sondern daß alle, die da zusammen sind, zusammengehören, zusammen einwillen und im Spiel und Kampf zu einanderhalten."

Genau das waren die Ziele der Kinderfreunde. Indem sie gemeinsam mit ihren Helfern spielten, ihre Probleme besprachen, Pläne machten, wurden sie selbstbewußt und froh und spürten, daß sie nicht allein, sondern ein Teil der Arbeiterbewegung waren. Sie spielten eben nicht nur, sondern halfen z.B. den Kindern streikender Arbeiter, bastelten Spielsachen für die Kinder von Arbeitslosen und demonstrierten

selbstverständlich am 1. Mai gemeinsam mit den erwachsenen Arbeitern für eine bessere Welt, in der es keinen Krieg und keinen Hunger mehr geben sollte. Die Arbeiter waren ihre Freunde, aber es gab auch viele, denen es nicht paßte, was die roten FALKEN machten und was sie wollten. Darum beschloß die katholische Partei in Bayern gemeinsam mit den Feinden der Republik bis hin zu den Nazis 1930 ein "Sozialistengesetz für Kinder", das den Arbeitereltern bei Strafe verbot, ihre Kinder zu den Kinderfreunden zu lassen. Und 1933, als die Nazis alle Arbeiterorganisationen verboten, gab es auch keine Kinderfreundebewegung mehr. Kurt Löwenstein mußte nach einem Mordanschlag von SA-Leuten aus seiner Heimat flüchten, aber von Paris aus arbeitete er als Vorsitzender der Sozialistischen Erziehungsinternationale und für die internationale Falkenbewegung weiter. Als er kurz vor Kriegsausbruch im Frühjahr 1939 starb, kamen FALKEN aus aller Welt nach Paris, um zusammen mit ihren erwachsenen Genossen zu trauern.

Nach dem Krieg 1945 schlossen sich die Arbeiterjugend und die Kinderfreunde zur "Sozialistischen Jugend Deutschlands - Die Falken" zusammen. Noch heute kämpfen die Falken für eines bessere, demokratische Schule und Berufsausbildung, für die Rechte der Arbeiter und der Arbeiterkinder, für eine Welt ohne Krieg, ohne Hunger und ohne Ausbeutung, nicht nur in Deutschland, sondern überall in der Welt.

SCHÖNERES NORDENSTADT ?

Die SPD Nordenstadt beteiligte sich in diesem Jahr zum fünften Mal an der Aktion "Schöneres Wiesbaden". Mitglieder bepflanzten sechs Blumenkübel und gestalteten die Grünanlagen des Hindenburgbrunnens neu. Allein für die Gestaltung des Hindenburgbrunnens waren über 50 Arbeitsstunden erforderlich. Ständiges Gießen, was dankenswerterweise auch von Anliegern erledigt wurde, erforderte zusätzliche Zeit. Neben der SPD beteiligte sich erstmals auch die CDU Nordenstadt an der Verschönerungsaktion und pflanzte fünf Bäumchen hinter der Taunushalle. Die Bäumchen gingen leider sofort wieder ein. Vielleicht waren sie falsch gepflanzt; auf jeden Fall hat man sie offensichtlich nicht genug gegossen. Mitte August nun kam die Bewertungskommission nach Nordenstadt und besichtigte alle angemeldeten Verschönerungsaktionen. Bei der anschließenden Bewertung kam es zum Streit. Weil der für die Verschönerungsaktion zuständige Stadtrat Adolf LUPP den CDU-Bäumchen keinen Punkt geben wollte, da sie nach seiner Meinung in diesem Zustand ja nicht verschönerten, bekam die SPD Nordenstadt von den anderen Kommissionsmitgliedern - der Leser kann raten, welcher Partei sie zugehören bzw. nahestehen - auch keine Punkte. Damit ging die SPD zum ersten Mal ohne Dank aus der Aktion hervor, und dies, obwohl der Arbeitsaufwand noch nie so groß war.

Es wird für die SPD schwer werden, in Zukunft ihre Mitglieder zum Mitarbeiten zu motivieren. Und den Vorstand zu überzeugen, erhebliche Geldmittel bereitzustellen, wenn die Bewertung einer Arbeit dann doch nach Parteizugehörigkeitsgesichtspunkten erfolgt.

W.Sp.

AUSLÄNDER IN NORDENSTADT

7,8 Prozent beträgt der Anteil der Ausländerbevölkerung der Gesamtbevölkerung des Ortsbezirks Nordenstadt. Dies besagt die offizielle Statistik der Stadt Wiesbaden mit Stand vom 01.01.1981. Das bedeutet in Zahlen: wir haben insgesamt 507 ausländische Mitbürger unter uns (309 männlichen und 198 weiblichen Geschlechts). Was besagt das aber? Die Diskussion um die Ausländer ist in unserem Land allgemein wieder etwas aggressiver geworden. Als es noch genug zu "verteilen" gab, da konnte man ihnen ja auch genug abgeben. Aber heute ... heute wollen wir unseren umkämpften Arbeitsplatz nicht auch noch mit einem Türken, Griechen, Italiener oder Spanier teilen müssen. Ja früher, da war ja auch noch genug Arbeit da, vor allen Dingen auch Arbeit, zu der wir selbst keine so rechte Lust mehr hatten. Also: der Mohr hat seine Schuldigkeit getan - nun kann er doch wieder gehen. Leider kein Märchen, sondern Realität; jeden Tag irgendwo zu hören, ob in der Kneipe, in der Straßenbahn, im Bus oder auch am Arbeitsplatz selbst. Machen uns die "Gastarbeiter", wie wir sie früher eigentlich höflich nannten, kaputt? Was wollen sie hier? Warum sind sie immer noch hier? Sahnen die nur ab? Viele Fragen, denen wir nachgehen wollen. Wir werden sie einfach mal fragen. Wir haben ja lt. Statistik auch "unsere" Ausländer. Doch was wissen wir von ihnen? Wo leben sie, wie leben sie, mit wem haben sie Kontakt? Haben Sie Kontakt zu Ausländern, die hier bei uns wohnen?

Wir wollen versuchen, für die nächsten Ausgaben der NORDENSTADT NACHRICHTEN unter uns lebende ausländische Familien zu interviewen. Wir wollen einmal aus ihrer Sicht berichten, vielleicht ist das ein Weg zum besseren Verständnis füreinander.

KK

SCHON GEWUSST ?

Ein klassisches Beispiel der bundesrepublikanischen Presse- und Meinungsvielfalt hat uns nun auch das größte Anzeigenblatt in unserem Raum - der "Blitz tip" - geliefert.

Der bisherige Kreisgeschäftsführer der CDU - Herr Robert Koch - ist nun Geschäftsführer des Blitz-tip Verlages Mainz-Wiesbaden geworden. Nun, sein gutes Recht. Komisch aber, daß seit Koch's Wirken, der Bundestagsabgeordnete der CDU, Jentsch, regelmäßig die politische Kolumne "Aus Bonner Sicht" schreibt. Nun ja, vielleicht wollte kein anderer! Doch nein: das Angebot des Bundestagsabgeordneten der SPD, Rudi Schmitt, honorarfrei im Wechsel mit Jentsch diese Kolumne zu schreiben, lehnte Koch u.a. mit der Begründung ab, daß es in der Presselandschaft wohl einzig wäre, wenn zwei Autoren - die möglicherweise auch noch völlig gegensätzliche Meinung zu einem Thema hätten - in einundderselben Zeitung schrieben! Koch legte auch Wert darauf zu erwähnen, daß Jentsch - um die politische Unabhängigkeit des "Blitz tip" zu wahren - nicht als CDU-Politiker vorgestellt werde, sondern als Mitglied des Bundestages.

Also ein Mensch wie Du und ich. Nun ja, das Mäntelchen der sogenannten Unabhängigkeit und Oberparteilichkeit muß eben auch über den "Blitz tip" gehalten werden.

W.Sp./KK

Zitat

Der Beschluß, die Neutronenwaffe zu produzieren, beinhaltet zwangsläufig die Absicht, diese früher oder später in Europa zu stationieren und gegebenenfalls einzusetzen. Darüberhinaus belastet sie den Beginn der dringend notwendigen Verhandlungen.

Ulrich Lang



4. Kinderfest

Zum viertenmal fand am 6. September das jährliche Kinderfest der SPD-Nordenstadt statt. Der Wettergott hatte es auch diesmal wieder gut mit uns gemeint und so gab es an den verschiedenen Spielständen auch reichlichen Andrang. Den Kindern hats offensichtlich Spaß gemacht, uns Erwachsenen übrigens auch. Danken wir all jenen, die durch ihre Mithilfe dazu beigetragen haben, daß es lustig war. Also dann --- im nächsten Jahr bestimmt wieder!

KK



STRASSE OHNE ANSCHLUSS

Der Anschluß des Westrings an die Kreisstraße Nordenstadt-Erbenheim ist bereits vom früheren Ortsbeirat gefordert worden. Der neue Ortsbeirat hat in seinen Beschlüssen zum Haushaltsplan diese Maßnahme mit an die erste Stelle gesetzt. Daß dieser Anschluß dringlich ist, wird von keinem bestritten. Die Verkehrsbelastung des Gebiets um den Hessenring verstärkt sich immer mehr. Der Unmut der Bürger wächst. Es würde einen nicht wundern, wenn es irgendwann zu massiven Protestmaßnahmen käme.

Um so erstaunlicher ist die Behandlung des SPD-Antrags, die Westringverlängerung nun endlich anzugehen, im Ortsbeirat: CDU-Fraktionssprecher Schrödt, der ja auch Stadtverordneter ist, meinte: weil kein Geld da sei, sollten wir den Antrag um zwei Jahre zurückstellen. Das ist pfiffig: wir sollen gar nichts erst fordern; dann bleibt es nämlich Herrn Schrödt und seinen Kollegen (aus allen Fraktionen) erspart, eine eventuelle Ablehnung vor ihren Wählern vertreten zu müssen.

Es ist aber wahrhaftig nicht unsere Aufgabe, anderen die Verantwortung abzunehmen. Wir sagen, was nach unserer Einsicht in Nordenstadt notwendig ist. Dafür sind wir in den Ortsbeirat gewählt. Und die Stadtverordneten müssen dann eben Farbe bekennen. Dafür sind sie gewählt. Jedes Verwischen dieser Unterschiede ist eine unehrliche Sache. Doch des Erstaunens ist noch kein Ende: jetzt sagt man von Verwaltungsseite, für die Verlängerung des Westrings müsse ein Bebauungsplan aufgestellt werden. Wir trauten unseren Ohren nicht. Wenn der Ortsbeirat schon seit Jahren diesen Anschluß an die Kreisstraße fordert, warum liegt dann nicht längst ein Plan vor? Hat man die Beschlüsse des alten Ortsbeirats je ernst genommen? Hat der Ortsbeirat nie "nachgehakt"? Vorläufig versöhnliches Ende: der SPD-Antrag wurde in abgeänderter Form, mit der Forderung nach einem entsprechenden Bebauungsplan, doch noch gebilligt. Wir werden "nachhaken"!!!

S.B.

AUSBAU WESTRING BESCHLOSSEN

Vor einem halben Jahr haben wir in den NORDENSTADT NACHRICHTEN ein Konzept für die Gestaltung des Westrings vorgestellt und unsere Leser gebeten, sich zu unseren Vorstellungen zu äußern. Wir erhielten fast einhellige Zustimmung; auch darüber haben wir berichtet. Bei den Voranmeldungen zum Haushaltsplan 1982/83 hat der Ortsbeirat einstimmig(!) den Westringausbau an die erste Stelle der Prioritätenliste gesetzt. Der Kommunalpolitische Arbeitskreis der SPD hat dann fachmännischen Rat wegen der technischen Realisierung unseres Konzeptes eingeholt. Das Ergebnis hat uns in der Auffassung bestärkt, auf dem richtigen Weg zu sein und nun auch ins Detail gehen zu können. Deshalb haben wir unsere Vorstellungen im Ortsbeirat als Antrag eingebracht und dafür auch eine Mehrheit gefunden.

Wie soll der Westring nun aussehen? Gehweg und Grünstreifen auf der Ostseite bleiben unverändert. Die Fahrbahnbreite wird auf ungefähr 8,50 m reduziert. Die Westseite erhält einen Fuß- und Radweg. Der verbleibende Raum soll als Grünfläche gestaltet werden.

Mit diesem Konzept wird die vom Amt für Verkehrswesen ins Spiel gebrachte Lösung mit einem Grünstreifen in der Mitte eindeutig abgelehnt.

Für unseren Plan spricht u.a.

- daß er, soweit es um Fahrbahn (Feindecke) und Fuß/Radweg geht, alsbald realisiert werden kann; denn die entstehenden Kosten sind ohnehin Anliegerkosten,
- daß er kostengünstig ist, weil Straßenlaternen und Versorgungsleitungen wohl nicht verlegt werden müssen.

Grundsätzlich bleibt der Charakter des Westrings als sogenannte Haupterschließungsstraße erhalten. Daran ändert auch die Reduktion der Fahrbahnbreite nichts. Die CDU konnte sich mit der Angabe "ca. 8,50 m" nicht anfreunden und stimmte deshalb gegen unseren Antrag.

Warum 8,50 m?

Eine Fahrbahnbreite von jetzt 11 Metern ist nach fachmännischem Urteil eine Überdimensionierung. Vielleicht helfen hier zur Veranschaulichung einige Vergleichszahlen:

Schlesierstraße 7 m, Hunsrückstraße 7,50 m, Wallauer Weg 6 m, Hessenring

(vor der Post) 6 m (angegeben ist jeweils die Fahrbahnbreite). Die von uns anvisierte Fahrbahnbreite (wir hatten seinerzeit an 7,30 m gedacht, haben uns hier aber durch fachlichen Rat korrigieren lassen, weil wir den Westring weder als Rennbahn noch als Hindernisstrecke wünschen) macht es möglich, den westlichen Gehweg noch v o r die Laternen zu legen.

Fazit

Wir sind der Meinung, eine ausgewogene und durchdachte Lösung vorgelegt zu haben. Wir hoffen, daß die CDU, die sich nicht auf eine ungefähre Maßangabe festlegen wollte, dem Gesamtkonzept ihre Unterstützung nicht versagt. Die Anwohner des Westrings haben einen Anspruch darauf, daß die "Haupterschließungsstraße" nicht als einzige in der ganzen Gegend halb fertig liegenbleibt.

S.B.

WAS TUT SICH BEIM WASSERPREIS?

In verschiedenen Ausgaben der NORDENSTADT-NACHRICHTEN haben wir über die Zusammenhänge berichtet, die zu einer Erhöhung des Wasserpreises geführt haben.

Die SPD Nordenstadt hat sich mit dieser Erhöhung noch nicht abgefunden. Es hat sich zwischenzeitlich allerdings gezeigt, daß es sich um eine sehr komplizierte Rechtsmaterie handelt, so daß wir inzwischen ein drittes Rechtsanwaltsbüro einschalten mußten. Schon jetzt sind Kosten von mehreren hundert Mark entstanden, die bisher allein vom SPD Ortsverein Nordenstadt getragen wurden.

Wir von der SPD hatten eigentlich die Hoffnung, daß sich auch die anderen Nordenstadter Parteien wenigstens finanziell an der Wahrnehmung der Interessen der Bürger beteiligten.

In der Ortsbeiratssitzung vom 12.08.1981 erklärte jedoch die CDU, daß sie keine Veranlassung sehe, gemeinsam mit der SPD den (leider) notwendigen Rechtsstreit zu finanzieren. Die Hoffnungen, die wir in der Juni/ Juli-Ausgabe geäußert haben, haben sich also leider nicht erfüllt. Es bleibt somit festzustellen: die CDU Nordenstadt hat ein weiteres Wahlversprechen nicht eingelöst.

D.M.

unbegreiflich. . . .

Sie erinnern sich?

In der letzten Ausgabe der NORDENSTADT NACHRICHTEN hat unser Roti auf die Einsparung der versprochenen Fußgängerampel am Wallauer Weg hingewiesen.

Diese Ampel ist besonders erforderlich, weil der Schulweg die gefährliche Straße kreuzt. Nachdem zunächst eine Zusage vorlag, diese Ampel bis April 1981 zu installieren, wurde diese Zusage nun aus Sparsamkeitsgründen gestrichen, obwohl für eine Ampel in Naurod Geld vorhanden war.

Geradezu als Hohn muß man es empfinden, wenn Gelder zur Optimierung der Ampelanlage Ostring/Autobahnzubringer zur Verbesserung des Verkehrsflusses vorhanden ist und für die Sicherung von Schulwegen die Mittel gestrichen werden. Wird der fließende Verkehr als wichtiger erachtet als die Sicherheit der Kinder??

Die SPD-Fraktion des Nordenstadter Ortsbeirats wird nicht eher Ruhe geben, bis die Ampel am Wallauer Weg errichtet ist.

WW



Zebrastrifen, Zebrastrifen, mancher wird dich nie begreifen. . . .

sangen die Schüler im August bei der Einschulung. Ich fand es gut. Die Kinder sollen auf dem Schulweg die Zebrastrifen beachten. Nur ist die pädagogische Mühe umsonst, wenn Zebrastrifen auch dort fehlen, wo sie nötig sind. Das ist sicher in der Heerstraße in Höhe der Raiffeisenbank der Fall. Hier sollen die Kinder nach dem Schulwegplan die Straße überqueren. Aber in Sachen Zebrastrifen ist so schnell nichts zu erwarten. Man möchte bitterböse fragen: muß erst ein Kinde verunglücken? Dann würde etwas geschehen! Aber um welchen Preis! Deshalb unsere inständige Bitte: tut vorher etwas!

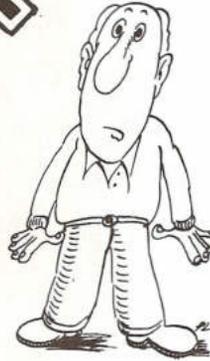
Und wo bleibt das Positive?

Es ist aus dem Hessenring zu vermelden. Der Zebrastrifen in Höhe der Kindertagesstätte, der im Moment genau auf eine Parkplatzeinfahrt zuläuft, wird verlegt. Vor einigen Wochen noch wurde diese von Schulleiternbeirat und SPD beantragte Maßnahme als "unnötig", "zu teuer", "undurchführbar" ... abgetan. Jetzt soll's gehen. Ganz schnell. Das ist erfreulich und läßt hoffen. S.B.

UNSER SERVICE

Die Redaktion der NORDENSTADT-NACHRICHTEN wurde von mehreren Lesern und Einwohnern Nordenstadts gebeten, eine Kontaktstelle zu schaffen, an die man sich mit Problemen aus unserem Ortsbereich wenden kann. Wir kommen dieser Anregung gern entgegen. Ab dem 3. NOVEMBER 1981 werden wir an jedem 1. Dienstag im Monat im Gemeindezentrum von 18 - 19 Uhr Sprechstunden abhalten, an denen ein Redaktionsmitglied der NORDENSTADT-NACHRICHTEN für Sie zur Verfügung steht. Außerdem werden wir versuchen, jeweils auch ein Mitglied des Ortsbeirates für diese Sprechstunde zu bekommen.

Die Redaktion



STRASSENREINIGUNG

Es gibt in Nordenstadt, vom Gewerbegebiet einmal abgesehen, keine öffentliche Straßenreinigung. Bürgersteige und Fahrbahnen müssen von den Anliegern selbst gereinigt werden. Dieses Prinzip, in der ehemals selbständigen Gemeinde ohnehin eine Selbstverständlichkeit, ist auch nach der Eingliederung in die Stadt Wiesbaden gültig geblieben.

Aber mit der Parxis hapert es. Und zwar in den Neubaugebieten. Im alten Ortskern kann man samstags sehen, daß die Reinigungspflicht durchweg korrekt befolgt wird. In den Neubaugebieten ist dies viel seltener der Fall. Woran liegt das? Zum einen daran, daß viele Neubürger gar nicht wissen, daß sie zur Straßenreinigung verpflichtet sind. Zum anderen ist oft wohl auch unklar, wer für welches Straßenstück verantwortlich ist. In beiden Fällen wäre es gut, wenn die Anlieger offiziell darüber informiert würden, wozu sie im Einzelfall verpflichtet sind.

Ein besonderes Problem sind die Baustellen. Hier werden Straßen oft in außergewöhnlichem Maße verschmutzt. Die Verursacher lassen den Dreck auch schon mal liegen oder begnügen sich mit einer nur oberflächlichen Reinigung. Bei solchen Mißständen hilft am ehesten die "Umweltstelle" des Stadtreinigungsamtes. Zu erreichen ist sie unter der Rufnummer (06121) 31882 und 318814. S.B.

Termine

- 11. November 1981
Martinszug CBVN
- 14. November 1981
Eröffnung der Campagne 1981/82 CBVN
- 20. November 1981
Preisskat Freiwillige Feuerwehr
- 05. Dezember 1981
Hallenfußballturnier TUS (A.H.)
- 05. Dezember 1981
Seniorenachmittag SPD
- 12. Dezember 1981
Weihnachtsfeier TUS

TERMINE zur FRIEDENSWOCHEN der ev.Kirche

- 08. November 1981 - 10,00 Uhr
Familiengottesdienst mit Umtauschaktion von Kriegsspielzeug
- 09. November 1981 - 20,00 Uhr
Kirchenchor: Wir singen Lieder zum Frieden
- 11. November 1981 - 15,00 Uhr
Altenclub (Thema Frieden)
- 12. November 1981 - 20,00 Uhr
Gemeindeabend Thema: Rüstung und Frieden. Äußerungen der Kirchen und kirchl. Gruppen
- 13. November 1981 - 20,00 Uhr
Jugendgruppe: Gespräch mit Kriegsdienstverweigerern und Kriegsteilnehmern

AUS DEM ORTSBEIRAT

In der gut besuchten Ortsbeiratssitzung am 7. Oktober 1981 im Gemeinschaftssaal des Gemeindezentrums wurde von allen Fraktionen des Ortsbeirats einstimmig beschlossen, für das Ortsgericht XI (Wiesbaden-Nordenstadt/Delkenheim) den bisherigen Ortsgerichtsvorsteher Heinrich SCHÄFER (Landwirt) wieder zum neuen Ortsgerichtsvorsteher vorzuschlagen. Zum Schöffen und stellvertretenden Vorsteher wurde der Leiter der Ortsverwaltung Harald SCHINDLER und zum weiteren Schöffen Alois OLBRICH (Architekt) ebenfalls einstimmig vorgeschlagen. Diesen Vorschlägen muß nun die Stadtverordnetenversammlung noch zustimmen. Die Ernennung erfolgt dann durch den Präsidenten des Amtsgerichts Wiesbaden.

Wichtigstes Thema dieses Abends war allerdings wieder einmal die Verkehrssituation Nordenstadts. Die CDU bat, die Möglichkeit zu prüfen, eine direkte Zufahrt zum Verbrauchermarkt zwischen der Ausfahrt der Bundesautobahn und dem Wasserpumpwerk sowie eine verlängerte Abbiegespur zum Ostring zu bauen. Zu dieser Frage forderte die SPD-Fraktion in einem eigenen Antrag, einen den tatsächlichen Verkehrsbedingungen entsprechenden Ausbau des Autobahnanschlusses Nordenstadt. Dieser Ausbau ist nicht nur zur Beseitigung der großen Unfallgefahr dringend erforderlich, sondern auch weil mit einem Ausbau der A 66 und dem Bau einer Westumgehend Nordenstadts nicht mehr gerechnet wird.

Nach längerer Beratung wurde aus Teilen beider Anträge folgendes formuliert und auch beschlossen:

"Die derzeitige Abbiegespur aus Richtung Autobahn zum Ostring wird verlängert (CDU). Für den Fall, daß die BAB Frankfurt-Wiesbaden (A 66) in absehbarer Zeit nicht sechsspurig ausgebaut wird, fordert der Ortsbeirat einen den tatsächlichen Verkehrsbedingungen entsprechenden Ausbau des Autobahnanschlusses Nordenstadt (SPD)."

Ein wichtiger Tagesordnungspunkt mußte wegen der fortgeschrittenen Stunde vertagt werden: Der SPD-Antrag nach Aufstellung bzw. Erweiterung von Bebauungsplänen für den alten Ortskern sowie die Gebiete Wallauer Weg und Hunsrückstraße. In den genannten Gebieten ist nach Meinung der SPD eine geordnete städtebauliche Entwicklung gefährdet. Deshalb wünscht die SPD-Fraktion eine Beratung und Beschlußfassung des Ortsbeirates mit dem Ziel, eine Verbesserung bzw. Erhaltung der Wohnqualität ohne Beeinträchtigung der landwirtschaftlichen und gewerblichen Nutzung im Rahmen des bislang üblichen zu erreichen.

P.S.: Die weiteren Themen der Ortsbeiratssitzung sind in gesonderten Artikeln dieser Ausgabe behandelt.

Herausgeber: SPD-Ortsverein Nordenstadt
Pressereditlich verantwortlich:
Paul Hüllenhütter, Hebbelweg 7
Redaktion: Katrin Kiehne, Goethering 26
ETKE SPIEKERMANN, Wacholderweg 5
Werner Wahler, Pommernstraße 45